

*CEuS Working Paper 2004/3*

***Auf Stimmenfang im Nordatlantik:  
Parteiensystem und politische Macht in Island***

Frauke Rubart

**Jean Monnet Centre for European Studies (CEuS)**

University of Bremen  
SFG, Enrique-Schmidt-Strasse 7  
D – 28359 Bremen  
Phone +49 – 421 – 218-9037  
Fax +49 – 421 – 218-9143





*CEuS Working Paper 2004/3*

***Auf Stimmenfang im Nordatlantik:  
Parteiensystem und politische Macht in Island***

Frauke Rubart

© *Frauke Rubart*, Diplom-Politologin, geb. 1955 in Bremen, schreibt und lehrt seit ihrem Studium an der Universität Hamburg u.a. über Parteiensysteme, politische Kultur und soziale Bewegungen in Skandinavien und war zuletzt als Dozentin für nordische Politik am Jean Monnet Centre for European Studies (CEuS) der Universität Bremen tätig .



## Inhaltsübersicht

1. **Island aktuell:** Insel-Republik und NATO-Stützpunkt
2. **Parteiensystem historisch:** Entstehung und Entwicklung
  - Sozialdemokratische Volkspartei*
  - Bäuerliche Fortschrittspartei*
  - Konservative Unabhängigkeitspartei*
  - Kommunistische/Sozialistische Partei*
3. **Parteiensystem modern:** Kontinuität und Wandel
  - Phase 1: *Nachkriegsphase* 1946-1959
  - Phase 2: *Stabilitätsphase* 1959-1971
  - Phase 3: *Veränderungsphase* 1971-1983
  - Phase 4: *Differenzierungsphase* 1983-1999
  - Phase 5: *Reorganisationsphase* 1999-2004
4. **Parteien separat:** Ziele und Profile
  - 4.1 Konservative: Unabhängigkeitspartei
  - 4.2 Freiheitliche: Liberale Partei
  - 4.3 Agrarier: Fortschrittspartei
  - 4.4 Sozialdemokraten: Allianz
    - 4.4.1 Volkspartei
    - 4.4.2 Volksallianz
    - 4.4.3 Frauenliste
  - 4.5 Sozialisten und Umweltfreunde: Linke Bewegung /Grüne Liste
5. **Politik extern:** Institutioneller Rahmen und gesellschaftliche Entwicklungen
  - 5.1 Partei Umwelt formal: Wahlrecht und Parteiengesetz
  - 5.2 Partei Umwelt sozial: Gesellschaftsschichten und Interessenorganisationen
  - 5.3 Partei Umwelt medial: Massenmedien und Meinungspflege
6. **Politik intern:** Parteilite und Parteivolk
  - 6.1 Partebasis loyal: Patronage und Klientelismus
  - 6.2 Partebasis lokal: Kandidatenauswahl und Wahlkampf
  - 6.3 Partebasis egal ? Fanclubs statt Losverkäufer
7. **Parteiensystem elektoral:** Wählerbasis und Abgeordnete
8. **Parteiensystem gouvernemental:** Machtorientierung und Koalitionsbereitschaft

**9. Island global:** Eigenwille und Fremdeinfluss

**10. Anhang**

10.1 Wahlergebnisse 1946-2003

10.2 Wahlbeteiligung 1946-2003

10.3 Regierungsparteien und Koalitionen 1918-1947

10.4 Regierungen und Ministerpräsidenten 1944-2003

**11. Literatur**

# ***Auf Stimmenfang im Nordatlantik: Parteiensystem und politische Macht in Island***

Frauke Rubart

## **1. Island aktuell: Insel-Republik und NATO-Stützpunkt**

Island ist eine Insel, die fast so groß ist wie die neuen deutschen Bundesländer. Bevölkerungsmäßig ist Island ein kleines Land. Hier leben nur 290.000 Menschen. Das sind zwar mehr als doppelt so viele wie zum Zeitpunkt der Republikgründung im Juni 1944, als diese ehemalige Kolonie des dänischen Königs politisch ganz unabhängig wurde und sich für einen Präsidenten als Staatsoberhaupt entschied. Es sind aber nicht halb so viele Leute wie die (historisch vielfach mit Island verbundenen<sup>1</sup>) Einwohner des kleinsten deutschen Bundeslandes Bremen, die da direkt am nördlichen Polarkreis ein modernes Staatswesen betreiben – und finanzieren. Das Nationaleinkommen der Insel-Republik ist in der Gegenwart relativ hoch und wird auch heute noch etwa zur Hälfte durch Fischfang verdient; maritime Produkte machen ungefähr drei Viertel des Exports aus. Der Fischfang ist für die Isländer so wichtig, dass sie sich eine ökonomische Zone rund um ihre Insel erkämpft haben (seit 1975 200 nautische Meilen), in der fremde Trawler keine Netze auswerfen dürfen – die könnten sonst gekappt werden wie im „Kabeljaukrieg“ mit Großbritannien geschehen, in dem auf diese Weise neben 54 britischen auch neun westdeutsche Schiffe fangunfähig gemacht wurden.<sup>2</sup> Von der exklusiven Nutzung der festgelegten Fanggründe hängt das ökonomische Überleben dieses nordischen Kleinstaates ab. Kabeljau ist für die

---

<sup>1</sup> Deutsch-Isländische Gesellschaft Bremerhaven/Bremen e.V.: *Kirche – Kaufmann – Kabeljau: 1000 Jahre Bremer Islandfahrt*. Begleitbuch zur gleichnamigen Ausstellung in Reykjavík und Bremen im Jahre 2000; siehe auch Ingo Heidbrink: Geschichte der deutschen Islandfischerei. In: Ingo Heidbrink / Hilda Peters / Werner Beckmann (Hrsg.): *Gestrandet unter Island. Schiffsverluste und Seeunfälle der deutschen Hochseefischerei an der isländischen Küste*. Bremerhaven: Deutsches Schiffahrtsmuseum 2002, S. 22-27.

<sup>2</sup> Esbjörn Rosenblad / Rakel Sigurðardóttir-Rosenblad: *Iceland from past to present*. Reykjavík: Mál og menning 1993, S. 225; siehe auch Gunnar Helgi Kristinsson: Iceland: Vulnerability in a Fish-based Economy. In: *Cooperation and Conflict*. Bd. 22/4 1987, S. 245-253.

Isländer der „goldene Brotfisch“<sup>3</sup>. Deshalb sind sie auch nicht in der EU. Im Wahlkampf 2003 kam das Wort Europa kaum vor. „Der Fisch hat den Isländern den Wohlstand beschert, der jedem Besucher ins Auge springt. Da will niemand die Verwaltung der Fischbestände von Reykjavík nach Brüssel verlagern.“<sup>4</sup> Allerdings arbeiten in Island nur noch zehn Prozent der Erwerbstätigen im hochtechnisierten Fischereisektor. Heute wohnen ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung im urbanen Großraum von Reykjavík, der nördlichsten Hauptstadt Europas. Diese größte isländische Küstenstadt ist Aktionsort der parlamentarischen Demokratie der Nachfahren norwegischer Wikinger, die diese nordatlantische Vulkaninsel vor über tausend Jahren besiedelten.<sup>5</sup> Dort steht in der Nähe des alten Hafens das kleine Abgeordnetenhaus (Alþingi - Althing) mit seinen 63 Sitzen, um die es beim nationalen Stimmenfang geht. Dort werden die politischen Entscheidungen für den verletzlichen, strategisch zwischen den Supermächten gelegenen Inselstaat gefällt, der zwar einen eigenen Küstenschutz<sup>6</sup>, aber keine nationalen Streitkräfte hat. Dort votierte im März 1949, als die Anzahl der Mandate noch 52 betrug, die Mehrheit der Volksvertreter für den Beitritt Islands zur NATO. Dort wurde zweieinhalb Jahre später das Verteidigungsabkommen mit den USA vom Mai 1951 ratifiziert, in dessen Folge fünf Jahre nach dem Abzug der Besatzungstruppen wieder amerikanische Soldaten ins Land gelassen und auf der Halbinsel Reykjanes dauerhaft stationiert wurden, am Flughafen Keflavík, keine 50 Kilometer von der Hauptstadt entfernt. Dort spielt die politische Musik, die uns hier interessiert. Wer gibt den Ton an?

Island blickt auf lange Zeiten politischer Ohnmacht und materieller Armut zurück. Die ersten Siedler hatten einen demokratischen Freistaat gegründet, später

---

<sup>3</sup> Ertel, Manfred: Island: Goldener Brotfisch. Ein Wirtschaftsaufschwung ohne gleichen beschert der Vulkaninsel einen Spitzenplatz in Europa – aber auch ungewohnte Interessenkonflikte mit Umwelt und Natur. In: *DER SPIEGEL* H. 39 1999, S. 230-231.

<sup>4</sup> Hannes Gamillscheg: Umdenken ohne Kabeljau. Wahlkommentar in der *Frankfurter Rundschau* vom 12.5.2003.

<sup>5</sup> Gunnar Karlsson: *Iceland's 1100 Years. The History of a Marginal Society*. London: Hurst & Company 2000; Richard F. Tomasson: Iceland as 'The First New Nation'. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd.10 1975, S. 33-51.

<sup>6</sup> Die isländische Küstenwache untersteht dem Justizministerium; sie unterhält mehrere Schnellbote, Flugzeuge und Hubschrauber für die Überwachung der Fischereizone, der Fangquoten und anderer Bestimmungen, die vom Fischereiministerium erlassen wurden, und natürlich v.a. auch für die Rettung aus Seenot wie zum Beispiel die Bergung der 16köpfigen Besatzung des isländischen Fischtrawlers *Baldvin Thorsteinsson*, der im März 2004 vor der Südküste Islands havarierte – mit der wertvollen Ladung von 1.500 Tonnen Kapelan an Bord.



geriet die Bevölkerung aber unter Fremdherrschaft und musste jahrhundertlang zunächst nach norwegischer und dann nach dänischer Pfeife tanzen. Stolz darauf, mit ihrem Althing eines der ältesten Parlamente der Welt zu haben, das in seiner frühesten Form um 930 n. Chr. im Landesinneren geschaffen worden war, gründeten die traditionsbewussten Isländer nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit während des Zweiten Weltkrieges ihre moderne Republik in Þingvellir, dem historischen Versammlungsort ihrer Vorfahren. Heute wird die Demokratie in Island verehrt, aber man spricht hier nicht so viel darüber wie in den anderen nordischen Ländern. Der einheimische Politikwissenschaftler Gunnar Helgi Kristinsson, Professor an der Universität Islands in Reykjavík, gibt den folgenden Hinweis auf einen Grundzug der isländischen politischen Kultur, der auch für die Erforschung des isländischen Parteiensystems wichtig ist: „Im Allgemeinen sind die Isländer pragmatisch, mehr damit beschäftigt Geld zu verdienen als Prinzipien zu diskutieren.“<sup>7</sup> Mit langen Grundsatzprogrammen sind sie dann wohl kaum zu reizen – es bedarf anderer Köder, um sie zum Anbeißen zu bewegen. Da wundert es nicht, dass spannende Einzelstudien der isländischen Parteienforschung von „Patronage“<sup>8</sup> und „Klientelismus“<sup>9</sup> handeln.

Angesichts der häufigen Umfragen von Meinungsforschungsinstituten zur aktuellen Parteipräferenz der wahlberechtigten Bevölkerung entsteht der Eindruck, dass man in Island den politischen Standort der Wählerschaft genauso dringlich erkunden lässt wie in der Fischereiwirtschaft vom Meeresforschungsinstitut mit wissenschaftlichen Methoden und modernsten Ortungsgeräten ausgekundschaftet wird, wo die Fanggründe gerade am ergiebigsten sind. Ob per Telefon oder Sonar – keiner will im Trüben fischen.

Wissenschaftliche Parteienforschung und empirische Wählerstudien gibt es in Island erst seit der großen Untersuchung der beiden Althing-Wahlen von 1983 und 1987, die Ólafur Th. Hardarson durchgeführt hat, der heute ebenfalls Professor an

---

<sup>7</sup> Zit. nach Sigrún Davíðsdóttir: Þá Island ignores magten. In: *Politik i Norden*. Nr. 1-2002, S. 38.

<sup>8</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Parties, States and Patronage. In: *West European Politics*. Bd. 19/3 1996, S. 433-457.

<sup>9</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Clientelism in a Cold Climate: The Case of Iceland. In: Piattoni, Simona (Hrsg.): *Clientelism, Interests and Democratic Representation*. Cambridge: Cambridge University Press 2001, S. 172-192.

Islands Universität in Reykjavík ist.<sup>10</sup> Erst in der Gegenwart reicht die Literaturbasis aus, um Island in vergleichende Untersuchungen einbeziehen zu können<sup>11</sup> – in dem grundlegenden Buch „The Scandinavian Party System(s)“<sup>12</sup>, das die schwedischen Politologen Sten Berglund und Ulf Lindström 1978 veröffentlicht haben, blieb das kleinste skandinavische Land noch unberücksichtigt.<sup>13</sup> Erst zwei Jahre vorher hatte der erste isländische Politikprofessor Ólafur Ragnar Grímsson, der seit 1996 das Amt des Präsidenten der Republik Island innehat, sein Land in der englischsprachigen Zeitschrift der nordischen Politologenvereinigung einem breiteren Fachpublikum vorgestellt. In seinem Artikel über die isländische Machtstruktur<sup>14</sup> beschreibt er die politische Kultur Islands als legalistisch, egalitär und gewaltlos. Grímsson, der bis 1995 selbst Vorsitzender der Linkspartei war, deren kommunistische Vorläuferin 1949 im Parlament gegen Islands NATO-Beitritt gestimmt hatte, und der von 1988 bis 1991 als Finanzminister zwei kurzlebigen Koalitionsregierungen angehörte, beschreibt den Wandel der isländischen Machtstruktur seit der Entstehung moderner Massenparteien als Entwicklung von einem elitistischen hin zu einem mehr pluralistischen Machtsystem. Bis Ende der 50er Jahre wurden die wichtigsten Institutionen des Landes von einer kleinen Gruppe von Personen kontrolliert, deren Kern die Parteiführer bildeten. Ihre Herrschaft wurde durch die engen Beziehungen zu Interessenorganisationen und zur Presse noch verstärkt. Die politische Elite dominierte auch das ökonomische Establishment – nicht umgekehrt. Das begann sich erst zu ändern, als die gesellschaftlichen Probleme komplexer wurden und der öffentliche Dienst, juristische Institutionen, der Wirtschafts- und Finanzsektor (v.a. einige große Unternehmen und die Banken) sowie die Zeitungen durch zunehmende

---

<sup>10</sup> Ólafur Th. Hardarson.: *Parties & Voters in Iceland. A Study of the 1983 and 1987 Althingi Elections*. Reykjavík: Social Science Institute, University of Iceland 1995; siehe auch Ólafur Th. Hardarson und Gunnar H. Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1987. In: *Electoral Studies*. Bd. 6/3, S. 219-234.

<sup>11</sup> David Arter: Party System Change in Scandinavia since 1970: 'Restricted Change' or 'General Change'? In: *West European Politics*. Bd. 22/3 1999, S. 139-158; Gunnar Grenstad: Reconsidering Nordic Party Space. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 26/3 2003, S. 193-217.

<sup>12</sup> Sten Berglund / Ulf Lindström: *The Scandinavian Party System(s)*. Lund: Studentlitteratur 1978.

<sup>13</sup> Leider ist Island auch in den beiden neueren vergleichenden Aufsätzen von Jan Sundberg nicht dabei: The Enduring Scandinavian Party System. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 22/3 1999, S. 221-241; Skandinavien. In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Europa-Handbuch*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1999, S. 196-207.

<sup>14</sup> Ólafur Ragnar Grímsson: The Icelandic Power Structure 1800-2000. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 11 1976, S. 9-32.

Professionalisierung von den politischen Parteien unabhängiger wurden, die nun auch im Bildungs- und Kulturbereich – zum Beispiel bei der Personalauswahl – weniger zu sagen hatten.

Diese Entwicklung hat sich bis heute fortgesetzt und entzieht den Parteien die Lockmittel, mit denen sie in der pragmatischen Wählerschaft auf Stimmenfang gehen können bzw. die Anreize, mit denen die vorteilsbedachten Isländer zum Parteibeitritt zu bewegen sind, wie zum Beispiel günstige Kredite von parteihörigen staatlichen Banken oder Stellen und Positionen in parteidominierten Bereichen: „Die Politiker haben die Macht verloren, Güter wie Geld und Arbeit zu verteilen. Die Gesellschaft ist pluralistischer geworden.“<sup>15</sup> Durch den besonders großen Einfluss, den die Partieliten in Island lange Zeit hatten und der in den 60er Jahren ins Zentrum antiautoritärer Gesellschaftskritik geriet, war auch ihr Machtverlust wesentlich größer als der, den die politischen Führer in den anderen nordischen Ländern hinnehmen mussten. Im folgenden Überblick über das isländische Parteiensystem wird dargestellt, welche Parteien um die politische Macht konkurrieren und was in Island außer der besonders machtvollen parteipolitischen Durchdringung der Gesellschaft noch so ganz anders ist als in den anderen skandinavischen Parteiensystemen.

## **2. Parteiensystem historisch: Entstehung und Entwicklung**

Im 19. Jahrhundert gab es in Island noch keine Organisationen, die man als Parteien bezeichnen könnte, und das am Ende des absolutistischen Zeitalters vom dänischen König wiedereingesetzte Althing, das 1845 mit 20 vom Volk gewählten und sechs von der Obrigkeit bestimmten Mitgliedern erstmals in der Hauptstadt zusammentrat, hatte zunächst nur beratende Funktion. Es wurde aber zu einer gesetzgebenden Versammlung aufgewertet, als Island 1874 zur Tausendjahrfeier der Besiedlung der Insel eine eigene Verfassung erhielt. Die Volksvertreter, deren Zahl auf

---

<sup>15</sup> So der Politologe Ólafur Th. Hardarson, zit. nach Davíðsdóttir: Þá Island ignores magten (Anm. 7), S. 39; siehe auch Svanur Kristjánsson: Iceland: From Party Rule to Pluralist Political Society. In: Hanne Marthe Narud / Mogens N. Pedersen / Henry Valen (Hrsg.): *Party Sovereignty and Citizen Control. Selecting candidates for parliamentary elections in Denmark, Finland, Iceland and Norway*. Odense: University Press of Southern Denmark 2002, S. 107-166.

30 erhöht worden war, und die nach wie vor sechs vom dänischen König eingesetzten Abgeordneten versammelten sich jetzt nicht mehr in der Lateinschule von Reykjavík, sondern sie bekamen ein neues Haus. In diesem zwischen Stadtteich und Hafen gelegenen Gebäude aus dunklem Basalt tagt das isländische Parlament bis heute. Damals repräsentierte die untere Kammer des Althing ein politisch eher desinteressiertes und nur zu einem geringen Teil wahlberechtigtes Volk von individualistischen Wikinger-Nachfahren, zu dem nur etwa ein Viertel so viele Menschen zählten wie heute – kurz nach der Wende zum 20. Jahrhundert waren es 78.000.

Der – durchweg friedliche – Unabhängigkeitskampf gegen die dänischen Machthaber wurde von der nationalistischen Bewegung geführt, die von einigen patriotischen Dichtern (v.a. Jónas Hallgrímsson) inspiriert und von prominenten Einzelpersonen wie dem Philologen Jón Sigurðsson vorangetrieben wurde, dessen Geburtstag deshalb 1944 als Gründungstag der Republik gewählt wurde – seitdem ist der 17. Juni Islands Nationalfeiertag. Organisierte Gruppen, die die Unabhängigkeitsbewegung trugen, waren instabile politische Vereinigungen, die sich durch taktische Varianten im Rahmen des gemeinsamen Themas – mehr Unabhängigkeit von Dänemark bzw. der dänischen Krone – unterschieden. „Die erste Organisation, die als Prototyp einer Partei betrachtet werden kann, war die ‚Patriotische Gesellschaft‘ von 1871-1874.“<sup>16</sup> Erst viel später, als parlamentarische Demokratie und innenpolitische Macht in Sichtweite kamen, konstituierten sich diese Akteure explizit als politische Parteien, die aber nach wie vor elitäre Zirkel ohne breitere Mitgliederbasis blieben. Ihre zentralen Führungskräfte stammten meist aus angesehenen Familien, und zwischen den Angehörigen der nationalen politischen Elite bestanden oftmals verwandtschaftliche Beziehungen oder sie kannten sich vom gemeinsamen (höheren) Bildungsweg. Nach dem Erhalt des Selbstverwaltungsrechts 1904 gewann die 1900 gegründete „Selbstverwaltungspartei“ den politischen Wettbewerb um das Amt des Islandministers, das bis dahin ein Däne innegehabt hatte und das jetzt von dem auch als Dichter bekannten isländischen Abgeordneten und Juristen Hannes Hafstein übernommen wurde, der drei Ministerialbereichen vorstand und sich dem Althing gegenüber verantworten musste. Diese Regierungsposition ging

---

<sup>16</sup> Richard F. Tomasson: Island. In: Furtak, Robert K. (Hrsg.): *Politisches Lexikon Europa*. Bd. 1. München: C.H. Beck 1981, S. 195.

nach den Parlamentswahlen von 1908 an die „Selbständigkeitspartei“, die 1907 durch den Zusammenschluß der 1902 gegründeten „Nationalen Verteidigungspartei“ mit der „Demokratischen Partei“ entstanden war, die ihrerseits 1905 aus der 1900 gegründeten (alten) „Fortschrittspartei“ hervorgegangen war.<sup>17</sup>

Das Unabhängigkeitsissue blieb auch nach 1904 ein wichtiges Thema in der isländischen Politik. Die Selbstverwaltungskompetenz des Landes war nach wie vor begrenzt: Island konnte weder über seine Außen- und Verteidigungspolitik noch über seine höchsten Rechtsangelegenheiten selbst bestimmen und musste auch den Schutz seiner Territorialgewässer und Fischereigrenzen (damals nur drei nautische Meilen) weiterhin Dänemark überlassen, mit dem der Inselstaat auch nach Erlangung der Souveränität 1918 noch durch den gemeinsamen König verbunden war. So trat Island zum Beispiel nicht der UNO bei, da das Land bis zum Ende der Personalunion nicht selbst über seine Außenpolitik bestimmen konnte – Dänemark zu diesem Zeitpunkt allerdings auch nicht mehr, denn es war im Zweiten Weltkrieg von den Deutschen besetzt, während das damalige Königreich Island, das neutral war und kein eigenes Militär hatte, zunächst britische und dann amerikanische Besatzungstruppen ertragen musste, die sich als Beschützer verstanden.<sup>18</sup>

In der frühesten Phase des isländischen Parteiensystems sortierten sich die alten instabilen Honoratiorenparteien auf einer vertikalen Konfliktlinie nach Art und Stärke ihres Autonomiestrebens. Darauf rangierte die Selbständigkeitspartei ganz oben. Die Selbstverwaltungsperiode von 1904 bis 1918 ist, wie der Historiker Gunnar Karlsson von der Universität Islands betont, für Außenstehende politisch extrem kompliziert<sup>19</sup>. Ein wesentlicher Streitpunkt war die Verpflichtung des einheimischen Islandministers zur Mitgliedschaft in der dänischen Regierung, und Minister Hafstein von der Selbstverwaltungspartei wurde vorgeworfen, nicht patriotisch genug zu handeln, sich

---

<sup>17</sup> Vgl. Richard F. Tomasson: Iceland. In: Mc Hale, Vincent E. (Hrsg.): *Political Parties of Europe*. Westport, Conn. u.a.: Greenwood Press 1983, S. 515-530; Gunnar Karlsson: *The History of Iceland*. Minneapolis: University of Minnesota Press 2000, S. 193 ff; Jón R. Hjálmarsson: *Íslands historie. Fra bosættelsen til vore dage*. Reykjavík: Iceland Review 1999, S. 105 ff.

<sup>18</sup> Vgl. Esbjörn Rosenblad / Rakel Sigurðardóttir-Rosenblad: *Iceland from past to present* (Anm.2), S. 56 ff und Gunnar Karlsson: *A Brief History of Iceland*. Reykjavík: Mál og menning 2000, S. 48 ff.

<sup>19</sup> Gunnar Karlsson: *The History of Iceland* (Anm. 17), S. 280.

zu fügen und damit den untergeordneten Status von Island als Teil des dänischen Staates zu akzeptieren.

Eine weitere, horizontal verlaufende Konfliktlinie kam im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts dazu, auf die sich die traditionellen Elitemitglieder langsam einstellten und durch die neue Politikergruppen im elitären isländischen Machtsystem hochkamen. Diese Konfliktlinie entstand aufgrund der sozioökonomischen Entwicklung, die in Island langsamer verlief als in den anderen skandinavischen Ländern und vor allem durch revolutionäre Fortschritte im Fischfang gekennzeichnet war: 1905 setzten Isländer den ersten dampfbetriebenen Trawler ein, den sie second hand von Schotten erworben hatten, und bis 1930, als die Depression die isländische Wirtschaft bis zum Kriegsbeginn stark beeinträchtigte, stieg die Zahl der mit Schleppnetzen ausgestatteten modernen Fangschiffe auf 41, während sich die Zahl der in der Fischerei beschäftigten Arbeitskräfte um etwa 50 Prozent erhöhte. Die Mechanisierung der Fischverarbeitung, bei der damals noch hauptsächlich auf eine sehr arbeitsintensive Art Stock- bzw. Klippfisch erzeugt wurde durch das Trocknen und Salzen von Kabeljau/Dorsch, ging dagegen langsamer voran. Die neue politische Konfliktlinie konstituierte sich von links nach rechts hauptsächlich auf der Basis des Klassenkonflikts zwischen denjenigen, die keine Produktionsmittel hatten und denen, die Manufakturen besaßen oder Schiffseigner waren, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Dieser Interessengegensatz von Arbeit und Kapital wurde zur Grundlage des modernen Parteiensystems, da die isländische Bevölkerung sehr homogen ist und weder ethnische noch linguistische Unterschiede existieren, die zu Parteigründungen hätten führen können. Auch aus religiösen Gründen entstanden keine erfolgversprechenden Parteien, da es keine wesentlichen Glaubensunterschiede gab und gibt – fast alle Isländerinnen und Isländer gehören der lutherischen Staatskirche an. Das veränderte isländische Parteiensystem ist allerdings noch durch weitere sozioökonomische Interessenunterschiede bestimmt, die miteinander verbunden und durch folgende Pole gekennzeichnet sind: Zentrum und Peripherie, Stadt und Land sowie Verbrauch/Nachfrage und Erzeugung/Angebot von Primärgütern der Landwirtschaft und Fischerei. Außerdem unterscheiden sich die Parteien gestern wie heute in ihrer Position im Streit zwischen nationalen und internationalen Werten sowie in ihrer Hinnahme von Fremdeinflüssen und Akzeptanz von ausländischer Präsenz innerhalb der eigenen Landesgrenzen.

Durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1915 wurden die elektoralen Fanggründe für die alten und neuen Stimmenfischer um besitzlosere und jüngere Bevölkerungsgruppen erweitert. Die isländischen Frauen hatten – sofern sie verheiratet waren – das kommunale Wahlrecht schon ein paar Jahre früher erhalten, und 1908 hatte in Reykjavík eine „Frauenliste“ 22 Prozent der Stimmen und vier von 15 Stadtratssitzen gewonnen. Auf der nationalen Ebene waren zwar ab 1915 alle Männer ab 25 außer den Fürsorgeempfängern stimmberechtigt, bei den Frauen dauerte es jedoch noch fünf weitere Jahre, bis die Altersgrenze von 40 auf ebenfalls 25 Jahre gesenkt wurde. Auch bei den nationalen Wahlen kandidierte später eine „Frauenliste“. Sie gewann mit 22,7 Prozent der Stimmen einen Sitz im Althing, so dass die isländische Volksvertretung 1923 mit der Leiterin der Reykjavíker Frauenschule ihr erstes weibliches Mitglied hatte. Die Abgeordnete Ingibjörg H. Bjarnason gründete allerdings schon ein Jahr später die „Konservative Partei“ mit, die ihrerseits 1929 in der neuen „Unabhängigkeitspartei“ aufging.<sup>20</sup> Mitte der 20er Jahre, bei ihrer zweiten nationalen Wahlbeteiligung, erhielt die „Frauenliste“ nur noch 3,5 Prozent der Stimmen – die meisten ihrer Anhängerinnen hatten jetzt für die Konservativen gestimmt und wählten das nächste Mal auch die 1927 entstandene „Liberale Partei“, die 1929 ebenfalls in der liberal-konservativen „Unabhängigkeitspartei“ aufging, die für die weibliche Wählerschaft besonders attraktiv wurde. Neue „Frauenlisten“ kandidierten erst wieder in der Gegenwart, ab 1982 auf lokaler und ab 1983 auch auf nationaler Ebene.

Die ökonomische Depression dauerte in Island länger als in den anderen nordischen Ländern, was vor allem durch den Spanischen Bürgerkrieg bedingt war, der 1936 begann und den Absatz von gesalzenem und getrocknetem Fisch stark beeinträchtigte: Von 1935 bis 1939 ging der Export dieses wichtigen isländischen Exportprodukts von 39.000 Tonnen auf 20.000 Tonnen zurück. Im Jahr 1930, als der wirtschaftliche Abschwung begann, existierten in Island schon alle vier parteipolitischen Grundpfeiler des modernen Parteiensystems: Vom Ersten Weltkrieg bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, der durch die steigende Nachfrage vor allem Großbritanniens nach eisgekühltem Frischfisch die Wirtschaftsflaute beendete,

---

<sup>20</sup> Vgl. ebd., S. 278 f, sowie Gunnar Karlsson: *A Brief History of Iceland*. Reykjavík: Mál og menning 2000, S. 51.

entstanden alle vier großen Parteien, die die isländische Politik bis zum Ende des 20. Jahrhunderts bestimmten. Von links nach rechts angeordnet kommt zunächst die 1930 nach einer Spaltung der sozialdemokratischen Partei zuletzt gegründete „**Kommunistische Partei**“, die sich 1938 nach ihrem Zusammenschluss mit weiteren abtrünnigen Sozialdemokraten in „Sozialistische Einheitspartei“ umbenannte und in der Gegenwart bis 1995 unter dem später angenommenen Parteinamen „Volksallianz“ kandidierte. Es geht weiter mit der 1916 als erste Partei auf der neuen horizontalen Konfliktlinie gegründeten sozialdemokratischen „**Volkspartei**“. Sie kandidierte ebenfalls bis 1995 unter diesem Namen als eigenständige Partei, bis sie sich bei der Althingswahl 1999 mit der Volksallianz und der Frauenliste verbündete, mit denen sie danach im Mai 2000 zu einer neuen Partei fusionierte. Weiter rechts befindet sich die bäuerliche (neue) „**Fortschrittspartei**“, die ebenfalls 1916 entstand, und gleich daneben, weil - anders als in den anderen skandinavischen Ländern - bis in die Gegenwart eine separate liberale Partei fehlt, steht die 1929 gegründete „**Unabhängigkeitspartei**“. Diese konservative Partei legte gewisse manchesterliberale Züge schnell ab, da sie sich nicht als Klassenpartei unsozialer Kapitalisten definierte. Sie wollte sich vielmehr als politische Interessenvertretung aller gesellschaftlichen Schichten profilieren und befürwortete – anders als ihre nordischen Schwesterparteien – frühzeitig wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen. Die ganz rechts stehenden isländischen Nazis konnten von der schlimmen Wirtschaftskrise nicht profitieren. Ihr bestes Wahlergebnis erzielte die faschistische Partei bei den Kommunalwahlen 1934 mit nur 2,8 Prozent der Stimmen in der Hauptstadt Reykjavík. Auf der nationalen Ebene kandidierte sie nur in wenigen Wahlkreisen und gewann bei Althingswahlen nie mehr als fünf Prozent der Stimmen, während die Kommunisten/Sozialisten am anderen Ende des damaligen Parteienspektrums ab 1933 kontinuierlich darüber lagen und ab 1942 sogar größere Stimmenfänge einfuhren als die Sozialdemokraten, und zwar – auch dies eine isländische Besonderheit – dauerhaft bis 1987!

Als erste der sogenannten Massen- und Klassenparteien wurde im vergleichsweise wenig industrialisierten Island die sozialdemokratische „**Volkspartei**“ (***Alþýðuflokkurinn***) im März 1916 als politischer Arm des gleichzeitig entstandenen Gewerkschaftsbundes gegründet. Sie bildete bis zur Abspaltung des kommunistischen Flügels 1930 den linken Pol der neuen horizontalen Konfliktlinie. Ab jetzt sollten nicht mehr Verfassungsfragen, sondern Themen des wirtschaftlichen Fortschritts und der



Verteilung sozioökonomischer Ressourcen die isländische Politik bestimmen – diese moderne Auffassung teilte sie mit den anderen neuen Parteien, die nach ihr entstanden. In der Übergangszeit des zweidimensionalen Parteiensystems waren die isländischen Sozialdemokraten ganz unten auf der alten vertikalen Konfliktlinie angesiedelt, denn ihre Volkspartei war dem immer noch tonangebenden Dänemark am freundlichsten gesinnt. Sie hielt Interessenkonflikte zwischen den Gesellschaftsklassen für wichtiger als nationale Unterschiede und hatte gute Kontakte zu ihrer vierzig Jahre älteren dänischen Schwesterpartei.<sup>21</sup> Über die isländische Sozialdemokratie liegt insgesamt am wenigsten Literatur vor – vielleicht, weil sie sowohl unter den hier angeführten vier wichtigen isländischen Parteien als auch im Vergleich mit den anderen nordischen Sozialdemokratien die erfolgloseste Partei war: In ihrer ganzen Geschichte konnte sie nur zweimal (knapp) über 20 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen (1934 und 1978), während die skandinavischen Genossen schnell über 30 (in Finnland), später über 40 (in Dänemark und Norwegen) und sogar auch mal über 50 Prozent (in Schweden) kamen.<sup>22</sup> Diese Linksparteien werden zum Beispiel im „Lexikon des Sozialismus“, das 1986 im Kölner Bund-Verlag erschien, in gesonderten Beiträgen behandelt, aber die isländische Volkspartei wird darin leider nicht vorgestellt. In einem anderen deutschsprachigen politischen Lexikon erfahren wir in einem aus dem Englischen übersetzten Beitrag des Island-Kenners Richard F. Tomasson: Die isländische Sozialdemokratie „übernahm die Prinzipien des Sozialismus wie alle europäischen sozialdemokratischen und Arbeiterparteien zu jener Zeit. Von Anfang an war für sie allerdings ein hoher Grad an inneren Konflikten kennzeichnend. 1930 sonderten sich die Kommunisten ab, um eine eigene Partei zu gründen, und 1938 kam es zur Abspaltung eines radikalen Flügels, der sich den Kommunisten anschloss und mit diesen die Volksallianz [bzw. deren Vorläuferin, die Sozialistischen Einheitspartei, F.R.] bildete. Danach wurden die Sozialdemokraten gemäßiger; sie gaben die Idee einer Verstaatlichung der Industrie auf und beschränkten den Weg der anderen sozialdemokratischen Parteien.“<sup>23</sup> Die isländische Volkspartei, die eine überwiegend städtische Wählerbasis hat, wurde nach ihrem besten Vorkriegsergebnis von 21,7 Prozent 1934 erstmals an einer Koalition beteiligt und bildete zusammen mit der

---

<sup>21</sup> Vgl. Frauke Rubart: Dänemark: Die Sozialdemokratie in Dänemark. In: *Lexikon des Sozialismus*. Köln: Bund 1986, S. 585.

<sup>22</sup> Vgl. Sten Berglund / Ulf Lindström: *The Scandinavian Party System(s)* (Anm. 12), S. 82-85.

<sup>23</sup> Richard F. Tomasson: Island (Anm. 16), S.200.

bäuerlichen Fortschrittspartei bis 1938 die „Regierung der arbeitenden Klassen“. Diese Regierungsgemeinschaft ist im nordischen Vergleich insofern besonders, als hier die Bauern und nicht die Arbeiter die Kooperation leiteten. Von 1939 bis 1942 war die sozialdemokratische Partei dann zusammen mit der führenden Fortschrittspartei und der Unabhängigkeitspartei Bestandteil der Dreiparteienkoalition, die „Nationale Regierung“ genannt wurde. Während dieser Kriegsjahre, in denen Anfang 1942 die Löhne eingefroren wurden und die Volkspartei daraufhin aus Protest die Koalition verließ, kam es zu spontanen Streiks sowie zur organisatorischen Scheidung der Gewerkschaftsbewegung von der Sozialdemokratie. Nach der Republikgründung war die Volkspartei Mitglied der sogenannten „Innovationsregierung“, die von den Konservativen und beiden Linksparteien gebildet wurde und von 1944 bis 1947 bestand. In der weiteren frühen Nachkriegszeit stellte sie von 1947 bis 1949 erstmals den Ministerpräsidenten, der eine Parteienkoalition aus Sozialdemokraten, Unabhängigkeitspartei und Fortschrittspartei leitete. Diese Regierung befürwortete 1949 den Beitritt Islands zur NATO, dem im 52köpfigen Parlament neben der gesamten konservativen Fraktion sieben von neun sozialdemokratischen Abgeordneten zustimmten, während alle 10 oppositionellen Kommunisten/Sozialisten dagegen votierten. Von den 13 Vertretern der mitregierenden Fortschrittspartei waren 10 Althingsmitglieder für den NATO-Beitritt, zwei enthielten sich der Stimme und ein Abgeordneter stimmte dagegen.<sup>24</sup>

Ebenfalls 1916 entstand mit der bäuerlichen „**Fortschrittspartei**“ (***Framsóknarflokkurinn***) eine zweite Klassenpartei, die bis heute Bestandteil des isländischen Parteiensystems ist und die in der hier betrachteten historischen Phase vor der Republikgründung durchgängig erfolgreicher war als die Sozialdemokraten. Schon 1923 kam sie weit über 20 Prozent – 1931 erzielte sie mit 35,9 Prozent ihr bestes Wahlergebnis. Anders als die hauptsächlich um Arbeiterstimmen werbende Volkspartei wurde die Fortschrittspartei aus dem Althing heraus von (acht lose verbundenen) Abgeordneten früherer Parteigruppierungen gegründet, die schon über parlamentarische Erfahrung verfügten. Obwohl sie zu den modernen Massenparteien gezählt wird, blieb die neue Fortschrittspartei bis in die 30er Jahre eine Kaderpartei ohne breite Mitgliederbasis, die lange Zeit von freiwilligen Beiträgen einer kleinen

---

<sup>24</sup> Vgl. Gunnar Karlsson: *The History of Iceland* (Anm. 17), S. 337.

Gruppe von Unterstützern finanziert wurde. Erst später erschloss sie andere Finanzquellen wie die Durchführung von Lotterien und der Verkauf eines Kalenders. Die Fortschrittspartei ist eng mit den isländischen Genossenschaften verbunden, deren Verbund sich über den landwirtschaftlichen Sektor hinaus zu einem großen Konzern mit Manufakturen, Aktivitäten in der Schifffahrt sowie Im- und Exportgeschäften entwickelt hat. Auch die landwirtschaftlichen Vereine, von denen die Fortschrittspartei immer unterstützt wurde, haben ihre Tätigkeit erweitert und betreiben zusätzlich zu technischer Beratung auch ökonomische Interessenvertretung. Der Parteiname der Fortschrittspartei erleichterte es den Bauernpolitikern, über ihre angestammte Wählerschaft in den ländlichen Regionen hinaus frühzeitig auch Stimmen in den Städten zu gewinnen, sobald sie sich dort zur Wahl stellten (1930 12% in Reykjavík) – dass sie das mitten in ihrer noch anhaltenden Wachstumsphase taten ist eine besondere Entwicklung, die der isländische Politologe Gunnar Helgi Kristinsson in einer großen Studie vergleichend untersucht hat.<sup>25</sup> 1933 spalteten sich diejenigen Mitglieder ab, die diese Entscheidung ablehnten und die ausschließliche Interessenvertretung der Landwirte einem breiteren Wählerappeal vorzogen. Die von ihnen gegründete neue „Bauernpartei“ gewann 1934 drei und 1937 zwei Parlamentssitze, bevor sie 1942 wieder aus dem Althing verschwand und aufgelöst wurde. Die Fortschrittspartei blieb die im internationalen Vergleich erfolgreichste politische Interessenvertretung der Bauern. Häufig war sie aufgrund von Besonderheiten des oftmals reformierten isländischen Wahlrechts, das lange Zeit die ländlichen Wahlkreise überrepräsentierte, im Althing die mandatsstärkste Partei, auch wenn sie von der Stimmenzahl her nur den zweiten Platz hinter den Konservativen errungen hatte. Am extremsten war dieser Vorteil 1931, als die in den ländlichen Wahlkreisen starke Fortschrittspartei mit 35,9 Prozent der Stimmen 23 der 42 Althingssitze gewann, während sich die Unabhängigkeitspartei, die in den unterrepräsentierten städtischen Wahlkreisen erfolgreicher war, trotz ihres größeren Stimmengewinns von insgesamt 43,8 Prozent mit 15 Parlamentssitzen begnügen musste. Schon zwei Jahre nach ihrer Gründung wurde die neue Fortschrittspartei an der Regierung beteiligt und bildete von 1918 bis 1920 mit den beiden alten Parteien von der vertikalen Konfliktlinie, der

---

<sup>25</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: *Farmer's parties: a study in electoral adaption*. Reykjavík: Bækur Félagsvísindastofnunar 1991 und Gunnar Helgi Kristinsson: *The Icelandic Progressive Party: Trawling for the Town Vote?* In: Arter, David (Hrsg.): *From Farmyard to City Square? The Electoral Adaption of the Nordic Agrarian Parties*. Aldershot: Ashgate 2001, S. 132-161.

Selbstverwaltungspartei und der Selbständigkeitspartei, eine Dreierkoalition. 1927 stellte sie erstmals den Ministerpräsidenten und regierte bis 1932 allein. Von 1932 bis 1934 führte die Fortschrittspartei eine Zweiparteienkoalition mit den Konservativen, von 1934 bis 1938 leitete sie die schon erwähnte „Regierung der arbeitenden Klassen“, in der sie mit den Sozialdemokraten zusammenarbeitete. Von 1938 bis 1939 regierte sie wieder ohne Partner und leitete anschließend von 1939 bis 1942 die „Nationale Regierung“ aus Bauernvertretern, Sozialdemokraten und Konservativen. Während der Amtszeit der von den Konservativen geleiteten „Innovationsregierung“ von 1944 bis 1947 blieb die Fortschrittspartei in der Opposition. Sie war erst danach wieder Mitglied einer Koalition und bildete darin von 1947 bis 1949 die politische Mitte zwischen sozialdemokratischer Volkspartei und konservativer Unabhängigkeitspartei.

1929 entstand die „**Unabhängigkeitspartei**“ (*Sjálfstæðisflokkurinn*) aus einem Zusammenschluss der 1924 gegründeten Konservativen Partei, die ihren Namen ablegen wollte, um nicht mehr als fortschrittsfeindlich zu gelten, und der 1927 gegründeten Liberalen Partei. Das ist eine weitere isländische Besonderheit, denn in den anderen skandinavischen Ländern blieben diese beiden Strömungen organisatorisch getrennt. Die erfolgreiche Unabhängigkeitspartei bekam sofort über 40 Prozent der Stimmen, fiel nur ein einziges Mal in ihrer Geschichte (1987) unter 30 Prozent und stellt in der Gegenwart seit 1991 (bis 2004) kontinuierlich den Ministerpräsidenten. In der hier betrachteten historischen Phase des isländischen Parteiensystems war die Unabhängigkeitspartei seit Ende der 30er Jahre an allen parteipolitischen Koalitionen beteiligt. 1939 bildete sie zusammen mit der Fortschrittspartei und den Sozialdemokraten die „Nationale Regierung“, 1942 regierte sie kurz allein, und nach einer Zwischenperiode mit einem Nichtparteienkabinett leiteten die Konservativen von 1944 bis 1947 zum ersten Mal eine Koalition, und zwar die „Innovationsregierung“, an der beide Linksparteien beteiligt waren. Obwohl die Unabhängigkeitspartei relativ spät den rechten Pol der horizontalen Konfliktlinie besetzte, repräsentierte sie am stärksten die Kontinuität des isländischen Parteiensystems von den ersten Anfängen her. Dieses tat sie aufgrund ihrer nationalistischen Ideologie und wegen ihres Namens, in dem „Unabhängigkeit“ jetzt die erweiterte Bedeutung von Individualismus und Freiheit hatte, was alle Isländerinnen und Isländer ansprach, sowie durch die Herkunft ihrer Führungskräfte aus den vornehmen Familien des Landes, die die alte Elite gebildet hatten, und vor

allem auch deshalb, weil sie sich als einzige Partei nicht als politische Vertretung einer einzigen Gesellschaftsklasse verstand, sondern in allen sozialen Gruppen nach Stimmen fischte und ihre Programmatik dementsprechend allgemein hielt. Die Homogenität der isländischen Bevölkerung, die durch keine Unterschiede hinsichtlich Rasse, Religion, Sprache oder ethnische Herkunft gespalten ist, begünstigte die Glaubwürdigkeit der konservativen Ideologie von der Einheit der Nation. Dazu passte auch das Fehlen einer formalen Parteiorganisation und die Definition ihrer Abgeordneten als frei und selbständig handelnde Agenten des öffentlichen Interesses – sie wären keine Vertreter von Spezialinteressen sondern unabhängige Repräsentanten des ganzen Volkes, in loser Fraktionsgemeinschaft verbunden und nicht wie die Abgeordneten der Linksparteien und der Fortschrittspartei einer strengen Parteidisziplin unterworfen, bei der ihr individueller Wille der Tyrannei der obersten Parteiführung untergeordnet wäre. Der isländische Politikwissenschaftler Svanur Kristjánsson hat die Wählerbasis der Unabhängigkeitspartei während der ersten 15 Jahre ihres Bestehens erforscht<sup>26</sup> und festgestellt, dass die Konservativen ihr Ziel erreicht haben und tatsächlich von allen Gesellschaftsschichten gewählt wurden. Fast alle Kapitalisten und Angestellte unterstützten die Unabhängigkeitspartei, außerdem fast die Hälfte der Bauern und auch ein kleinerer Teil der Arbeiterschaft. Frauen fühlten sich besonders von der harmonieorientierten Ideologie der Unabhängigkeitspartei angezogen und stimmten im höheren Maße konservativ als die Männer. In den Städten konkurrierten die Konservativen mit den beiden Linksparteien, auf dem Land war die bäuerliche Fortschrittspartei ihre Hauptgegnerin. In den Hochburgen der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung schnitt die Unabhängigkeitspartei vergleichsweise schwächer ab als in den anderen ländlichen Wahlkreisen. Dort, wo die Bauern vereinzelter arbeiteten, erzielten die Konservativen bessere Wahlergebnisse. Die Klassenpositionen der individuellen Bauern und der Kapitalisten ähnelten sich ja: Beide Gruppen besaßen Eigentum, beschäftigten Arbeitskräfte und waren von Krediten der staatlichen Banken abhängig. Durch die Abwesenheit von mächtigem privatem Finanz- und Bankenkaptal war die Einheit der isländischen Kapitalistenklasse relativ stark, da sie nicht in Schuldner und Gläubiger auseinander fiel. Dennoch gab es interne Differenzen, die durch die Interessenunterschiede von Händlern einerseits und Besitzern von Fischtrawlern

---

<sup>26</sup> Svanur Kristjánsson: The Electoral Basis of the Icelandic Independence Party, 1929-1944. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 2/1 (NF) 1979, S. 31-52.

andererseits bedingt waren, zum Beispiel hinsichtlich Währungsfragen: Die zwei konservativen Minister in der „Nationalen Regierung“ repräsentierten jeweils eine der beiden unterschiedlichen Meinungen zur Abwertung der isländischen Krone. Die Unabhängigkeitspartei befürwortete in ihrer Anfangszeit wie ihre nordischen Schwesterparteien einen Laissez-faire-Individualismus, niedrige Steuern und eine geringe Einmischung der Regierung in die Wirtschaft. Schon während der Depressionszeit veränderten die isländischen Konservativen diese ideologische Basis zugunsten von Wirtschaftsplanung, Wirtschaftskontrolle und wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen. Ihr rechter Flügel, der sich daraufhin 1941 abspaltete, hatte als eigenständige Partei keinen Erfolg.<sup>27</sup> Die Unabhängigkeitspartei behielt ihre engen Beziehungen zu den Interessenorganisationen der isländischen Arbeitgeber, erkannte aber auch die Tätigkeit der Gewerkschaften an und arbeitete in der „Innovationsregierung“ der Jahre 1944-1947 nicht nur mit den Sozialdemokraten, sondern auch mit den Kommunisten/Sozialisten zusammen. Ministerpräsident und Außenminister war der konservative Parteiführer Ólafur Thors, ein Schiffseigner, dessen Vater 1912 das große isländische Fischereiunternehmen Kveldúlfur gegründet hatte, zu dem viele Trawler zählten. Er verfolgte zusammen mit den linken Ministerkollegen das Ziel, das während des Krieges aufgrund der günstigen Zahlungsbilanz angewachsene Guthaben an fremder Währung für die Modernisierung der Fischereiflotte auszugeben – zum gemeinsamen Nutzen der Eigentümer und der Arbeitskräfte.<sup>28</sup> Die hohen Gewinne, die jetzt in die Industrialisierung des wichtigen Fischereisektors investiert wurden (Gefrieranlagen, Filetiermaschinen und andere Geräte zur Fischverarbeitung sowohl an Bord als auch an Land) kamen daher, dass der Fischfang durch den Krieg in den sonst konkurrierenden skandinavischen und anderen Hochseefischerei betreibenden Ländern lahmgelegt worden war und nur Island das Angebot von Kabeljau, Hering, Fischmehl, Tran und sonstigen Meeresprodukten aufrechterhalten konnte.

Die „**Kommunistische Partei Islands**“ (***Kommúnistaflokkur Íslands***) wurde 1930 nach einer ersten Spaltung der Volkspartei vom linken Teil der Sozialdemokratie gegründet. Sie wandelte sich beim Zusammenschluss mit weiteren radikalen

---

<sup>27</sup> Vgl. Richard F. Tomasson: Island (Anm. 16), S. 198.

<sup>28</sup> Vgl. Gunnar Karlsson: *The History of Iceland* (Anm. 17), S. 317.

Abtrünnigen 1938 zur „**Sozialistischen Einheitspartei**“ (*Sameiningarflokkur alþýðu, sósíalístaflökkurinn*), die als solche bei der Wahl im Juli 1942 den kommunistischen Wahlerfolg verdoppeln und sechs Parlamentssitze gewinnen konnte. Bei der Wahl vom Oktober 1942 legte sie sogar noch zu und gewann 10 Sitze – drei mehr als die Sozialdemokraten, die damals sowohl ihre Position als Haupt-Arbeiterpartei als auch ihre organisatorische Verbindung mit der radikalisierten Gewerkschaftsbewegung verlor. Später entwickelte sich die Sozialistische Einheitspartei in eurokommunistischer Richtung<sup>29</sup>, erhielt bis in die 80er Jahre immer mehr Stimmen als die Volkspartei und schloss sich mit ihr 1999 zunächst zu einem Wahlbündnis und 2000 zu einer neuen (sozialdemokratisch ausgerichteten) Partei zusammen – eine Art „Wiedervereinigung“ nach 70 Jahren, bei der aber auch die Sozialdemokratie ihre Identität (ihren Parteinamen) aufgab. In der „Innovationsregierung“, die von 1944 bis 1947 den Übergang von der Besatzungszeit zum Frieden administrierte, hatte der Generalsekretär der Sozialistischen Einheitspartei das Amt für Volksbildung inne und ein zweiter Kommunist/Sozialist fungierte als Minister für Arbeit. In dieser Koalition gab es zunächst Differenzen über die Methoden der Inflationsbekämpfung, und später traten beide kommunistischen/sozialistischen Minister unter Protest zurück, als den USA, deren Soldaten nach Kriegsende mit einiger Verzögerung endlich abgezogen waren, ihr ehemaliger Luftwaffenstützpunkt – die Airbase am Flughafen Keflavík – auf ziviler Grundlage weiterhin zur Verfügung gestellt wurde. Die Amerikaner brauchten damals dringend eine Zwischenstation für ihre Transportflüge ins Nachkriegseuropa und wollten zu diesem Zweck auf der Insel im Nordatlantik geeignetes Land leasen. Das war ein großer Konflikt in der isländischen Gesellschaft, den der einheimische Schriftsteller Halldór Laxness in seinem (sehr vergnüglichen) Roman „Atomstation“ („*Atómstöðin*“, Erstveröffentlichung 1948) behandelt hat<sup>30</sup>. Erwartungsgemäß

---

<sup>29</sup> Leonhard, Wolfgang: *Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West*. München: Bertelsmann 1978 (S. 294-296: Islands Kommunisten: Die eigenständige Rolle der „Volksallianz“).

<sup>30</sup> Halldór Laxness: *Atomstation*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1997 (Die Erzählerin, eine junge Frau vom Land, die bei einem Abgeordneten in der Hauptstadt als Hausmädchen arbeitete: „Die Politiker schworen jetzt im Sommer im Nordland genauso feierliche Eide, wie sie im Winter in Reykjavík geschworen hatten: Island wird nicht verkauft, das Volk wird nicht betrogen, es wird keine Atomstation errichtet, wo man alle Isländer an einem Tag umbringen kann, erlaubt wird höchstens ein Rastplatz für ausländische Wohltätigkeitstrupps auf der Halbinsel Reykjanes; sie schworen bei Land, Volk und Geschichte, schworen bei allen Göttern und Heiligtümern, an die sie nach eigener Aussage glaubten; schworen bei ihrer Mutter; und vor allen Dingen schworen sie bei ihrer Ehre. Und da wußte ich gleich, daß es jetzt geschehen war.“ S. 173).

stimmten 1949 alle 10 kommunistischen/sozialistischen Abgeordneten gegen den NATO-Beitritt Islands, der die Neutralität dieses Landes beendete, und als die regierende Mitte-Rechts-Koalition zwei Jahre später nach dem Ausbruch des Koreakrieges beschloss, der amerikanischen Großmacht die Keflavík-Basis auch wieder zur militärischen Nutzung zu überlassen, wurden die oppositionellen Kommunisten/Sozialisten gar nicht erst an den Vorgesprächen mit den Parlamentsfraktionen beteiligt. Ein Glück für die isländische Bevölkerung, dass die fremden Soldaten dann doch keine Atomwaffen mitbrachten. Sie überwachten den Luftraum, hielten nach sowjetischen U-Booten Ausschau und sind – in geringerer Zahl – noch heute da.<sup>31</sup>

In der frühen Nachkriegszeit, am Ende der hier abgegrenzten historischen Phase, waren alle vier wichtigen Parteien voll etabliert. Bis 1953 teilten die Konservativen, die Agrarier, die Sozialdemokraten und die Kommunisten/Sozialisten die damals 52 Sitze des nationalen Parlaments unter sich auf – das damalige isländische Parteiensystem kann also als konzentriert bezeichnet werden, sogar als sehr konzentriert, da sich an beiden Polen der strukturierenden Links-Rechts-Achse jeweils zwei politische Strömungen in einer Partei vereinen: Sozialismus und Kommunismus sowie Liberalismus und Konservatismus. Das Fehlen einer separaten liberalen Partei erklärt die dominante Position der vielschichtigen Unabhängigkeitspartei – mit ihrem Stimmenanteil von fast 40 Prozent und 20 Mandaten begann sie die erste Phase nach dem Krieg 1946 als stärkste Kraft, während die sozialdemokratische Volkspartei mit ihrem mageren Fang von rund 18 Prozent und 9 Althingssitzen den schlechtesten Start hatte – für ihre linke Konkurrenz gelangten nach einem Stimmengewinn von fast 20 Prozent zehn Abgeordnete ins Parlament. Diejenige der vier Massenparteien, die früh als Kaderpartei entstanden war, entwickelte in den 30er Jahren ebenfalls eine Mitgliederorganisation: Die bäuerliche Fortschrittspartei band ihre Anhänger ab 1931 fester an sich und gründete 1938 auch eine Jugendorganisation (eine Frauenorganisation entstand dagegen erst 1981) – 1946 gewann sie mit rund 23 Prozent der Stimmen 13 Mandate. Alle diese erfolgreichen Parteien verfügten nach Kriegsende über Regierungserfahrungen in einem nichtpolarisierten Koalitionssystem,

---

<sup>31</sup> U.S. Naval Air Station, Keflavík, Iceland.



in dem zeitweilig auch die Konservativen und die Kommunisten/Sozialisten zusammengearbeitet hatten.

Die politischen Führer bauten damals die Parteienherrschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen aus. Widerstand dagegen regte sich erst viel später. Sie standen an der Spitze der großen Interessenorganisationen, waren außerdem entweder Eigentümer isländischer Unternehmen wie zum Beispiel der konservative Parteivorsitzende, dem die größte Fischereifirma gehörte, oder sie waren an deren Leitung beteiligt wie die Führungspersonen der Fortschrittspartei, die vielen Betrieben der Genossenschaftsbewegung vorstanden. Ein weiterer bedeutender Einflussbereich der Parteienherrschaft war die Presse, denn alle isländischen Tageszeitungen waren damals Parteiorgane. Der Ministerpräsident der ersten (Minderheits-)Regierung der bäuerlichen Fortschrittspartei, die von 1927 bis 1932 amtierte, war zum Beispiel der Herausgeber ihrer Zeitung „Tíminn“ (Die Zeit). Das seit 1913 erscheinende „Morgunblaðið“ (Das Morgenblatt) entwickelte sich später unter der Herausgeberschaft eines der einflussreichsten konservativen Minister zum Hauptorgan der Unabhängigkeitspartei. In der Nachkriegszeit war der Vorsitzende der Volkspartei gleichzeitig Herausgeber ihrer Zeitung „Alþýðublaðið“ (Das Volksblatt), die von den Sozialdemokraten seit 1919 als ihr Parteiorgan veröffentlicht wurde, und die Kommunisten hatten auch eine eigene Zeitung namens „Þjóðviljinn“ (Der Volkswille).<sup>32</sup> Die isländische Presse war in dieser Zeit also keine unabhängige gesellschaftliche Kraft, sondern sie war ein weiterer Arm der alles durchdringenden Parteiführerschaft, die die Exekutive, die Legislative und die Judikative so eng verband wie es die früheren Gouverneure des dänischen Königs zur absolutistischen Zeit getan hatten, als von Gewaltenteilung noch keine Rede war. Wie der Politikwissenschaftler Grímsson es in seiner historischen Untersuchung des isländischen Herrschaftssystems ausdrückt, war nach dem Zweiten Weltkrieg die Periode des Übergangs vom nationalen Unabhängigkeitskampf zur modernen Klassenpolitik zwar beendet, an der überwiegend elitistischen Machtstruktur hatte sich zu diesem Zeitpunkt jedoch nichts geändert: „The fundamental characteristics of the Icelandic system of power had remained intact, although the bases of the elite had changed.“<sup>33</sup>

---

<sup>32</sup> Vgl. Gunnar Karlsson: *The History of Iceland* (Anm. 17), S. 306.

<sup>33</sup> Ólafur Ragnar Grímsson: *The Icelandic Power Structure 1800-2000* (Anm. 14), S. 19.

### 3. Parteiensystem modern: Kontinuität und Wandel

^ Die Entwicklung des modernen isländischen Parteiensystems in den 60 Jahren seit der Gründung der Republik Island am 17. Juni 1944 verlief auf der Basis von zwei fundamentalen Transformationsprozessen, und zwar 1. dem sozioökonomischen Wandel Islands zu einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft (anfangs mit vergleichsweise hohen Geldsummen aus dem Marshallplan, die das große Interesse der Amerikaner an ihrem nordatlantischen Stützpunkt verdeutlichen), und 2. dem politischen Machtverlust der isländischen Parteieliten beim Übergang „from party rule to pluralist political society“<sup>34</sup>, den der Politologe Grímsson in den 70er Jahren im historischen Überblick beschrieb und den der Parteienforscher Kristjánsson später am Beispiel der Kandidatenaufstellung für die Parlamentswahlen genauer untersucht hat. Bei der folgenden Darstellung dieser Entwicklung werden die speziellen Aspekte in gesonderten Abschnitten nach der Präsentation der einzelnen Parteien behandelt.

Der Hintergrund der gesamtnordischen Parteienlandschaft, vor dem diese Entwicklung ablief, hat sich ebenfalls verändert – die politische Welt ist heute differenzierter als in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: Statt der fünf großen skandinavischen Parteifamilien, die am Ende der historischen Phase etabliert waren und von denen vier auch ein isländisches Mitglied hatten, kann man jetzt mit Gunnar Grenstad von der norwegischen Universität Bergen acht nordische „party families“<sup>35</sup> unterscheiden. Von ihnen haben heute fünf Familien auch eine isländische Schwesterpartei – von den alten Sippen nun auch die Liberalen. Die betagten vielseitigen Konservativen und die traditionsreichen nordischen Agrarier behielten ihre starken Angehörigen aus Island, die seit 1995 ununterbrochen zusammen regieren, und die Sozialdemokraten haben immer noch ein relativ schwaches isländisches Mitglied, das 1999 in der Hoffnung mit drei anderen Parteien zu einem Wahlbündnis verschmolz, gemeinsam die erfolgreiche Mitte-Rechts-Koalition aus der Machtposition zu vertreiben. Von 1991 bis 1995 hatten die Sozialdemokraten selbst mit den

---

<sup>34</sup> Svanur Kristjánsson: Iceland: From Party Rule to Pluralist Political Society (Anm. 15).

<sup>35</sup> Gunnar Grenstad: Reconsidering Nordic Party Space (Anm. 11), S. 211.

Konservativen regiert – es ist also seitdem eine gewisse Polarisierung des isländischen Parteiensystems zu verzeichnen. Da zu den neuen Bündnispartnern der alten Volkspartei auch die Sozialisten zählen, die mit ihr im Mai 2000 eine neue sozialdemokratische Partei gründeten, hat die nordische linkssozialistische Parteifamilie ihr isländisches Mitglied verloren. Dessen linker Teil wiederum, der nicht in die sozialdemokratische Familie einheiraten wollte, hat sich einen anderen Partner gesucht und gehört jetzt zusammen mit den (bisher als Singles erfolglosen) Grünen, die sich 1991 von den Sozialdemokraten getrennt hatten, zur Familie der skandinavischen Umweltparteien – vom Parteinamen („Linksgüne“) her allerdings als Seniorpartner. Man merkt es deutlich, die politische Welt ist differenzierter geworden; in Island bildet sie sich aber nach wie vor hauptsächlich auf der alten Links-Rechts-Achse ab. Die drei restlichen politischen Verwandtschaftsgruppen in Skandinavien, die Christlichen, die Rechtspopulisten und die von der rechten Seite der Sozialdemokratie abgespaltenen Zentristen, sind ohne Mitglieder aus Island: Dort hat es nie erfolgreiche bzw. überhaupt keine Parteien dieser Art gegeben.<sup>36</sup>

In der Gegenwart hat es in Island links von den beiden Regierungsparteien (der konservativen „**Unabhängigkeitspartei**“ und der agrarischen „**Fortschrittspartei**“) eine Reorganisation gegeben, die gleichzeitig eine Konzentration darstellt. Sie hatte nämlich zum Ergebnis, dass seitdem nur noch fünf statt sechs Parteien im nationalen Parlament vertreten sind: 1999 zogen mit der „**Liberalen Partei**“ und der „**Linksgünen Bewegung**“ zwar zwei neue Parteien ins Althing ein, gleichzeitig fusionierten aber vier der sechs 1995 ins Parlament gewählten Parteien zu einer einzigen „**Allianz**“, und zwar die Sozialdemokraten, die Sozialisten, die Feministinnen und die Volkserwecker. Bevor die Entwicklung des modernen isländischen Parteiensystems in verschiedene Phasen unterteilt wird, sollen hier auch die kleinen und kurzlebigen Parteien erwähnt werden, die später keine gesonderte Aufmerksamkeit mehr bekommen. Die linke „**Volkserweckungsbewegung**“ war in den **90er Jahren** die einzige neue Partei im Althing. Sie wurde 1994 von abtrünnigen linken Sozialdemokraten gegründet und gewann 1995 vier Parlamentssitze. Ihre Abgeordneten bildeten schon bald eine Fraktionsgemeinschaft mit den Vertretern der „**Volkspartei**“, so dass ihr Aufgehen in der neuen sozialdemokratisch orientierten Bündnispartei am wenigsten wundert. Von den Gründungsorganisationen der Allianz

---

<sup>36</sup> Die neugegründete Christliche Partei erhielt 1995 nur 0,2 Prozent der Stimmen

war die „**Frauenliste**“ früher die erfolgreichste Neugründung im modernen Parteiensystems seit dem Krieg gewesen. Sie hatte 1983 als eigenständige neue Partei drei Mandate gewonnen, und sie war die einzige, die bei der zweiten Wahlbeteiligung sogar noch mehr Stimmen auf sich vereinigen und ihre Mandatszahl erhöhen konnte. 1987 erzielten die Feministinnen mit sechs Parlamentssitzen ihr Spitzenergebnis, bevor sie in den 90er Jahren Verluste erlitten und sich mit den Linksparteien verbündeten. Sie wird im Rahmen des nächsten Kapitels noch genauer präsentiert. In den **80er Jahren** gab es neben der mehrfach erfolgreichen Frauenliste zwei Abspaltungen von etablierten Parteien, die als neue Partei jeweils nur für eine Legislaturperiode im nationalen Parlament vertreten war: Die eine von ihnen war die von der Volkspartei abgespaltene „**Sozialdemokratische Union**“, die 1983 vier Mandate gewann. Die andere war die von ehemaligen Konservativen gegründete „**Bürgerpartei**“, die 1987 sogar sieben Parlamentssitze eroberte und der Unabhängigkeitspartei – der bisherigen liberalkonservativen Catch all-Partei – starke Verluste bescherte, sich nach vier Jahren aber wieder mit ihr vereinte. Davor hatte es in den **70er Jahren** die „**Union der Liberalen und Linken**“ (die unten im Zitat erwähnte „Union of Liberals and Leftists“) gegeben, eine Abspaltung von der sozialistischen/kommunistischen „**Volksallianz**“, die als neue Partei zwei Legislaturperioden lang zunächst mit fünf und dann mit zwei Abgeordneten im Althing repräsentiert und nach ihrem ersten Wahlerfolg 1971 sogar an der Regierung beteiligt war. Die ganzen **60er Jahre** über waren die vier Fraktionen der Konservativen, der Agrarier, der Sozialdemokraten und der Sozialistische/Kommunistische unter sich gewesen, da die Pazifistischen in dieser Zeit zur Volksallianz gehörten. Davor, während der **50er Jahre**, hatten sie zeitweilig als Abgeordnete der „**Nationale Schutzpartei**“ im Althing gesessen, die 1953 von Teilen der Fortschrittspartei, der Volkspartei und der Sozialistischen Einheitspartei gegründet worden war und 1953 zwei Mandate gewonnen hatte. Der zentrale Programmpunkt dieser kleinen Partei war die Einhaltung strikter Neutralität, wie Island sie in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen praktiziert hatte, und sie wandte sich vehement gegen die isländische NATO-Mitgliedschaft sowie gegen die amerikanische Militärpräsenz auf der Insel. Ihre Mitglieder waren Pazifisten und verteidigten nationale kulturelle Werte gegen fremden Kultureinfluss. Dementsprechend wollten sie später in der Volksallianz die kommunistische „Internationale“ nicht mitsingen: „The party was part of the election coalition, the People’s Alliance, which had formed in 1956. By 1967, however, some National Preservationists rebelled against the

communist-dominated Alliance; and in 1970, these dissidents reconstituted themselves as the Union of Liberals and Leftists.”<sup>37</sup>

Die Entwicklung eines Parteiensystems in Phasen einzuteilen ist keine einfache Angelegenheit, da sie so vielschichtig ist und mindestens Prozesse auf der Ebene der Regierungsparteien und auf der Ebene der Parlamentsparteien berücksichtigen sollte. Zu Island machen es sich die Autoren leicht: Sowohl David Arter als auch Svanur Kristjánsson unterscheiden nur die Phase vor und die Phase nach 1970 – und Grímsson bestätigt den Zeitpunkt des Wandels: „Iceland 1971: A year of political change“<sup>38</sup>. Handelt es sich dabei um einen „begrenzten Wandel“ oder um einen „allgemeinen Wandel“? Kristjánsson überschreibt sein Kapitel über die Veränderungen sogar mit „Transformation“ – um dann in seinen „Conclusions“ zu relativieren: „We should not exaggerate party system change in Iceland.“<sup>39</sup> Arter untersucht den Wandel des Parteiensystems in allen fünf nordischen Ländern und stellt zusammenfassend fest: „Plainly nowhere in the region there has been a transformation of the basic Scandinavian party system model (and its historic deviations), that is a replacement of all the distinguishing core features. Parties have lost members and, to a degree, public confidence; partisan identification is generally weaker; but nowhere in the region has the party system collapsed in the manner of Italy in the early 1990s. However, when viewing developments between 1970 and 1998, the evidence of an ‘unfreezing’ in the Scandinavian party systems is unmistakable.” Für Island, das mit seinen vier dominierenden alten Parteien vor 1970 ein Fall von „moderate multipartism“ war, nennt er die „high volatility elections“ von 1978, 1983 und 1987, zweitens habe es überall „factionalisation“ in den etablierten Parteien gegeben, der auch zur Gründung neuer Parteien geführt habe, außerdem seien drittens „temporary fluctuations“ in der Unterstützung für die alten Parteien zu verzeichnen, und viertens sei gegenüber der Zeit vor 1970 die Zahl der „relevant parties“ gestiegen. Zusammenfassend stellt er fest, dass seine Analyse in Bezug auf die Kernelemente des skandinavischen

---

<sup>37</sup> Richard F. Tomasson: Iceland (Anm. 16), S. 523.

<sup>38</sup> Ólafur Ragnar Grímsson: Iceland 1971: A Year of Political Change. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 8 1973, S. 193-197.

<sup>39</sup> Svanur Kristjánsson: Electoral Politics and Governance: Transformation of the Party System in Iceland 1970-96. In: Pennings, Paul / Lane, Jan-Erik (Hrsg.): *Comparing Party System Change*. London: Routledge 1998, S. 181.

Parteiensystems nur auf einen „restricted change“ hindeute, dass es aber in der Struktur des Parteienwettbewerbs einen „general change“ gegeben habe: „This has been evident in the high levels of innovation in the process of government formation.“<sup>40</sup>

Hier sollen die beiden langen Entwicklungsphasen des modernen isländischen Parteiensystems vor und nach 1970 noch einmal unterteilt werden, und zwar in fünf kürzere Abschnitte, die mehrere Legislaturperioden umfassen und jeweils ein Wahljahr zum Anfangs- und Entpunkt haben. Die letzte Phase, die 1999 erst nach dem Analysezeitraum der genannten Arbeiten von Arter und Kristjánsson beginnt, wird durch ein Abschlussjahr begrenzt, in dem keine neue Wahl stattfindet, sondern für das der schon seit 1991 amtierende Ministerpräsident Davið Oddsson von der Unabhängigkeitspartei frühzeitig seinen Rücktritt angekündigt hat. Er will im September 2004 sein Amt seinem Stellvertreter von der Fortschrittspartei überlassen, so dass die konservative Regierungsführung dieser stabilen Mitte-Rechts-Zweiparteienkoalition, die diese Phase kennzeichnet, dann vorbei ist.

### **Phase 1: 1946-1959 (Nachkriegsphase)**

Die erste Phase begann auch mit einer Regierungsführung durch die konservative Unabhängigkeitspartei, die damals allerdings nicht mit den Agrariern, sondern mit den Sozialdemokraten und den Sozialisten/Kommunisten eine Koalition bildete. Sie war 1946 mit ihren 39,4 Prozent die mit großem Abstand stimmenstärkste Partei in Island und schnitt am Ende dieser Phase sogar noch besser ab. Dennoch stellte sie nicht die ganze Zeit über den Regierungschef und war noch nicht einmal an allen Regierungen beteiligt – ab 1956 gab es keine konservativen Minister mehr. In dieser Phase haben alle vier alten Parteien irgendwann eine zeitlang miteinander koalitiert. Und alle außer den Sozialisten/Kommunisten stellten auch zeitweilig den Ministerpräsidenten. Das Parteiensystem war mit den vier großen Parteien und der bald in der sozialistischen/kommunistischen Volksallianz eingebundenen neuen Nationalen Schutzpartei stabil, die Regierungen waren es nicht.

---

<sup>40</sup> David Arter: Party System Change in Scandinavia since 1970: 'Restricted Change' or 'General Change'? (Anm. 11), S. 154 ff.

## **Phase 2: 1959-1971 (Stabilitätsphase)**

In dieser zweiten Phase blieb das „gemäßigte Vielparteiensystem“ Islands unverändert stabil, aber jetzt hielten auch die Regierungen länger: „The 1971 election was preceded by the longest unbroken coalition period in Icelandic politics.“<sup>41</sup> Die drei Regierungen dieser Phase waren immer große Koalitionen aus konservativer Unabhängigkeitspartei und sozialdemokratischer Volkspartei (sog. „Restaurationsregierungen“), d. h. sie wurden zweimal im Althing bestätigt, nach den Wahlen 1963 und 1967. Alle drei Koalitionen wurden von konservativen Regierungschefs geführt, allerdings nicht wie in der Gegenwart von derselben Person, sondern von drei verschiedenen Politikern, beginnend mit Ólafur Thors, der schon die erste Nachkriegsregierung geleitet hatte. Und alle drei Koalitionen bestanden die ganze Legislaturperiode hindurch, was ihr in der politischen Geschichte Islands eine einzigartige Position gab. Am Ende dieser Periode hatte die konservativ-sozialdemokratische Verbindung zwölf Jahre lang regiert, das war fast halb so lange wie die Republik Island damals existierte. Allerdings verloren die Konservativen nach anfänglichem Zuwachs kontinuierlich an Stimmen und erzielten am Ende dieser Phase mit 36,2 Prozent nicht nur ihr schlechtestes bisheriges Nachkriegsergebnis, sondern sie bekamen auch den niedrigsten Stimmenanteil ihrer ganzen bisherigen Geschichte. Die Unabhängigkeitspartei gewann 1971 zwei Mandate weniger als zu Beginn dieser Phase, während ihr sozialdemokratischer Regierungspartner den anfänglich verlorenen einen Sitz zurückerobern konnte.

## **Phase 3: 1971-1983 (Veränderungsphase)**

Der Umbruch begann 1971 mit einem vollständigen Regierungswechsel und der Amtsübernahme durch eine Koalition der Fortschrittspartei mit der Volksallianz und der von ihr abgespaltenen Union der Liberalen und Linken, die aber nur eine Legislaturperiode hielt. Anschließend gab es für vier Jahre eine Regierungszusammenarbeit von Konservativen und Agrariern, bevor dann auch die Sozialdemokraten mal wieder an die Macht kamen, so dass in dieser wichtigen dritten Phase des modernen isländischen Parteiensystems wie in der ersten wieder zeitweilig alle vier alten Parteien mit allen koalitiert und von ihnen alle außer den Sozialisten/Kommunisten einmal den Regierungschef gestellt haben. Es gab wesentliche temporäre Fluktuationen in der Wählerunterstützung der Konservativen, der Agrarier und auch der Sozialdemokraten, die 1974 mit 9,1 Prozent ihr schlechtestes

---

<sup>41</sup> Ólafur Ragnar Grímsson: Iceland 1971: A Year of Political Change (Anm. 38), S. 193.

Ergebnis seit den 20er Jahren erzielten und schon bei der nächsten Wahl 1978 mit 22 Prozent den allergrößten Erfolg ihrer gesamten Parteigeschichte feiern konnten. Auch die Volksallianz vergrößerte ihren Stimmenanteil bei dieser Wahl, bei der die Union der Liberalen und Linken nicht wieder ins Althing zurückkehrte – sie hatte vorher durch deren eigenständiger und erfolgreiche Kandidatur 1971 (5 Mandate) und 1974 (2 Mandate) allerdings keinen einzigen Sitz verloren gehabt. Die Zahl der Parlamentsparteien war in dieser Phase wieder wie zeitweilig in der ersten Phase vor der Gründung der Volksallianz: 4+1. Die innerparteiliche Zersplitterung zeigte sich an einem besonderen Beispiel: 1980 bildete ein konservativer Politiker (der stellvertretende Vorsitzende der Unabhängigkeitspartei, zusammen mit zwei anderen Fraktionskollegen) als Ministerpräsident eigenmächtig und ohne Parteauftrag eine Koalition mit der Fortschrittspartei und der Volksallianz, während die Mehrheit der konservativen Unabhängigkeitspartei unter Führung des Parteivorsitzenden in der Opposition blieb – und die Abweichler nicht ausschloss, was mit der individualistischen Grundhaltung dieser Partei stimmig ist. Das Ende dieser Regierung schließt die dritte Phase ab, in die eine ganz wesentliche Veränderung fällt: die Einführung von offenen Vorwahlen bei der Kandidatenaufstellung für die Parlamentswahlen und der Machtverlust der isländischen Partieliten beim Übergang „from party rule to pluralist political society“<sup>42</sup>.

#### **Phase 4: 1983-1999 (Differenzierungsphase)**

Diese Phase hat fünf wesentliche Charakteristika: Sie ist erstens gekennzeichnet durch die fortgesetzte temporäre Fluktuation in der Wählerunterstützung v.a. für die nichtsozialistischen Parteien; zweitens zeigt sich eine deutliche Schwächung der beiden Linksparteien; drittens steigt die Zahl der zeitweilig im Althing vertretenen Parteien; viertens entwickelt sich die Frauenliste zu einer bei allen Wahlen dieses Zeitraums erfolgreichen und somit „relevanten“<sup>43</sup> fünften Parlamentspartei; und fünftens deutete sich eine neue „materialistische-postmaterialistische Dimension“<sup>44</sup> im isländischen

---

<sup>42</sup> Svanur Kristjánsson: Iceland: From Party Rule to Pluralist Political Society (Anm. 15).

<sup>43</sup> Das Erscheinen neuer „relevanter Parteien“ ist ein deutliches Zeichen des Wandels eines Parteiensystems; vgl. David Arter: Party System Change in Scandinavia since 1970: 'Restricted Change' or 'General Change'? (Anm. 11), S.155.

<sup>44</sup> Vgl. Oddbjørn Knutsen: The Materialist/Post-Materialist Value Dimension as a Party Cleavage in the Nordic Countries. In: *West European Politics*. Bd, 13/3 1990, S. 258-278.



Parteiensystem an. Sie zeigte sich zunächst nur an der starken Anerkennung feministischer Programmpunkte bei der wiederholten Wahl der Frauenliste (die auch für Umweltschutz und Pazifismus eintrat<sup>45</sup>) und war erst am Ende dieser Phase durch den elektoralen Erfolg explizit ökologischer Werte bedingt (die neue Grüne Liste bekam 1991 nur 0,3 Prozent – im Bündnis mit der von der Volksallianz abgespaltenen Linken Bewegung gewann sie 1999 4,2 Prozent und zwei Mandate). Die als erstes Merkmal dieses Zeitabschnitts genannten Stimmenschwankungen waren am deutlichsten bei der konservativen Unabhängigkeitspartei, die 1987 einen Verlust von über zehn Prozent erlitt, danach 1991 aber wieder ihr Ergebnis von 1983 erzielte. Bei der agrarischen Fortschrittspartei war es umgekehrt: Sie hatte 1995 einen einmaligen Gewinn von fast fünf Prozent der Stimmen und bei der folgenden Wahl wieder ungefähr den gleichen Stimmenanteil wie 1991. Bei der sozialdemokratischen Volkspartei und der sozialistischen/kommunistischen Volksallianz fielen die Ausschläge geringer aus; beide Linksparteien waren in dieser Phase deutlich schwächer als in der Vergangenheit und sie taten sich deshalb am Ende dieser Phase mit der neuen Volkserweckungsbewegung, die 1995 vier Mandate gewonnen hatte, und der Frauenliste, die die ganze Zeit lang drei bis sechs Parlamentssitze hatte, zu einem Wahlbündnis zusammen – das dann allerdings bei seiner ersten Kandidatur 1999 insgesamt weniger Stimmen auf sich vereinigen konnte als die separaten Parteien 1995 zusammengerechnet bekommen hatten. Am Ende dieser Phase zeichnet sich sowohl eine Konzentration als auch eine Polarisierung des isländischen Parteiensystems ab, allerdings bei gleichzeitiger Differenzierung der politischen Mitte durch den Wahlerfolg der neugegründeten Liberalen Partei, die 1999 zwei Mandate gewann. Die wechselnden instabilen Regierungskonstellationen, an denen noch einmal alle alten Parteien zeitweilig beteiligt waren und in denen ein letztes Mal die Konservativen mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiteten, zeigen den Machtverlust der isländischen Linken. Einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gab es in dieser Phase gar nicht mehr, und am Ende taten sich die Agrarier und die Konservativen zu der stabilen Mitte-Rechts-Zweierbeziehung zusammen, die die folgende Phase kennzeichnet. In diese Verbindung brachte die dominierende Unabhängigkeitspartei fast doppelt so viel Stimmenkapital ein wie die Fortschrittspartei.

---

<sup>45</sup> „The Women’s Alliance comes closest to being the Icelandic equivalent of a ‚green party‘.“ Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1987. In: *Electoral Studies*. Bd.6/3 1987, S. 222.

### **Phase 5: 1999-2004 (Reorganisationsphase)**

Die Gegenwart des isländischen Parteiensystems zeigt eine Fortsetzung der in der vorhergehenden Phase begonnenen Entwicklung hin zu mehr Konzentration und Polarisierung. Gleichzeitig bleibt die Ausdifferenzierung des Spektrums durch die fortgesetzte parlamentarische Präsenz der Liberalen Partei, die ihre Mandatszahl 2003 verdoppeln konnte, und der Linksrünen Bewegung, die sich stimmenmäßig nur geringfügig verschlechterte, aber einen ihrer sechs Althingssitze abgeben musste. Dagegen konnte die neue Allianz, die als linkes Konzentrat 2003 erstmals nicht nur als Wahlbündnis, sondern als neue sozialdemokratisch orientierte Partei angetreten war, ihre Mandatszahl von 17 auf 20 erhöhen. In dieser neuen Konstellation kam die isländische Sozialdemokratie erstmals in ihrer Geschichte über die 30-Prozent-Stimmengrenze. Dieses Ergebnis gibt der isländischen Linken wieder Hoffnung, dass ihre Strategie aufgeht, durch die Parteienfusion für die Wählerschaft attraktiver zu werden und mit einem vergrößerten neuartigen Schleppnetz genügend zusätzliche Stimmen in der politischen Mitte fischen zu können, um in naher Zukunft an die Macht zu gelangen – mit parlamentarischer Unterstützung durch weitere Fraktionen. Durch das feste Zusammengehen von zwei alten Parteien hat jetzt eine Veränderung im isländischen Parteiensystem stattgefunden, die mehr zu sein scheint als nur ein „begrenzter Wandel“. Die Gesamtzahl der im Parlament vertretenen Parteien ist in dieser Phase von sechs auf fünf gesunken: Linksrüne, Bündnissozialdemokraten und Liberale in der Opposition mit (seit 2003) zusammen 21 (+1) Sitzen sowie Agrarier und Konservative in der Regierung mit einem gemeinsamen Rückhalt von 42 (-1) Mandaten. Die seit 1991 ununterbrochen regierende dominante Unabhängigkeitspartei wurde für ihre Politik in der ersten Koalitionsperiode mit der Fortschrittspartei 1999 mit einem Stimmenanteil von 40,7 Prozent (+3,6%) belohnt, die Konservativen fielen aber bei der Althingswahl 2003 auf 33,7 Prozent ab und verloren vier Sitze. Ihr agrarischer Partner dagegen konnte seine Mandatszahl halten und wird nach dem angekündigten (freiwilligen) Rücktritt des konservativen Ministerpräsidenten im September 2004 die Regierungsführung übernehmen.<sup>46</sup> Es sieht nicht so aus, dass die Fortschrittspartei dann ihren geschwächten konservativen Partner verlässt und dem zwar im Grunde gleichaltrigen, aber rundumerneuertem linken Konkurrenten (der nicht nur eine weibliche Seite hat wie der konservative Machthaber, sondern einen starken

---

<sup>46</sup> Vgl. *Daily News from Iceland* vom 22.5.2003 ([www.icelandreview.com](http://www.icelandreview.com)).

feministischen Anteil), einen sicheren Koalitionshafen an der Macht bietet. Allerdings dürften die bisher nur städtisch orientierten Sozialdemokraten, die das moderne Wirtschaftsleben repräsentierten, für die ländlichen Agrarier attraktiver geworden sein, seit sie sich mit der eurokommunistischen Volksallianz zusammengeschlossen haben, denn diese vertritt nicht nur wie die Fortschrittspartei die Interessen der traditionellen Sektoren und ist genauso stark wie sie an Regionalpolitik interessiert, sie steht ihr mit ihrer nationalistischen Orientierung auch außen- und sicherheitspolitisch näher als die international ausgerichtete Sozialdemokratie.

Auch dieser Punkt muss differenziert werden – auch hier gibt es Wandel: In der Gegenwart sind die „modernisierten“ Agrarier zum Beispiel sowieso gar nicht mehr so stark gegen den US-Luftwaffenstützpunkt in Keflavík, den die Sozialdemokraten immer schon als notwendiges Übel akzeptiert haben, weil viele der traditionell mit der früher rein ländlichen, jetzt aber verstäderten Fortschrittspartei verbundenen genossenschaftlichen Betriebe auf der Halbinsel Reykjanes von dessen Existenz profitieren. Da zeigt sich wieder der pragmatische Grundzug der politischen Kultur in Island: Geldverdienen geht vor.

#### **4. Parteien separat: Ziele und Profile**

Das isländische Parteiensystem ist im Umbruch, und in einer individualistischen politischen Kultur überrascht es kaum zu sehen, dass alle Konfliktlinien nicht nur zwischen den konstituierenden Elementen verlaufen, sondern auch quer durch die einzelnen Parteien gehen und manchmal auch in der Entwicklung einzelner Politikerpersönlichkeiten spürbar sind. Das ist nicht neu und führte schon in der Vergangenheit zu Unmut unter den Vertretern einer Richtung, wenn sich ein Mitglied von dort wegbewegte, um sich am anderen Ende zu positionieren – zum Beispiel wenn ein führender Agrarier nicht mehr in seinem ländlichen Wahlkreis kandidieren wollte, sondern sich in der Hauptstadt mit neuem Profil um einen Listenplatz bewarb, um den Wandel der Fortschrittspartei zu unterstreichen und sie für die urbane Wählerschaft attraktiver zu machen (der Parteivorsitzende und Außenminister Halldór Ásgrímsson, der im September 2004 mitten in der laufenden Legislaturperiode den Konservativen

Davíð Oddsson im Amt des Ministerpräsidenten ablösen soll, war nicht der erste agrarische Spitzenpolitiker, der das – vor der Wahl 2003 – so gemacht hat). Wenn die Pole der verschiedenen Konfliktdimensionen nicht mehr innerhalb der Grenzen einer Partei gehalten werden konnten und keine Kompromisse zwischen deren Vertretern mehr möglich waren, kam es zu Abspaltungen ganzer Gruppen (wie der Linksgünen von der sich sozialdemokratisch entwickelnden Volksallianz) oder – häufiger in den nichtsozialistischen Parteien – von einzelnen Funktionsträgern. Das waren zum Beispiel langgediente agrarische Parlamentsabgeordnete, die bei den Vorwahlen keinen sicheren Platz mehr auf der Kandidatenliste ihrer sich jetzt bewusst moderner präsentierenden Partei bekommen hatten und nun auf eigene Faust – auf eigener Liste – versuchten, wieder ins Althing gewählt zu werden, um dort ihre Karriere fortsetzen zu können. Auf diese Weise wurde 1987 Stefan Valgeirsson im Nordosten Islands auf seiner eigenen Liste mit dem Namen „Union für regionale Gleichheit“ doch wieder ins Althing gewählt.<sup>47</sup> Gerade in der Fortschrittspartei kam es zu erheblichen Konflikten zwischen den Erneuerern und den Bodenständigen, und vor der Wahl 1987 stellten unzufriedene Mitglieder in fünf der sechs Provinzwahlkreise eigene Listen für ihre neue „Nationale Partei“ auf, die ausdrücklich für regionale Interessen und regionale Entwicklung eintreten sollte.<sup>48</sup> Dieser Parteiname weist darauf hin, dass die wichtigen Konfliktdimensionen, die außer der horizontalen Links-Rechts-Achse die isländische Politik bestimmen, parallel verlaufen: Auf der einen Seite kommen die Punkte Nationalismus/Isolation (gegen die NATO-Mitgliedschaft, gegen die Keflavík-Basis und auch gegen ausländische Investitionen in großindustrielle Projekte), Regionalismus und traditionelle Wirtschaftsbereiche in den ländlichen Gegenden zusammen. In der Zeit des dominierenden Vierparteiensystems fanden sie ihre politischen Repräsentanten sowohl in der agrarischen Fortschrittspartei als auch in der linken Volksallianz. Auf der anderen Seite der vertikalen Achse stehen die Pole Integration/internationale Ausrichtung (neben der Befürwortung der NATO-Mitgliedschaft und der amerikanischen Militärpräsenz auch pro ausländische Kapitalinvestitionen), städtische Orientierung und Förderung moderner industrieller

---

<sup>47</sup> Francis Jacobs: Iceland. In: Francis Jacobs (Hrsg.): *Western European Political Parties. A Comprehensive Guide* Harlow: Longman 1989, S. 555.

<sup>48</sup> Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1987 (Anm. 45), S. 221.

Sektoren nebeneinander. Sie wurden bisher hauptsächlich von den Konservativen und den Sozialdemokraten vertreten.

Diese Zuordnung ist in den 90er Jahren schwieriger geworden: „In recent years there has been a growing debate in Iceland on the crisis of the established party system. This is supposedly manifested in increasing electoral volatility, an increasing number of challenges to the old four parties, internal difficulties and disputes in the established parties and their inability to formulate clear policy alternatives on a number of key issues.“<sup>49</sup>

Von den etablierten Parteien stellten sich 1999 nur noch zwei zur Wahl: die Unabhängigkeitspartei und die Fortschrittspartei. Ganz links steht seitdem die Linksgrüne Partei, daneben zur Mitte hin die sozialdemokratische Allianz. Die isländische Wählerschaft ordnet die alten und die neuen Parteien auf der Links-Rechts-Achse wie folgt: Auf einer Skala von 0-10 bekamen die Linksgrünen den Wert 2.4, verglichen mit dem Wert 2.1, den die alte sozialistische Volksallianz 1995 erhielt. Der Wert, den die Allianz 1999 bekam, beträgt 3.7 – die alte sozialdemokratische Volkspartei war 1995 weiter rechts eingeordnet worden und hatte damals den Wert 5.2 bekommen, während die ebenfalls in der Allianz aufgegangene linke Volkserweckungsbewegung den Wert 3.3 zugesprochen bekommen hatte und die auch sozialdemokratisch gewordene Frauenliste mit der Bewertung 3.5 versehen worden war. Die Wählerwahrnehmung der nichtsozialistischen Parteien hat sich 1999 kaum verändert: 5.7 für die agrarische Fortschrittspartei und 8.4 für die konservative Unabhängigkeitspartei.<sup>50</sup>

Einerseits ist die Tatsache, dass von den sechs Parteien, die 1995 Parlamentssitze gewonnen hatten, 1999 nur noch zwei kandidierten, „the most radical restructuring of electoral alternatives since the Second World War.“<sup>51</sup> Andererseits kommen die

---

<sup>49</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Political Developments. In: Jóhannes Nordal, / Valdimar Kristinsson (Hrsg.): *Iceland. The Republic* Reykjavík: The Central Bank of Iceland 1996, S. 130.

<sup>50</sup> Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: Iceland. In: *European Journal of Political Research*. Bd.38/3-4 2000, S. 414.

<sup>51</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 8 May 1999. In: *West European Politics*. Bd. 23/1 2000, S. 187.

isländischen Parteienforscher bei ihrer Untersuchung der neuen politischen Lage zu dem Schluss: „The ‚new‘ Icelandic party system is thus in some respects similar to the old one: only the names have changed.“<sup>52</sup>

#### **4.1 Konservative: Unabhängigkeitspartei**

Die „**Unabhängigkeitspartei**“ (*Sjálfstæðisflokkurinn*) ist die stimmenstärkste isländische Partei. Sie gewann in der Nachkriegszeit fünfmal – zuletzt 1999 – über 40 Prozent der Stimmen. Bei der letzten Althingswahl 2003, vor der sie beträchtliche Steuererleichterungen versprochen hat, schnitt sie mit 33,7 Prozent immer noch am besten ab, gewann allerdings nur noch zwei Mandate mehr als die neue Sozialdemokratie, die als linke Allianz kräftig aufgeholt hat und schon seit 1999 anstelle der Agrarier die zweitgrößte Parlamentsfraktion bildet. Die Unabhängigkeitspartei findet ihre Wählerschaft in allen Gesellschaftsschichten, und sie hat sowohl zum Arbeitgeberverband als auch zu den Gewerkschaften sowie zu den Bauernvereinigungen gute Beziehungen. Ideologisch stehen die Konservativen am weitesten rechts, sie haben gewisse nationalistische Züge und sind gegen den Beitritt des EFTA-Mitglieds Island zur EU. Als sie in den 60er Jahren zusammen mit den Sozialdemokraten regierten schafften sie die strikte Importkontrolle ab und führten den Freihandel als Hauptprinzip der isländischen Außenwirtschaftspolitik ein. Es waren wieder diese beiden Parteien, die während ihrer erneuten gemeinsamen Regierungszeit in der ersten Hälfte der 90er Jahre Island zum Bestandteil des Europäischen Wirtschaftsraums machten. Sicherheitspolitisch sind die Konservativen stärker noch als die Sozialdemokraten für Integration und befürworten sowohl die isländische NATO-Mitgliedschaft als auch die amerikanische Militärpräsenz in Keflavik auf der Basis des Verteidigungsabkommens mit den USA.<sup>53</sup> Mit ihrem Eintreten gegen Sozialismus und internationalen Kommunismus sowie mit ihrer Betonung wirtschaftlicher Freiheit sichert sich die Unabhängigkeitspartei vor allem die Unterstützung der isländischen Unternehmer und Manager, und mit ihrem Vorhaben,

---

<sup>52</sup> Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: The 1999 Parliamentary Election in Iceland. In: *Electoral Studies*. Bd. 20/2 2001, S. 330.

<sup>53</sup> Ólafur Th. Hardarson: Iceland. In: George E. Delury (Hrsg.): *World Encyclopedia of Political Systems and Parties*. Bd.2. New York NY: Facts on File 1999<sup>3</sup>, S. 477.

die Vermögenssteuer abzuschaffen, macht sie sich besonders bei den Reichen beliebt. Gleichzeitig kultiviert sie aber sorgfältig ihr Image, eine Partei aller Klassen zu sein, was die politische Linke angesichts der gegenwärtigen Verarmungstendenzen in der isländischen Gesellschaft vehement in Frage stellt. Der ökonomische Liberalismus, der das langjährige Vorherrschen von Wirtschaftskontrolle abgelöst hat, kommt in der aktuellen Regierungspraxis der Konservativen als Privatisierungspolitik zum Ausdruck, die auch den staatlichen Besitz der wichtigsten isländischen Banken beendet hat. Seit dem Machtverlust der politischen Parteien im Zuge der Pluralisierung der Gesellschaft hat der Staatseinfluss im Wirtschaftsleben für die Klientel sowieso nicht mehr die Bedeutung gehabt wie in der Vergangenheit. Früher war die Unabhängigkeitspartei mit ihrer ideologischen Position der Nichtintervention und Liberalisierung in einer recht „schizophrenen“<sup>54</sup> Lage, weil vor allem ihre Parteibasis in den Regionen außerhalb des entwickelten Südwestens und auch ihre Provinzpolitiker in den nordwestlichen und nordöstlichen Gebieten des Landes bestimmte staatliche Förderleistungen von ihrer Führung in Reykjavík erwarteten. Da ging es dieser Partei nicht anders als den Agrariern, nur dass deren in der politischen Mitte angesiedelte Partei bei materiellen Forderungen nach staatsinterventionistischen Maßnahmen keine besonderen ideologischen Hemmungen gegenüber klientelistischer Politik hat und insgesamt pragmatischer orientiert ist. Da durch das damals geltende Wahlrecht die regionalen Interessen in der Vergangenheit im nationalen Parlament überrepräsentiert waren, erzeugten die Forderungen nach staatlicher Unterstützung von Einzelnen, Firmen und bestimmten Bereichen in abgelegeneren Landesteilen einen ziemlich starken Druck auf die an der Fortsetzung ihrer Karriere und am Erhalt der Macht interessierten Abgeordnete und Minister in der Hauptstadt. Es wurde schon im historischen Teil dieses Beitrags erwähnt, dass die Konservativen – anders als die großstädtischen Sozialdemokraten – von Anfang an auch auf dem Lande, in den Dörfern und in den kleineren Provinzstädten eine recht zahlreiche Wählerschaft haben und dort vor allem mit der Fortschrittspartei konkurrieren. Das gilt auch für die Küstenregionen, in denen speziell die Fischereiinteressen dominieren. Dort gibt es seit Ende der 90er Jahre eine neue Konkurrenzpartei, die sich mit sozialliberalem Programm und beachtlichem Erfolg am Stimmenfang beteiligt.

---

<sup>54</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of April 1991: A European Periphery at the Polls. In: *Scandinavian Political Studies* Bd. 14/4 1991, S. 347.

## 4.2 Freiheitliche: Liberale Partei

Die „**Liberale Partei**“ (*Fjálslyndi Flokkurinn*) wurde 1998 von einem der ehemaligen Direktoren der Isländischen Nationalbank, Sverrir Hermannsson, gegründet. Er war früher ein konservativer Abgeordneter im Althing gewesen und hatte auch für die Unabhängigkeitspartei in der Regierung gesessen, von deren Hinwendung zu neoliberaler Politik sich die Freiheitlichen absetzen. Laut ihrem Parteiprogramm sprechen sie sich gegen alle Privilegien und Monopole aus und unterstützen die Freiheit und die Unabhängigkeit der Individuen. Hauptthema dieser neuen politischen Organisation, mit der die skandinavische liberale Partiefamilie erstmals ein isländisches Mitglied bekommen hat, ist die Fischereipolitik. Die Liberale Partei entstand als Protestpartei. Sie macht sich für die Neuverteilung der Fischereirechte stark und ist für ihren Einsatz von der unzufriedenen Küstenwählerschaft bei der Wahl 1999 auf Anhieb mit dem Gewinn von zwei Parlamentssitzen belohnt worden. Die Liberalen kritisieren die starke Konzentration der Fangquoten bei weniger als einem Dutzend Fischereiunternehmen, die rund 70 Prozent aller Rechte halten. Der zulässige Handel mit den wertvollen Quoten, die ursprünglich kostenlos an erfahrene Fischer vergeben wurden, hat wenige Großfischer in der Hauptstadt sehr reich gemacht, während junge Leute mit ihren kleinen Kuttern kaum Chancen bekommen, mit Fischfang in ihrer Küstenregion den Lebensunterhalt zu verdienen. Auch wenn insgesamt nur einer von zehn Isländern in der Fischerei beschäftigt ist, so sind doch viele Küstendörfer in ihrem Überleben völlig davon abhängig. Formal blieben die Fischbestände, die durch die 1983 eingeführten Quoten geschützt werden sollten, gemeinsames Eigentum der gesamten Nation. „With time, the quotas became an extremely valuable asset, which the vessel-owners (or in some cases their heirs) could sell away from the original fishing port. While probably an economically efficient system, this caused a strong sense of injustice among sections of the population.“<sup>55</sup> Das Fischereimanagement, das von den regierenden Konservativen und Agrariern nach wie vor unterstützt wurde, war auch 2003 ein wichtiges Wahlkampfthema. Die sozialdemokratische Allianz schloss sich der liberalen Kritik am herrschenden Quotensystem an und wies auf die regionalen Probleme hin, die durch

---

<sup>55</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 8 May 1999 (Anm. 51), S. 188.



die Konzentration in dieser Branche hervorgerufen würden. „Tatsächlich ermöglichte das vor zwanzig Jahren eingeführte System, das den kleinen Fischern den Verkauf ihrer Rechte an Grossunternehmen erlaubte, den Aufbau einer hocheffizienten Fischereiflotte. Diese kommt im Gegensatz zu ihren europäischen Konkurrenten gänzlich ohne Subventionen aus. Aber die Konzentration führte auch zur Abwanderung vieler Küstenbewohner in die Hauptstadt Reykjavík.“<sup>56</sup> Der Unmut der Betroffenen, die nur einen kleinen Teil der isländischen Wählerschaft ausmachen, steigerte sich immer mehr, und die neue Liberale Partei konnte als Sprachrohr des regionalen Protests bei der Althingswahl 2003 mit diesem speziellen Thema 7,4 Prozent der Stimmen (+3,2%) gewinnen und die Zahl ihrer Parlamentssitze auf vier verdoppeln. Sie wird jetzt von vielen ehemaligen Anhängern der Fortschrittspartei gewählt, da die führenden Agrarier in dieser Angelegenheit nichts für sie tun, obwohl auch die regionalen Sprecher dieser Partei klagen, dass ein zu großer Anteil der Profite des Fischereisektors von den Unternehmern im Großraum Reykjavík eingestrichen werde.<sup>57</sup> Die agrarische Parteispitze orientiert sich jetzt mehr an den Interessen der wachsenden städtischen Wählerschaft.

---

<sup>56</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 12.5.2003.

<sup>57</sup> Esbjörn Rosenblad / Rakel Sigurðardóttir-Rosenblad: *Iceland from past to present* (Anm. 2), S. 258.

### 4.3 Agrarier: Fortschrittspartei

Die „**Fortschrittspartei**“ (*Framsóknarflokkurinn*) ist in der Mitte des politischen Spektrums angesiedelt und zählt zur skandinavischen Parteienfamilie der Bauernparteien, die ihren Namen zum Teil in Zentrumsparteien geändert haben, um breitere Wählerschichten anzusprechen. Die isländische Fortschrittspartei wurde schon unter diesem vorteilhaften klassenunspezifischen Namen gegründet. Jahrzehntlang war das Hauptziel der Agrarier, die Interessen der Bauern und der dünner besiedelten Landesteile zu vertreten, und in der Regierungsposition setzten sie sich stärker als die anderen Parteien für kostenintensive Regionalpolitik ein. Die Fortschrittspartei repräsentiert die Interessen der kleinen ländlichen Industrien, die Agrarprodukte als Rohmaterial verwenden, sowie die Anliegen der Fischereibetriebe in den Küstenregionen. Sie hat von jeher eine starke Verbindung zur Genossenschaftsbewegung, die auch modernere Wirtschaftszweige umfasst, zum Beispiel Baubetriebe. Die alte Partei der Agrarier ist intern stark fragmentiert, und die Konfliktlinie verläuft nicht nur zwischen den bäuerlichen Traditionalisten und den Erneuerern, die um die städtische Wählerschaft werben. Auch in außen- und sicherheitspolitischen Fragen ist die Fortschrittspartei keine homogene Organisation. Islands NATO-Mitgliedschaft wird weitgehend befürwortet, aber der US-Luftwaffenstützpunkt wurde zeitweilig von Teilen der Partei stark abgelehnt. Seit dort in Keflavík in den 80er Jahren mit finanzieller Unterstützung der USA ein neues ziviles Flughafenterminal gebaut wurde – ab 1987 in Gebrauch und nach dem Entdecker Amerikas Leifur Eiríksson benannt –, und seit sich der internationale Ost-West-Konflikt entspannt hat, ist die Kritik an der Militärbasis in den Hintergrund geraten, auch in der sozialistischen Volksallianz. Die isländische Mitgliedschaft in der EFTA wird von den Agrariern nicht einhellig befürwortet, und 1993 votierte die Hälfte der Abgeordneten der Fortschrittspartei gegen die Ratifizierung des Vertrages über den Europäischen Wirtschaftsraum, während sich die andere Hälfte der Stimme enthielt.<sup>58</sup> Eine Mitgliedschaft in der EU wird nicht angestrebt, Außenminister Ásgrímsson von der Fortschrittspartei lehnt sie aber nicht so vehement ab wie der konservative Ministerpräsident, der in den Reihen der Opposition „der rabiate EU-Gegner“ genannt wird, während sein agrarischer Kollege, der 2003 erstmals wie Oddsson in einem

---

<sup>58</sup> Vgl. Ólafur Th. Hardarson: Iceland (Anm. 53), S. 479.

Reykjavíker Wahlkreis kandidiert hat, als „vorsichtiger Brüssel-Freund“ gilt.<sup>59</sup> Am Beispiel der Fortschrittspartei zeigt sich besonders deutlich, dass Politiker in Island die Mandate für die Volksvertretung eher als profilierte Einzelpersonen denn als Repräsentanten einer bestimmten Partei bekommen. Das macht die Vorwahlen so spannend und die Zusammenarbeit in der heterogenen Fraktion nicht gerade leicht. Allerdings sind auch die internen Konflikte nicht grundsätzlicher Natur. Die Agrarier sind pragmatisch. Bei der Wahl 2003 erhielten sie mit 17,7 Prozent der Stimmen das drittniedrigste Ergebnis der Nachkriegszeit. Vierzig Jahre früher, als sich die Fortschrittspartei verstärkt um die städtische Wählerschaft bemühte, hatte sie mit 28,2 Prozent ihren höchsten Stimmenanteil erzielt. Damals schien es eine zeitlang so, als wäre es den Agrariern gelungen, mit einer programmatischen Mischung aus Regionalpolitik, Linksorientierung und einer nationalistischen Haltung in außenpolitischen Fragen neue Wählergruppen an sich zu ziehen, ohne den Widerstand der traditionellen Basis hervorzurufen. In den 60er Jahren entwickelte sich die Fortschrittspartei tatsächlich zur zweitgrößten politischen Kraft in den Städten, und sie gewann mehr Stimmen als die Volksallianz und die Sozialdemokraten. Durch die Abspaltung des linken Flügels Anfang der 70er Jahre kam der Erneuerungsprozess erst mal zum Stillstand, und die Partei rückte ideologisch wieder ein Stück nach rechts, was sie für ihre städtische Wählerschaft unattraktiver machte. Es gab starke Stimmenschwankungen: 1978 fiel der Anteil der Fortschrittspartei auf 16,9 Prozent, 1979 stieg er wieder auf 24,9 Prozent an, um dann 1983 und 1987 wieder auf 18,9 Prozent abzufallen. In dieser Zeit zeigte sich sowohl die ländliche als auch die städtische Basis irritiert. Nicht nur die Wählerschaft suchte nach Alternativen, auch Mitglieder spalteten sich ab und konkurrierten – wie oben erwähnt – mit neuen Listen.<sup>60</sup> Später war die Fortschrittspartei die stabilste der isländischen Parteien, und der Wechsel an der Spitze erfolgte 1994 auf friedliche Weise. Seitdem amtiert der frühere Fischereiminister Ásgrímsson als Parteivorsitzender, der auch schon mal als Justizminister gedient hatte und damals noch einen östlichen Provinzwahlkreis repräsentierte, in dem er 1974 erstmals ins Althing gewählt worden war. Bei der Wahl 1995 konnten die Agrarier in der städtischen Südwestregion wieder viele Wählerstimmen gewinnen und dort erneut zur zweitstärksten Partei werden. „This is

---

<sup>59</sup> Vgl. Hannes Gamillscheg: Umdenken ohne Kabeljau (Anm. 4).

<sup>60</sup> Vgl. Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1987 (Anm. 45), S. 221.

not the first time the Progressive Party attracts substantial numbers of voters in the urban areas. Generally, the party has done well in the urban areas in opposition and in some cases when leading left-wing governments. However, it has not enjoyed results comparable to those of 1995 since the 1970s.”<sup>61</sup> Die Agrarier, die seit 1995 mit den Konservativen regieren, haben auf der nationalen Regierungsebene zuletzt von 1989 bis 1991 mit den Linksparteien zusammengearbeitet. Damals führte Ásgrímssons Vorgänger an der Spitze der Fortschrittspartei, Steingrímur Hermannsson, als Ministerpräsident eine Koalition, an der auch die Sozialdemokraten beteiligt waren. Auf der lokalen Ebene sind die „Agrarier“ immer noch mit den Linken verbunden – in Stadtrat von Reykjavík gehören sie zum linken Bündnis dazu, das sich erfolgreich als Gegengewicht zur starken Unabhängigkeitspartei zusammengetan hatte: In der Hauptstadt hat die Allianz schon seit 1994 die Macht (das Bürgermeisteramt).

#### **4.4 Sozialdemokraten: Allianz**

Die linke „**Allianz**“ (*Samfylkingin*) wurde im Mai 2000 als neue Partei gegründet, nachdem sie schon seit 1999 als Wahlbündnis existiert hatte, das seit 1997 vorbereitet worden war. Beim Zusammenschluss in dem neuartigen Parteibund gaben die Sozialdemokraten, die Sozialisten und die Feministinnen ihre bisherigen Organisationen auf. Die Volkserweckungsbewegung, die 1995 von der ehemaligen sozialdemokratischen Vizevorsitzenden und Sozialministerin Jóhanna Sigurðardóttir gegründet worden war und zum Wahlbündnis dazugehört hatte, war zwischenzeitlich schon wieder zur Sozialdemokratie zurückgekehrt, so dass sie nicht als konstituierender Bestandteil der Allianz genannt wird. Als Wahlbündnis hatten die gewandelten Sozialdemokraten 1999 26,8 Prozent der Stimmen gewonnen, als neue Partei kamen sie 2003 erstmals über 30 Prozent (+4,2%), verbesserten damit ihre Position als Herausforderer der regierenden Konservativen und haben jetzt zusammen 20 (+3) der 63 Parlamentssitze – das sind zwei Mandate weniger als die der Unabhängigkeitspartei und acht mehr als die der ebenfalls regierenden Fortschrittspartei. Die ehemalige Bürgermeisterin von Reykjavík, Ingibjörg Sólrún Gísladóttir, die neun Jahre lang im Amt gewesen war und vorher für die Frauenliste im

---

<sup>61</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1995. In: *Electoral Studies*. Bd. 14/3 1995, S. 335.

Althing gesessen hatte, war von der Allianz zwar nicht als Parteivorsitzende gewählt, aber dennoch als potentielle neue Regierungschefin in den Wahlkampf geschickt worden. Die machterfahrene feministische Politikerin profilierte sich mit sozialpolitischen Themen sowie mit persönlichen Angriffen auf den konservativen Ministerpräsidenten, der früher ebenfalls Bürgermeister der isländischen Hauptstadt gewesen war. Im Wahlkampf warf sie ihm seinen autokratischen Führungsstil vor: Er ginge nicht mehr vorsichtig mit der Macht um, die er nun schon so lange – zu lange – hätte, und er würde das Wohlfahrtssystem missachten. „Sie kritisierte, dass die Regierung zu wenig gegen die wachsenden Einkommensunterschiede unternommen hatte. Es gebe mehr Armut als je zuvor, sagte sie in einem Interview. Schätzungsweise 10000 bis 20000 Personen hätten vom Wirtschaftsboom der neunziger Jahre nicht profitiert.“<sup>62</sup> Die Allianz versprach vor allem eine spürbare Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel. Herausforderin Gísladóttir verpasste den Einzug ins Althing knapp um 149 Stimmen – sie hatte nur den unsicheren fünften Platz auf der Kandidatenliste in einem der beiden Reykjavíker Wahlkreise bekommen.<sup>63</sup> Der konservative Regierungschef Oddsson wurde in der Hauptstadt vom Vorsitzenden der Allianz, Össur Skarphéðinsson, geschlagen und erzielte in seinem Wahlkreis Reykjavík-Nord nur die zweitgrößte Stimmenzahl, während der agrarische Außenminister Ásgrímsson dort noch weniger Stimmen bekam und das siebte Mandat gewann.<sup>64</sup> Skarphéðinsson stammt aus der alten sozialdemokratischen Volkspartei. An der Wahl des ersten Parteivorsitzenden der Allianz hatten sich im Jahr 2000 45 Prozent der 10.000 Mitglieder des neuen linken Bündnisses beteiligt, und er war mit 76 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt worden.<sup>65</sup> Bis zu den 90er Jahren war eine solche Vereinigung der Mitglieder der verschiedenen isländischen Linksparteien in einer einzigen Organisation Ideal und Illusion zugleich gewesen. Erst nach dem Fall der Berliner Mauer und der Niederlage des Kommunismus verringerten sich mit den veränderten internationalen Bedingungen die außen- und sicherheitspolitischen

---

<sup>62</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 12.5.2003: Wahlsieg der Konservativen in Island. Niederlage für die sozialdemokratischen Herausforderin.

<sup>63</sup> Vgl. Hannes Gamillscheg: Island: Oddsson behauptet die Regierungsmacht. In: *Frankfurter Rundschau* vom 12.5.2003, sowie Reinhard Wolf: Kein Machtwechsel in Island. Konservativer Regierungschef Oddsson behauptet trotz Verlusten Parlamentsmehrheit. In: *Die Tageszeitung* vom 12.5.2003.

<sup>64</sup> Vgl. *Morgunblaðið* vom 11.5.2003 ([www.mbl.is](http://www.mbl.is)).

<sup>65</sup> Vgl. Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: Iceland. In: *European Journal of Political Research*. Bd. 40/3-4 2001, S. 328.

Konflikte, die zwischen der sozialdemokratischen Volkspartei und der sozialistischen/kommunistischen Volksallianz bestanden hatten, sowie die Unterschiede in ihren wirtschaftspolitischen Vorstellungen, die seit Ende der 50er Jahre bestanden hatten, als die isländischen Sozialdemokraten einige der Grundprinzipien der freien Marktwirtschaft akzeptierten, von denen die Volksallianz nicht zu überzeugen war. „Thus, on many fronts, the policies of the two parties were not simply dissimilar but in direct opposition. Personalities also played a role. During the long history of conflicts, there has been little love lost between the two parties’ elites. The idea of unification – often applauded in principle – was deeply objectionable to many of the older leaders, brought up in the era during which the conflict had been at its height. During the 1990s, the idea of left-wing unification gained increasing momentum, especially among the youngest generation of politicians who found the traditional dividing lines increasingly difficult to justify.”<sup>66</sup> Als sich die Linken 1995 gemeinsam in der Opposition zur Mitte-Rechts-Regierung wiederfanden, begannen sie zu überlegen, wie der Traum von einer starken isländischen Linkspartei verwirklicht werden könnte. Die erste gemeinsame programmatische Plattform wurde 1998 verabschiedet. In der Öffentlichkeit wurde sie während des Wahlkampfes 1999 als zu vage in der Außen- und Europapolitik und zu altmodisch in der fiskalisch unverantwortlichen Sozialpolitik kritisiert. „Unification of the left and sympathy for the handicapped and elderly were not much of an attraction to the mass of voters reaping the benefits of the boom, especially as they seemed likely to entail some tax increases. Moreover, the Alliance failed to unite on foreign policy, remaining divided on both security policy and European integration. This was painfully apparent during the campaign, especially since it coincided with NATO’s military operations against Serbia and Montenegro.”<sup>67</sup> 1999 mangelte es der Allianz an einer starken Führungsfigur, die das problematische Kompromißprogramm kraftvoll (re)präsentieren konnte. Das angestrebte Ziel, auf das sich die beteiligten Parteien am leichtesten einigen konnten, die größere Gleichheit in der Gesellschaft, die im Wahlkampf 2003 von Gísladóttir mit Nachdruck vertreten wurde, hat beim Stimmenfang ebenfalls Nachteile. Die linke Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit befremdet die Mittelschichten. Dieses Dilemma ist von Dauer: Der

---

<sup>66</sup> Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: The 1999 Parliamentary Election in Iceland (Anm. 52), S. 326.

<sup>67</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 8 May 1999 (Anm. 51), S. 191.

fortgesetzte Erfolg der Linksgrünen zeigt, dass die Allianz deren Wählerschaft verfehlt, während es ihr noch nicht gelungen ist, diese Verluste linksaussen durch Gewinne in der politischen Mitte zu kompensieren. Und der eigentliche Sinn der konzertierten Aktion war und ist ja, dort in der vielschichtigen politischen Mitte größere Anteile dazuzugewinnen, um insgesamt wesentlich mehr Stimmen auf sich zu vereinigen als die linken Einzelparteien 1995 zusammengerechnet bekommen hatten (37,8 %). Bei der Wahl 2003 erzielten Allianz und Linksgrüne zusammen 39,8 Prozent der Stimmen – das war zwar besser als 1999 (+3,9%), die regierenden Konservativen und Agrarier konnten zusammen aber immer noch mehr als die Hälfte der Wählerschaft für sich gewinnen.

#### **4.4.1 Volkspartei**

Da sich die Allianz als sozialdemokratische Partei versteht und sowohl der Kommunismus als auch der Feminismus ideologisch an Bedeutung verloren haben, ist die „**Volkspartei**“ (*Alþýðflokkurinn*) das wichtigste Element der neuen Organisation. Was ihre innenpolitischen Ziele betrifft, hat sich diese alte reformistische Arbeiterpartei, die während den Krieges ihre enge Verbindung zum Gewerkschaftsbund verloren, aber weiterhin gute Beziehungen zu einzelnen Gewerkschaften hatte, ähnlich entwickelt wie ihre Schwesterparteien in der Sozialistischen Internationale. Hatte die programmatische Betonung in der Vergangenheit noch auf Verstaatlichung der Produktionsmittel und Klassenkampf gelegen, so gab es Ende der 50er Jahre – vor der langen Koalitionszusammenarbeit mit den Konservativen in der bis 1971 bestehenden „Restaurationsregierung“ – einen Wechsel zur Anerkennung marktwirtschaftlicher Prinzipien in der ökonomischen Politik und zum Anstreben von sozialer Gleichheit und Verteilungsgerechtigkeit durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen. Die Kooperation der sozialdemokratischen Partei mit der Arbeiterbewegung musste als gescheitert betrachtet werden, und der ständige Misserfolg bei der Bekämpfung der dramatischen Inflation trug wesentlich zum Umdenken bei. „The fact that the SDP has lost ist left wing several times has probably put its mark on party policy, which seems closer to the political center than has been the case with the Scandinavian social democrats. Since 1978, the SDP has increasingly supported radical liberalization measures in the Icelandic economy, long marked by

more state involvement and political patronage than has been common in Western Europe.”<sup>68</sup> Es war der frühere sozialdemokratische Parteivorsitzende Jón Baldvin Hannibalsson, der als Außenminister in der Koalition mit den Konservativen die Verhandlungen führte, die 1994 in der Mitgliedschaft Islands im Europäischen Wirtschaftsraum resultierten. Vor der Wahl 1995 hatten die Sozialdemokraten, die von allen großen isländischen Parteien immer die mit der geringsten nationalistischen Orientierung war, für eine isländische Bewerbung um die Aufnahme in die EU plädiert, was noch keine andere Partei des Landes getan hatte. Dieses ausgeprägte europapolitische Profil musste sie beim Zusammengehen mit den anderen Linksparteien aufgeben, damit die Allianz überhaupt zustande kommen konnte. Der Kompromiss, der vor der ersten gemeinsamen Wahlbeteiligung 1999 gefunden wurde, verpflichtete die alten Sozialdemokraten dazu, in der nächsten Legislaturperiode auf ein Beitritts-gesuch zu verzichten. „Instead, the focus would be on improving the social services and introducing family-friendly measures.”<sup>69</sup>

#### **4.4.2 Volksallianz**

Die sozialistische „**Volksallianz**“ (*Alþýðubandalag*), die wegen ihrer nationalistischen Haltung als eurokommunistische Partei betrachtet wurde, musste ihrerseits nicht in der Europa-, sondern in der Sicherheitspolitik programmatische Abstriche in ihrer außenpolitischen Programmatik machen: Um das Zustandekommen der linken Allianz zu gewährleisten, hatte sie den Status quo hinzunehmen und ihre Opposition zur isländischen NATO-Mitgliedschaft sowie zur US-Militärpräsenz in Island zu mäßigen. Die Volksallianz existierte seit den 50er Jahren als ein Wahlbündnis der stärker prosovjatischen, wenn auch nicht moskauhörigen Sozialistischen Einheitspartei mit anderen politischen Kräften. Erst Ende der 60er Jahre wurde sie deren Nachfolgerin als Parteiorganisation links von der Sozialdemokratie mit fortgesetzt guten Beziehungen zum isländischen Gewerkschaftsbund und wesentlich besserer Verankerung in den ländlichen Regionen als die Volkspartei. Obwohl die Volksallianz neben liberaleren Linken immer noch ein paar alte Kommunisten in ihren Reihen hatte, die von der selbsternannten „demokratischen Generation“ zunehmend

---

<sup>68</sup> Ólafur Th. Hardarson: Iceland (Anm. 53), S. 481.

<sup>69</sup> Day, Alan J. (Hrsg.): *Political Parties of the World*. London: Harper 2002<sup>5</sup> (Iceland: S. 240-242), S. 242.



kritisiert wurden<sup>70</sup>, entwickelte sie sich kontinuierlich zu einer reformistischen Partei mit großer Anhängerschaft in den gebildeten neuen Mittelschichten, und sie wurde sowohl von den nach rechts gerückten Sozialdemokraten als auch von den – zeitweilig nach links orientierten – Agrariern zur Regierungszusammenarbeit aufgefordert. Der damalige Vorsitzende der Volksallianz und heutige Präsident der Republik Island, Ólafur Ragnar Grímsson, hatte sich von 1988 bis 1991 als Finanzminister in einer Zeit allgemeine Anerkennung erarbeitet, in der sich das Land in einer tiefen ökonomischen Depression befand – seine Partei gewann bei der Wahl 1991 einen Prozentpunkt dazu.<sup>71</sup> Grímsson kann als ein früher Wegbereiter der Allianz betrachtet werden. Er stammte aus Nordwestisland war kein Kommunist, sondern kam politisch von der Fortschrittspartei her und hatte als Führer der linken Volksallianz die Fähigkeit gezeigt, zwischen den verschiedenen ideologischen Gruppierungen zu vermitteln: Nachdem er 1987 in einem harten Wettbewerb gegen den Willen der alten Parteiführung zum Vorsitzenden gewählt worden war, gab er der Partei ein zeitgemäßeres Image und befürwortete eine engere Zusammenarbeit mit der Volkspartei. „At the same time he has tried to maintain the precarious balance between the old party establishment and the modernizing social democratic element which has been his main source of support within the party.“<sup>72</sup> In der Linkskoalition mit der Fortschrittspartei und der Volkspartei hatte er als Repräsentant der Volksallianz sogar die ersten Regierungsvorbereitungen für den Beitritt Islands zum Europäischen Wirtschaftsraum akzeptiert, den die Sozialdemokraten später mit einem konservativen Koalitionspartner zu Ende führten. Von der Parteibasis wurde diese Entwicklung nicht einhellig begrüßt. Es waren nicht nur die alten Traditionalisten, sondern auch ganz junge Leute, die mit den laufenden außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Anpassungsprozessen Probleme hatten und die Volksallianz als eine Partei des Establishments ablehnten. Es gab sowohl Verluste an Wählerstimmen an die neuere politische Konkurrenz als auch Abwanderungen von Mitgliedern, die ihre politischen Talente lieber der Frauenliste oder neuen Linksparteien wie der Volkserweckungsbewegung zur Verfügung stellen wollten. Ende der 90er Jahre waren in der Volksallianz immer noch oppositionelle

---

<sup>70</sup> Vgl. Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1987 (Anm. 45), S. 222.

<sup>71</sup> Vgl. Gudmundur Arnason: Back to normal? The Icelandic Election of 20 April 1991. In: *West European Politics*. Bd. 14/4 1991, S. 184.

<sup>72</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1991. In: *Electoral Studies*. Bd. 10/3 1991, S. 263.

Kräfte übrig, die der Parteiführung einen weiteren Strich durch die Rechnung machen konnten: Der linke Flügel spaltete sich ab und gründete die Linksrüne Bewegungspartei, in der sich seitdem alle weniger pragmatischen Linken sammeln, die nicht zur kompromisslerischen sozialdemokratischen Allianz dazugehören wollen.

#### 4.4.3 Frauenliste

Vom pazifistischen „**Bündnis der Frauenliste**“ (*Samtök um kvemmalista*) kam neben dem Zugeständnis, von nun ab Islands Mitgliedschaft in einem internationalen Militärbündnis hinzunehmen und auch den amerikanischen Luftwaffenstützpunkt in Keflavík zu dulden, ein ganz eigener Beitrag zum parteipolitischen Vereinigungsprojekt der isländischen Linken: Die Frauenpartei war zum ersten Mal überhaupt dazu bereit, sich auf der traditionellen Links-Rechts-Achse zu positionieren. Das widersprach eigentlich ihrer Identität und sie hatte das bisher immer abgelehnt, obwohl sie dort wegen ihrer wohlfahrtsstaatlichen Programmatik und ihres Eintretens für Lohnerhöhungen in schlecht bezahlten Tätigkeitsbereichen – zum Beispiel im öffentlichen Sektor, in dem viele Isländerinnen sogenannte Frauenarbeit leisteten – durchaus ihren Platz in der Nachbarschaft der anderen Linksparteien hatte und auch so wahrgenommen wurde: „To most voters – including its own – these emphases has firmly established the Women’s Alliance on the left of the political spectrum, although its activists vehemently reject any such characterization as being irrelevant and outmoded.“<sup>73</sup> Die Frauenliste war eine Besonderheit des isländischen Parteiensystems, die mit der Gründung der Allianz im Mai 2000 vom Parteienhimmel Islands verschwand, nachdem schon Mitte der 90er Jahre deutlich geworden war, dass ihr Stern wohl unaufhaltsam sank – das war einer der Gründe dafür, dass sie sich 1999 am linken Wahlbündnis beteiligt hatte: Nach ihren besten Stimmenergebnissen von 10,1 Prozent 1987 und 8,3 Prozent 1991 schnitt sie bei der Althingswahl 1995 mit 4,9 Prozent schlechter ab als 1983, als sie bei ihrer ersten Teilnahme an einer nationalen Wahl auf Anhieb 5,5 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte und drei Parlamentssitze gewann. Damals begünstigten die speziellen Verhältnisse in Island den Erfolg einer politischen Organisation, die aus der neuen Frauenbewegung hervorgegangen war, weibliche Werte vertrat, sich für die bessere Repräsentation von Frauen sowohl in der Politik als auch im sonstigen öffentlichen Leben einsetzte und so ganz anders sein wollte als die etablierten Parteien, bei denen auch die Entmachtung der Führungseliten durch Demokratisierung und Einführung von Vorwahlen bei der Kandidatenaufstellung nichts an der Tatsache

---

<sup>73</sup> Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1987 (Anm. 45), S. 222.

geändert hatte, dass auch nach dem „Jahr des politischen Wandels“ 1971<sup>74</sup> nie mehr als fünf Prozent der damals 60 Althingsabgeordneten weiblich waren: „No increase of women was seen in parliament, with only three women MPs during the years 1971-83.“<sup>75</sup> In dieser Zeit hatte 1980 die Wahl von Vígdís Finnbogadóttir zur Präsidentin der Republik Island die isländischen Frauen weit über die Gruppe der Feministinnen von der „Rotstrumpfbewegung“ hinaus mobilisiert – sie war die erste Frau der Welt, die bei einer demokratischen Abstimmung zum Staatsoberhaupt gewählt wurde, entwickelte sich zu einer sehr populären Repräsentantin des Landes und amtierte bis 1996. Die Organisation der Frauenliste entsprach den Vorstellungen der feministischen sozialen Bewegung, die dezentrale nichthierarchische Strukturen bevorzugte. Ein Generationenwechsel war in dieser Partei weniger zu spüren, wohl aber eine Heterogenisierung der Basis, die mehr Meinungsverschiedenheiten mit sich brachte und es schwieriger machte, Streitigkeiten zu regeln und Konsens herzustellen, zum Beispiel über den Anschluss an die linke Allianz. Für die nationale Frauenliste war es 1994 ein großer Verlust gewesen, als mit ihrer Parlamentsabgeordneten Ingibjörg Sólrún Gísladóttir eine talentierte Führungspersonlichkeit ihren Althingssitz aufgab, um in Reykjavík Bürgermeisterin zu werden, und zum Misserfolg bei der Wahl 1995 trug zusätzlich bei, dass die neue politische Konkurrenzpartei, die Volkserweckungsbewegung, mit der populären ehemaligen Sozialministerin Jóhanna Sigurðardóttir eine solche starke weibliche Identifikationsfigur zu bieten hatte. Als die sich wieder den Sozialdemokraten anschloss und gemeinsam mit ihnen und der Frauenliste in der Allianz aufging, wechselten einige Mitglieder und nicht wenige Wählerinnen, die mit diesem Projekt nicht einverstanden waren, zur linksgrünen Alternative, bei denen sie die ökologischen und pazifistischen Werte wiederfanden, die bei der Frauenliste im Zuge der Sozialdemokratisierung in den Hintergrund geraten waren.

#### **4.5 Sozialisten und Umweltfreunde: Linke Bewegung / Grüne Liste**

---

<sup>74</sup> Ólafur Ragnar Grímsson: Iceland 1971: A Year of Political Change (Anm. 38).

<sup>75</sup> Audur Styrkárstöttir: From social movement to political party: the new women's in Iceland. In: Dahlerup, Drude (Hrsg.): *The New Women's Movement. Feminism and Political Power in Europe and the USA*. London u.a.: Sage Publications 1986, S. 141.

Die pazifistischen Linksgrünen halten die Fahne hoch – die rote, die grüne, und die mit der Friedenstaube. Nach einigen Monaten intensiver Vorbereitungsarbeit wurde die „**Linke Bewegung – Grüne Liste**“ (*Vinstrihreyfingin –Grænt framboð*) im Februar 1999 von all denen gegründet, die „auf der anderen Seite“ bleiben und für die „Vereinigung von Sozial- und Umweltpolitik mit feministischer Politik“ in einer politischen Organisation kämpfen wollen, wie es im ausgehandelten Grundsatzpapier heißt. Vier dissidente Abgeordnete der Volkserweckungsbewegung und der Frauenliste, die zusammen eine unabhängige Gruppe im Parlament gegründet hatten, schlossen sich dem abgespaltenen Flügel der Volksallianz unter Führung von deren früherem Fraktionsmitglied Steingrímur Sigfússon an, und alle Beteiligten einigten sich auf die folgenden vier programmatischen Eckpunkte für die neuen Partei, deren Mitgliederzahl schnell von etwa 500 auf heute rund 1200 anstieg: 1. „Bewahrung der Umwelt“, 2. „Gleichheit und soziale Gerechtigkeit“, 3. „Faire und prosperierende Wirtschaft“ und 4. „Unabhängige Außenpolitik“. Die Linksgrünen sind gegen den Bau von zusätzlichen Kraftwerken für die Energieversorgung großer und umweltverschmutzender Industriebetriebe, sie setzen sich speziell für Ältere und Behinderte ein, wollen den Einfluss der abhängig Beschäftigten auf die gesellschaftliche Entwicklung stärken und alles für den Weltfrieden tun. Ihre außenpolitische Position, mit der sich die linksgrüne Bewegung von den anderen Parteien absetzt, lautet: „The Left-Green Movement fights for an independent, Icelandic foreign policy that maintains the sovereignty of Iceland and supports all means of establishing global peace. The party opposes participation in military organizations such as NATO and WEU. It also rejects participation in the European Union and emphasizes simple, bilateral treaties concerning trade and co-operation.“<sup>76</sup> Bei der Parlamentswahl im Mai 1999 wurden die grünen Sozialist(inn)en für ihre Kompromisslosigkeit belohnt. Sie erhielten 9,1 Prozent der Stimmen, die das unbestimmte sozialdemokratische Gemeinschaftsprojekt schmerzlich entbehren musste. Heute sitzen sie zu fünft im Althing. Ein Mandat mussten sie nach der Wahl 2003 abgeben, obwohl sie nur 0,3 Prozent der Stimmen verloren hatten. Das lag wohl an der Reform des Wahlrechts, das viele Veränderungen brachte. Die linksgrünen Abgeordneten opponierten in ihrer ersten Legislaturperiode programmgemäß vehement gegen das Regierungsprojekt, bei Kárahnjúkar in der bisher unberührten

---

<sup>76</sup> Parteimanifest auf der linksgrünen Homepage: [www.vg.is](http://www.vg.is).

wilden Natur des Hochlands im Nordosten Islands ein großes Wasserkraftwerk zu bauen, das eine geplante Aluminiumfabrik in Reyðarfjörður mit Energie versorgen soll. „The issue was among the most fiercely debated in Icelandic politics, indicating the emerging of a new cleavage factor – environmental issues – which only about five years earlier could be considered a minor issue in Icelandic politics. Close to 400 speeches on the bill (not counting committee meetings) in the Althingi, where 63 Members of Parliament sit, indicate the seriousness with which it was treated.“<sup>77</sup>

## **5. Politik extern: Institutioneller Rahmen und gesellschaftliche Entwicklungen**

Auch wenn die isländischen Parteien in den letzten Jahrzehnten ihre dominierende Macht in der Gesellschaft verloren haben, so sind sie doch nach wie vor in der Lage, die alten und neuen Konflikte zu kanalisieren. Das Parteiensystem hat sich gewandelt, das ist klar. Da war zunächst der Dauererfolg der neuen Frauenpartei, der aus dem bisherigen Vierparteiensystem ein Fünfparteiensystem machte, und dann kam es sogar zu einer totalen Reorganisation aller Elemente auf der linken Seite seines Spektrums sowie zur Manifestation einer ganz neuen politischen Dimension, verdeutlicht durch das vergleichsweise späte Auftauchen einer grünen Partei. Dennoch: Island bleibt eine parlamentarische Demokratie ohne starke soziale Bewegungen. Entscheidungen werden im Althing getroffen, und die Beteiligung an den Parlamentswahlen ist hoch: Seit der Republikgründung beträgt sie durchschnittlich 89,3 Prozent – bei den sieben nationalen Wahlen von 1956 bis 1974 waren immer über 90 Prozent der Stimmberechtigten wählen gegangen, bei der letzten Wahl im Mai 2003 taten es 87,7 Prozent. Außerparlamentarische Aktionen sind selten, und die ritualisierten Protestmärsche zur amerikanischen Militärbasis verlieren sowohl an Mitläufern als auch an Bedeutung. Es gibt in Island relativ häufig Arbeitskämpfe – es wird viel gestreikt, aber die Maikundgebungen sind friedlich: Nach dem Absingen der „Internationale“ wird das schöne Frühlings(arbeiter)lied „Der Maistern“ (*Maístjarnan*) angestimmt, in dessen poetischem Text gleichzeitig die Liebste, die Sonne und eine bessere Gesellschaft herbeigesehnt wird: „... Für den Arbeiter endet heut die eiskalte

---

<sup>77</sup> Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: Iceland. In: *European Journal of Political Research*. Bd. 42/7-8 2003, S. 976.

Zeit, morgen scheint ihm die Sonne, denn der Mai ist bereit, und auch uns scheint die Sonne, unser einendes Band, für dich trag ich die Fahne von dem zukünftigen Land“, so heißt es in der letzten Strophe des isländischen „Nationaldichters“ Halldór Laxness, der von der politischen Rechten auch dann noch als Kommunist verschmäht worden war, als er (1955) schon den Nobelpreis für Literatur bekommen hatte.

## **5.1 Parteiwelt formal: Wahlrecht und Parteiengesetz**

Formal ist das Althing die mächtigste Institution im politischen System Islands. “In practice, however, the political parties are the most important units in the political system, and most policy decisions, as well as major decisions on government coalition formation, are taken by their parliamentary groups rather than the party organization.”<sup>78</sup> Deswegen streben alle Parteiliten danach, einen Sitz im Parlament zu bekommen und ihn zu behalten. Eine gute Platzierung auf der Kandidatenliste ihres Wahlkreises ist dafür Voraussetzung, denn die Wähler, die automatisch registriert werden, können ihre Stimme nur für eine Liste abgeben. Es gibt viele gut erreichbare Wahllokale in Island. Die Stimmzettel werden nach Wahlkreisen ausgewertet, deren Zahl 1959 von 28 auf acht reduziert wurde und seit der Jahrtausendwende nur noch sechs beträgt.

Das isländische Althing ist seit 1991 ein Einkammerparlament. Davor bestand es seit 1874 aus einer oberen und einer unteren Kammer, die in der Gegenwart gleichberechtigt waren und beide vom Volk gewählt wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte das nationale Parlament zunächst insgesamt 52 Mitglieder, dann gab es ab 1959 insgesamt 60 Sitze für die Volkrepräsentanten und seit 1987 sind es 63 Abgeordnete, die bei allgemeinen und geheimen Wahlen von allen mindestens 18 Jahre alten Isländerinnen und Isländern für eine vierjährige Legislaturperiode beauftragt werden, ihre Anliegen zu vertreten. In diesem Zeitraum kann das Althing jederzeit aufgelöst und eine Neuwahl durchgeführt werden. Das komplizierte, seit 1934 im Grundgesetz detailliert beschriebene, aber dennoch wenig transparente Wahlsystem wurde seit der Republikgründung dreimal reformiert: 1959, 1983 und im Jahr 2000 durch ein neues Wahlgesetz, das auf die Verfassungsänderung von 1999 folgte.

---

<sup>78</sup> Ólafur Th. Hardarson: Iceland (Anm. 53), S. 473.

Es waren die Entwicklungen in der demographischen Struktur Islands, die in der Vergangenheit zu großen Disproportionalitäten in nationalen Parlament und zur Unzufriedenheit mit dem jeweils geltenden Wahlsystem geführt hatten: Als immer mehr Menschen aus den wirtschaftlich stagnierenden ländlichen Gebieten weggingen und in die Städte – vor allem im Großraum Reykjavík – zogen, kamen die regionalen Abgeordnetensitze nicht mit in die immer dichter bevölkerten Gebiete im Südwesten des Landes. Deshalb dominierten in der landesweiten Volksvertretung die dünn besiedelten Regionen immer stärker, während die Städte mit der wachsenden Wählerschaft zunehmend unterrepräsentiert waren. Das brachte vor allem für die agrarische Fortschrittspartei Vorteile, deren viele Abgeordnete in der Provinz mit einer relativ geringen Stimmenzahl gewählt werden konnten, die für ein Mandat in einem urbanen Wahlbezirk nicht ausreichte. Die Provinzwählerschaft freute sich darüber, während die Stimmberechtigten in den Städten immer unzufriedener wurden. Durch die Reform von 1987 gelang es noch nicht, das regionale Ungleichgewicht auszugleichen und die Wählerschaft im Hauptstadtgroßraum zufriedenzustellen: „In the election of 1991, the 64% of the electorate residing in the southwest elected members to only 46% of the seats in parliament.“<sup>79</sup>

Seit der weiteren Verfassungsreform von 1999 sind die folgenden Aspekte des isländischen Wahlsystems im Grundgesetz des Landes spezifiziert: Die Zahl der proportional gewählten Abgeordneten bleibt bei 63. Anstelle der acht Wahlbezirke mit verfassungsmäßig festgelegten Grenzen wird die Zahl der Wahlkreise auf sechs oder sieben reduziert. Ihre genaue Anzahl sowie ihre Größe wird durch ein Gesetz festgelegt und kann später verändert werden, wenn mindestens zwei Drittel der Parlamentarier dem zustimmen. Jeder Wahlkreis soll mindestens sechs Sitze haben, die den Abstimmungsergebnissen in diesem Bezirk entsprechend vergeben werden. Um Zusatzmandate zu erhalten, mit denen die Zahl der Sitze, die eine Partei gewonnen hat, mit dem Anteil dieser Partei am nationalen Stimmenaufkommen ins rechte Verhältnis zu bringen ist, muss eine Partei jetzt mindestens fünf Prozent der landesweiten Stimmen bekommen haben – vorher reichte ein direkt gewählter Abgeordneter in einem Wahlkreis dafür aus. Nach dem im Jahr 2000 verabschiedeten Wahlgesetz

---

<sup>79</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Political Developments (Anm. 49), S. 127.



werden 54 der 63 Althingssitze dem Bezirkswahlergebnis entsprechend vergeben – die restlichen neun sind Zusatzmandate. Bei jeder Wahl gewährleistet das Nationale Wahlamt die angestrebte Verteilungsgerechtigkeit auf der Basis genauer Berechnungen. Heute gilt wieder das System nach d’Hondt, das 1987 ausgesetzt worden war. Laut Wahlgesetz beträgt die Zahl der Stimmbezirke jetzt sechs. Drei davon liegen im urbanen Südwesten Islands: Reykjavík-Nord, Reykjavík-Süd und der Südwestbezirk, der die Hauptstadt-Vororte umfasst. Die Zahl der Wahlkreise in der ländlichen Provinz wurde von sechs auf drei reduziert, die im Nordwesten, im Nordosten und im Süden des Landes liegen. Die Wahlkreisgrenzen werden alle per Gesetz festgelegt, bis auf die Trennlinie zwischen den beiden Reykjavíker Bezirken, deren Verlauf vor jeder Abstimmung vom Nationalen Wahlamt so gezogen wird, dass die Zahl der Stimmen pro Abgeordnetensitz in beiden Gebieten ungefähr gleich ist. Das neue Wahlrecht hat endlich ausgeglichene Verhältnisse hergestellt, und vor der Wahl 2003 stand fest, dass die Mehrheit der isländischen Wählerschaft, die im urbanen Südwesten des Landes lebt, zum ersten Mal auch die Mehrheit der Volksvertretung wählen wird, und zwar 33 von 63 Abgeordneten. „However, the three regional constituencies, containing around 38 per cent of the voters, will elect 48 per cent of the MPs.”<sup>80</sup>

In Island ist es leicht, eine Kandidatenliste für die Parlamentswahlen aufzustellen. Dazu bedarf es nur der formalen Unterstützung durch 100 bis 380 registrierte Wähler. Ein differenziertes Parteiengesetz gibt es nicht. Die Vereinigungsfreiheit, die auch das Recht zur Gründung von politischen Parteien einschließt, ist in der Verfassung garantiert. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung, die den Parteien vorschreibt, wie sie sich zu organisieren haben oder wie sie ihre Kandidaten auswählen sollen, und sie brauchen auch ihre Finanzen nicht offenzulegen.<sup>81</sup> Dieses Thema wird in Island kontrovers diskutiert.

Es ist die sozialdemokratische Abgeordnete Jóhanna Sigurðardóttir, ehemalige Führerin der Volkserweckungsbewegung und Gründungsmitglied der linken Allianz, die aus der Opposition heraus immer wieder versucht hat, ein

---

<sup>80</sup> Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: Iceland (Anm. 50), S. 418

<sup>81</sup> Ólafur Th. Hardarson: Iceland (Anm. 53), S. 475.

Parteienfinanzierungsgesetz durchzubringen – ohne Erfolg. Die Regierungsparteien, die im Parlament die Mehrheit haben, sind dagegen. Die konservative Unabhängigkeitspartei hält es für einen Eingriff in die persönliche Freiheit des Geldgebers, wenn entsprechende finanzielle Transaktionen publik gemacht werden, und die agrarische Fortschrittspartei ist ebenfalls gegen eine gesetzliche Regelung. Parteispenden von Unternehmen und Privatpersonen sind – sofern sie nicht aus dem Ausland kommen – in beliebiger Höhe erlaubt. Island gilt weltweit als eines der Länder mit der geringsten Korruption. Es gab aber durchaus Vorkommnisse, die in der Bevölkerung des Landes als Skandale gewertet wurden, und die Wählerschaft wird zunehmend misstrauisch. Deshalb erachtet es Sigurðardóttir als dringend notwendig, dass ihr Gesetzesvorschlag endlich durchkommt: Solange die Öffentlichkeit und die Medien in Bezug auf die Parteifinzen im Dunkeln tappen, könne nie bewiesen werden, ob es möglich ist, politischen Einfluss zu kaufen. Offensichtliche Fälle von persönlicher Bereicherung seien in Island aber immer noch die Ausnahme, konstatiert der Reykjavíker Politikprofessor Kristínsson. Im Vergleich zu Dänemark zum Beispiel gebe es aber ein hohes Maß an „grauer Korruption“: „Parteifreunde und Verwandte bekommen Sonderkonditionen bei Krediten oder werden auf gut dotierte Posten berufen. Ob in solchen Fällen Geld in die Parteikassen fließen, weiß keiner.“<sup>82</sup> Fest steht, dass diese in den letzten Jahren mehr von der öffentlichen Hand gefüllt wurden als das in der Vergangenheit der Fall war.

## **5.2 Partei Umwelt sozial: Gesellschaftsschichten und Interessenorganisationen**

Die Isländer leben vom Fisch, und Fische sind unkontrollierbare „Gottesgaben“<sup>83</sup> – manchmal bleiben die Schwärme weg. Man fährt los, um sie zu suchen, heuert Meeresbiologen an, die Prognosen über die Bestandsdichte einzelner Arten machen, und dann ist plötzlich klar: Manche Sorten sind fast ausgestorben. Wer in der Branche bleibt, muss sich umstellen. Spezies, die früher als „Beifänge“ kaum beachtet wurden, werden plötzlich für wertvoll erachtet und als Fangziel in Betracht gezogen. Wie kriegt man mehr von ihnen ins Netz? Was lockt sie an? Wie kann man sie abschleppen und ins Boot hieven? Fischwissenschaften werden studiert, artgerechte Köder kreiert, neue Fangtechniken entwickelt, modernste Trawler gebaut, die

---

<sup>82</sup> Zit. nach Clemens Bomsdorf: Parteispenden als Privatangelegenheit. In: *Nordis* H. 5 2002, S. 60.

<sup>83</sup> Halldór Laxness: Die Litanei von den Gottesgaben. Göttingen: Steidl 1994 und 1999.

Mannschaften umgeschult, viele Gelder investiert – es geht ja ums Überleben. Das ist bei den Stimmenfischern nicht anders. Die Artenvielfalt ist anders zusammengesetzt, die Sozialstruktur hat sich gewandelt. Ob Heringsfang oder Bauernfängerei – allein damit kommt man nicht mehr ans große Geld und auch nicht an die Macht. Die ertragreicheren Fanggründe sind jetzt woanders, in größeren Meerestiefen und gewachsenen Gesellschaftsschichten – auch der Wählerbestand hat sich verändert. Die Parteien stellen sich darauf ein.

Wie die Heringe sind die einzelnen Wähler ganz kleine Fische – nur die Masse bringt Gewinn. Die Angehörigen bestimmter sozialer Gruppen wurden aber nicht durch Überfischung dezimiert, sondern durch gesellschaftlichen Wandel. Sie sind durch Politik nicht zu vernichten – nur zu verärgern und zu vertreiben. Anders als in der modernen Fischerei wird beim Wahl-Fang nicht mit Quoten gehandelt. Allerdings legen einige bisher allein arbeitende Stimmenfischer jetzt ihre Fänge zusammen. Zwischen den reorganisierten Parteien bleibt die Konkurrenz bestehen. Klassenparteien gibt es nicht mehr. „Catch all!“ heißt die Devise zu Beginn der Fangsaison. Da waren die isländischen Konservativen sogar die Pioniere. Die Agrarier zogen nach.

Während sich in Island der maritime Wirtschaftssektor in moderne Hochseefischerei und küstennahen, traditionell in vielen kleinen Dörfern betriebenen Fischfang unterteilt, besteht der landwirtschaftliche Sektor mit Bauernhöfen und genossenschaftlichen Verarbeitungsbetrieben hauptsächlich aus Viehzucht mit Fleisch-, Milch-, Leder- und Wollproduktion. Große Getreidebauern gibt es unter den isländischen Agrariern nicht. Der agrarische Sektor umfasst neben Rinder-, Schweine- und Geflügelzucht vor allem die Schafzucht und auch die Aufzucht von Süßwasserfischen zum Verzehr sowie die Züchtung von Pelztieren und Eider(daunen)enten als Rohstofflieferanten. Auch Gartenbau wird in Island betrieben, sowohl unter freiem Himmel als auch in Gewächshäusern – dort heizt die geothermale Energie so gut ein, dass neben Blumen und Gemüse sogar Bananen gedeihen. Der gesamte agrikulturelle Sektor schrumpfte, was den Anteil der dort Beschäftigten an der erwerbstätigen Bevölkerung angeht, zwischen 1950 und 1990 von 26 Prozent auf fünf Prozent. Das ist die allergrößte Veränderung in der isländischen Beschäftigtenstruktur: Die isländische Bauernschaft ist prozentual eine so kleine Gesellschaftsschicht

geworden, dass sie von den politischen Parteien nur noch als eine Zielgruppe unter anderen angesehen wird, auch von der agrarischen Fortschrittspartei. Der Anteil der in der handwerklichen Industrieproduktion Beschäftigten sank im Zuge der gesellschaftlichen Modernisierung nur minimal von 14 auf 13 Prozent. Dagegen stieg der Anteil der Erwerbstätigen in anderen, ebenfalls nichtmaritimen Industrien zusammen mit den verschiedenen Dienstleistern von 44 auf 70 Prozent. Der Anteil der Beschäftigten im Bereich Fischfang und -verarbeitung an allen isländischen Erwerbstätigen verringerte sich in dieser Zeit von 16 auf 12 Prozent. Wenn der Historiker Karlsson das Kapitel, in dem er diese Zahlen nennt, mit „Life is still fish“ überschreibt, dann liegt das an der großen Produktivität und wirtschaftlichen Bedeutung dieses exportorientierten Sektors. Seit den 70er Jahren machen Fischereiprodukte 70-80 Prozent des isländischen Warenexports aus: „Around 1990 the export of goods made up approximately three-quarters of total export income, compared with the export of services (tourism, transport, work at the Keflavík base etc.). So because three-quarters of 75 is 56.25, Iceland seems to earn a little more than half of its foreign currency from fish products.”<sup>84</sup>

Früher war der isländische Gewerkschaftsbund eine Art genossenschaftliche Reederei, die den sozialdemokratischen Dampfer auf Stimmenfang schickte – der Kapitän war dann der erste, der nach getaner Arbeit in den parlamentarischen Hafen einfuhr und als Besatzungsmitglied des Althing weitermachte. Ans politische Ruder kam er erst 1934 in der „Regierung der arbeitenden Klassen“ – als zweiter Mann neben einem Agrarier. Die gewerkschaftliche und die politische Interessenvertretung der Arbeiter waren damals noch organisatorisch eng verzahnt. Erst nach dem Krieg wurde das Staatsschiff namens Island erstmals von einem Sozialdemokraten geführt. Da war die Verbindung von dessen Volkspartei mit dem Gewerkschaftsbund schon gelöst. Seit Ende der 30er Jahre hatte die isländische Arbeiterbewegung ihrem zweiten, kommunistischen Parteischiff stärker zugetraut, bei stürmischer See das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen zu verlieren. Eine Personalunion zwischen sozialdemokratischer Parteiführung und der Spitze des Interessenverbandes der Arbeiter gab es nicht mehr – der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes ÁSI (*Alþýðusamband Íslands*), in dem Arbeiter, Seefahrer und Handelsangestellte organisiert

---

<sup>84</sup> Vgl. Gunnar Karlsson: *The History of Iceland* (Anm. 17), S. 358.

sind, gehörte lange Zeit immer der kommunistischen Volksallianz an.<sup>85</sup> Die Sozialdemokraten behielten aber gute Beziehungen zu einzelnen Gewerkschaften. Auch die politische Konkurrenz verlor an Einfluss in den mit ihnen verbundenen Verbänden: Die Arbeitgebervereinigung und der Genossenschaftsverband wurden zunehmend professioneller geleitet, und sie sind immer unabhängiger von der konservativen und der agrarischen Partei geworden. Die Unabhängigkeitspartei ist traditionell auch in gutem Kontakt mit den Arbeiter- und Bauernorganisationen gewesen, in denen sie ja viele Anhänger hat. Die isländische Regierungspolitik ist immer von den Interessenverbänden der Landwirtschaft und der Fischerei stark beeinflusst worden. In den letzten Jahren haben auch der Gewerkschaftsbund und der Arbeitgeberverband ihren Einfluss vergrößern können, was man daran merkt, dass die Regierungen dazu tendieren, ihnen bestimmte „policy packages“ anzubieten, für die sie im Gegenzug moderate Ergebnisse bei den Lohnverhandlungen und Frieden auf dem Arbeitsmarkt erwarten. „Interest groups have, for example, influenced legislation on the quota system in fisheries, agricultural policy, indexing of loans, welfare benefits, unemployment measures, mortgages, and taxation – such as the reduction of VAT on food from 24,5% to 14%.“<sup>86</sup>

Durch die korporatistischen Trends in der isländischen Politik sowie im Zuge der allgemeinen Pluralisierung der Gesellschaft sind die politisch unabhängigeren Interessenverbände zusammen mit dem ebenfalls professionalisierten und entpolitisierten öffentlichen Dienst zu Herausforderern der einst mächtigen Parteiführer geworden. Als Pressure Groups regionaler Herkunft üben sie vor allem Druck auf die einzelnen Althingsabgeordneten aus, die ja nicht nur Repräsentanten einer Partei, sondern auch eines Wahlkreises sind und wiedergewählt werden wollen. „Parliamentarians often advocate the cause of various interest groups in parliament. The most important are the main employers’ and labour organizations, but the list includes many more, among them various professional groups, charities, sports organizations and numerous other interest groups. Some, in the past, used to have close ties to the parties.“<sup>87</sup>

---

<sup>85</sup> Vgl. Grétar Eythórrsson / Detlef Jahn: Das politische System Islands. In: Wolfgang Ismayr (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske+Budrich 2003<sup>3</sup>, S. 180.

<sup>86</sup> Ólafur Th. Hardarson: Iceland (Anm. 53), S. 481.

<sup>87</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Political Developments (Anm. 49), S. 126.

Die Parteien haben ganz klar ihr Machtmonopol verloren und sehen sich der zunehmenden Stärke anderer Akteure gegenüber, auch dem selbständigeren Einfluss der Medien. Diese sind früher, in Form von organisationseigenen Zeitungen, die verlängerten Arme der Parteien gewesen. Seit dem Professionalisierungs- und Demokratisierungsschub in den 70er Jahren weisen ihre Zeigefinger nicht selten anklagend auf die politischen Korporationen zurück, vor allem auf die (Beton-)Köpfe.

### **5.3 Parteiwelt medial: Massenmedien und Meinungspflege**

In Island wird traditionell viel gelesen, aber als das Fernsehen entstand, wurde es von der Bevölkerung nicht verschmäht. Was den Protest von Intellektuellen aller politischen Richtungen auslöste war die Tatsache, dass eine ausländische Macht, die Amerikaner von der Militärbasis Keflavík, jahrelang das Monopol auf dieses neue und einflussreiche Medium hatten: Bevor 1966 das isländische Staatsfernsehen eingerichtet wurde, konnte das mit Erlaubnis der Behörden ausgestrahlte amerikanische Programm landesweit von mehr als der Hälfte der einheimischen Bevölkerung empfangen werden – erst später wurde die Empfangsmöglichkeit auf das Gebiet des Luftwaffenstützpunktes beschränkt.

Das isländische Staatsradio gab es schon lange. Es war Ende der 20er Jahre auf Initiative des agrarischen Bildungsministers entstanden und übertrug zum Beispiel 1944 die feierliche Republikgründung in Þingvellir, damit alle Bürgerinnen und Bürger daran teilhaben konnten.<sup>88</sup> In den 60er Jahren, als die Macht der Parteien zu schwinden begann, hielten die isländischen Politiker die modernen Massenmedium für so wichtig, dass sie bestimmten, den Aufsichtsrat des staatlichen Fernsehens immer vom nationalen Parlament wählen zu lassen. Es wurden dann in der ersten Zeit immer Mitglieder der Partieliten zu Aufsichtsräten gewählt, die fast alle Althingsabgeordnete waren. Drei von ihnen waren sogar die Herausgeber der Parteiorgane, die damals noch den Zeitungsmarkt beherrschten. Nach starken Konzentrationsprozessen ist von den politischen Blättern das Morgunblaðið als wichtigste isländische Tageszeitung übrig geblieben, das zwar nicht mehr der Unabhängigkeitspartei gehört, aber doch in seinem Meinungsteil weiterhin konservativ ausgerichtet ist. Die Pluralisierung der isländischen Gesellschaft zeigt sich in den Nachrichtenredaktionen. War es in der Vergangenheit

---

<sup>88</sup> Vgl. Gunnar Karlsson: *The History of Iceland* (Anm. 17), S. 307, S. 322, S. 339 f.

unabdingbare Voraussetzung, dass ein Journalist Parteimitglied war, wenn er bei einer Zeitung der jeweiligen politischen Richtung arbeiten wollte, so ist diese Bedingung in der Gegenwart entfallen. „A body of professional journalists has emerged who have been employed on more than one party paper. The party label is no longer an absolute prerequisite for entry into journalism. Newspapers have tended to separate their political and news side. An influential party position is still a condition for employment in the former. This professionalization process has also affected the State Radio and Television. The Radio and Television Council, which has a significant role in the planning of programs and in controlling their content, continues, however, to be elected by the parties in the Althingi.”<sup>89</sup>

Der Pluralisierungsprozess im isländischen Machtsystem setzte sich in den 70er und 80er Jahren fort: „Similarly, the parties’ near-monopoly of political communication disappeared as newspapers became generally more independent of parties, and the state radio and TV adopted a more independent and critical role as regards political news and current affairs.”<sup>90</sup> Seit 1986 gibt es in Island einen weiteren, privaten und werbefinanzierten Fernsehkanal, und das Massenmedium Fernsehen spielte bei der Parlamentswahl von 1987, bei der Wählerwanderungen in einem Ausmaß wie nie zuvor festgestellt wurden, zum ersten Mal eine große Rolle. Es war sicherlich mitverantwortlich dafür, dass die isländische Wählerschaft damals verstärkt für Personen statt für Parteien stimmte.<sup>91</sup> Die politischen Parteien hatten in diesem Wahlkampf überhaupt zum ersten Mal mit Fernsehspots für sich geworben, was sie – nach einem „Gentlemen’s Agreement“ – bei der nächsten Wahl 1991 alle unterließen. Bei dieser Wahl wurden ihre Kampagnen außergewöhnlich stark von den Medien verfolgt, die separate Wahl-Programme für jeden Wahlkreis ausstrahlten und landesweite Sendungen übertrugen, in denen die Parteiführer kurz vor der Abstimmung eine letzte Chance zur Selbstdarstellung bekamen. Dabei war es das erste Mal, dass der private Kanal 2 und der staatliche Fernsehsender RÚV bei einem

---

<sup>89</sup> Ólafur Ragnar Grímsson: *The Icelandic Power Structure 1800-2000* (Anm. 14), S. 22 f.

<sup>90</sup> Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: *The Icelandic Parliamentary Election of 1987* (Anm. 45), S. 220.

<sup>91</sup> Vgl. Esbjörn Rosenblad / Rakeł Sigurðardóttir-Rosenblad: *Iceland from past to present* (Anm. 2), S. 260.

Programm kooperierten.<sup>92</sup> Bei der nächsten Parlamentswahl 1995 wurde der Konkurrenzkampf auch wieder mit parteipolitischer Fernsehwerbung ausgetragen – eine derart extensive Nutzung dieses teuren Werbemittels hatte es in Island noch nie zuvor gegeben. „Professional advertising along with televised debates seems to be replacing a declining party press and campaign rallies as the main form for party propaganda.”<sup>93</sup> Dieser Entwicklungsprozess ist einer der Faktoren, die zum Bedeutungsverlust der Parteien als Mitgliederparteien geführt haben.

## **6. Politik intern: Parteielite und Parteivolk**

In Island sind die alten Parteien seit den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts formale Massenparteien, die sich auf regionaler Basis organisieren. Vor Ort, in den lokalen Organisationseinheiten, werden Delegierte für das nächsthöhere Parteigremium auf Wahlkreisebene sowie für den nationalen Parteikongress bestimmt. Dieser wählt sowohl den Vorstand als auch den Vorsitzenden, dessen Position relativ stark ist. „The institutionalization of the Icelandic parties has however probably always been weaker than among their counterparts in Northern Europe. Criteria for membership have been unclear, as membership fees have rarely been collected on a regular basis and membership files have been inaccurate.”<sup>94</sup> Die Mitgliederzahlen, die von den Parteien angegeben werden, übersteigen ganz erheblich die Zahl derjenigen Wähler, die sich selbst als Mitglieder einer politischen Partei bezeichnen. Das liegt daran, dass die Organisationen für ihre Zählung die Teilnehmerlisten der „open primaries“ heranziehen, durch die sie seit den 70er Jahren oftmals die Kandidaten für die Althingswahlen bestimmen, und bei denen nicht selten sogar Leute mit abstimmen, die die betreffende Parteiliste später gar nicht ankreuzen. Die Konservativen meinten Mitte der 90er Jahre, 33.000 Mitglieder zu haben. Bei den isländischen Wahluntersuchungen von 1991 und 1995 bezeichneten sich aber nur 20.000 Wähler auch als Mitglieder der Unabhängigkeitspartei. Die Agrarier nannten 7.000 Mitglieder gegenüber 6.000 Wählern, die angaben, auch Mitglied der Fortschrittspartei zu sein.

---

<sup>92</sup> Vgl. Gudmundur Arnason: Back to normal? The Icelandic Election of 20 April 1991 (Anm. 71), S. 183.

<sup>93</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1995 (Anm. 61), S. 334.

<sup>94</sup> Ólafur Th. Hardarson: Iceland (Anm. 53), S. 475.



Die Sozialdemokraten glaubten damals, eine Mitgliederzahl von 5.500 zu haben, es bezeichneten sich aber nur 4.000 Wähler als organisierte Anhänger der Volkspartei. Die Volksallianz zählte 5.000 Mitglieder zu ihrer Basis – als organisierte Sozialisten outeten sich aber ebenfalls nur 4.000 Wähler. Die erklärten isländischen Parteimitglieder waren lange Zeit nicht nur treue Anhänger einer Partei, denen früher, als noch mehr Plakate geklebt wurden und die Überzeugungsarbeit direkt ohne massenmediale Vermittlung ablief – auch die praktische Durchführung der Wahlkämpfe oblagen. Sie waren auch Klienten, die von den Parteien ganz konkret bedient werden wollten.

## **6.1 Parteibasis loyal: Patronage und Klientelismus**

Politische Patronage meint – so der isländische Politologe Kristinsson, der darüber geforscht hat – die selektive Verteilung von materiellen Vorteilen an Einzelpersonen und kleine Gruppen im Austausch für politische Unterstützung. In klientelistischen Parteien, die für Island bis in die Gegenwart typisch waren, sind eigennützige Motive für die Mitgliedschaft vorherrschend. Nur wenige schließen sich diesen politischen Organisationen an, weil sie dort ihre ideologische Heimat finden und gemeinsam mit Gesinnungsfreunden für die Gesellschaft ihrer Träume kämpfen wollen. Und die Patronageparteien selbst sind eher pragmatisch. In Island gibt es mehr Streitigkeiten innerhalb der Organisationen als ideologische Konflikte zwischen den einzelnen Parteien, deren Programmbasis nicht so bestimmt ist, dass sie keine Kompromisse bei gemeinsamer Regierungsarbeit zuließen. Die Parteiführungen betrachten die Mitglieder als nützliche Helfer im Wahlkampf vor Ort, solange Plakate kleben, Handzettel verteilen und an Infoständen für Unterstützung werben noch zu den Kernelementen des Wahlkampfes gehört. „Clientelist parties, where such motives are dominant, are likely to be nonprogrammatic. Strong principles can get in the way of what is the essential objective of the party, namely, gaining the control of the administrative apparatus. Nonclientelist mass parties, by contrast, offer their programs as the main reward for the members and must of necessity devote greater attention to their programmatic functions. They cannot allow themselves to be as transparently office-seeking as the clientelist ones, since programmatic compromises may cause unease, demoralization, or open revolt among their members.“<sup>95</sup>

---

<sup>95</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Clientelism in a Cold Climate: The Case of Iceland (Anm. 9), S. 174.

Von den fünf großen isländischen Parteien, die bis Ende der 90er Jahre separat existierten, war die Frauenliste am wenigsten in klientelistische Praktiken verwickelt. Sie ist die einzige von ihnen, die auf nationaler Ebene nie Regierungsmacht hatte. Die alten Sozialdemokraten waren zwar öfter an Koalitionen beteiligt, sie standen dieser Art des Politikmachens in der Gegenwart aber ebenfalls vergleichsweise skeptisch gegenüber und waren – wie die Feministinnen – auch nicht in den Provinzregionen verankert, von wo die meisten materiellen Forderungen kamen. Klientelismus und Patronage waren allerdings nie auf die dünnbesiedelten Gebiete Islands beschränkt. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums waren die Konservativen im Zwiespalt: Einerseits brauchten sie ihre recht bedeutende regionale Anhängerschaft, um ihre Gesamtstärke zu behalten, andererseits waren sie jedoch deren Wünschen nach realen Zuwendungen gegenüber weniger aufgeschlossen als die agrarische Konkurrenzpartei, da sie ja ein liberale und nicht-interventionistische Position vertreten. Die starke konservative Unabhängigkeitspartei hatte aber immer die beste Ausgangsposition für Vorteilsvergabe und Sicherung von Loyalität, und in Reykjavík baute sie zum Beispiel in den 30er Jahren eine mächtige Patronageorganisation auf. Ihre Arme griffen nicht nur in den Zeitungsmarkt, sondern ganz tief in den Verwaltungsapparat hinein – auch im öffentlichen Dienst machte man nur mit Parteibuch Karriere. Bei den politischen Aktivitäten der konkurrierenden Agrarier war Patronage damals ein anerkanntes Schlüsselement, und auch die Sozialdemokraten, die in Island nie Prinzipienreiter waren, akzeptierten damals im Laufe der ökonomischen Depression die Möglichkeiten, die ihnen ihre Teilnahme an der Macht bot. Während dieser großen Wirtschaftskrise entstand in Island das staatsinterventionistische System, und das schon vorhandene Patronagesystem wurde in einem Maße ausgebaut, wie es in den anderen nordischen Ländern nie existiert hat. Jetzt verteilten die politischen Parteien alles, was ihre Klientel dringend benötigte, von Arbeitsstellen („blue-collar jobs“) und Wohnungen bis zu Krediten für Straßenbau, Fischtrawler und Landwirtschaft. In den folgenden Jahrzehnten, in der Phase der fast uneingeschränkten Parteienherrschaft, wurden fast alle Teile der isländischen Bevölkerung zu einem gewissen Grad von Patronage abhängig, da der Staat den Zugang zu finanziellen Mitteln, Gütern und Dienstleistungen kontrollierte. Dabei waren zum Beispiel die staatlichen Geldinstitute wie das isländische Radio und später das Fernsehen von Aufsichtsräten gesteuert, die direkt vom Parlament gewählt

wurden. Auch hier wollte man sicherstellen, dass die Möglichkeiten der Machtausübung unter den Parteien verteilt werden. Nur die Kommunistische Partei und ihre Nachfolgeorganisationen, die Sozialistische Einheitspartei und die Volksallianz, waren vom isländischen Futterkrippensystem ausgeschlossen, das ab den 60er Jahren in der Öffentlichkeit immer stärker auf Kritik stieß, vor allem in Form von schlechter Presse. Die Partei der Kommunisten war nur kurz in der Regierungsposition. „From its foundation in 1930 until 1978 it became part of governmental coalitions for a total of only eight years, which meant that its organisation had to be based on something other than patronage. The rewards it could offer to its membership were ideological rather than material. While the party can be shown to have engaged in patronage on a limited scale, it was clearly much less a part of the patronage system than the other parties. To this day, there prevails a much greater degree of opposition to patronage among its supporters than those of other parties. At the same time, however, ideology and the relative isolation of the People’s Alliance in Icelandic politics made it an unlikely champion for bureaucratic autonomy.”

<sup>96</sup> Erst die kleineren linken Organisationen, die nach der Volksallianz gegründet wurden, die Union der Liberalen und Linken 1971, die Sozialdemokratische Union 1983 und die Volkserweckungsbewegung 1995, tendierten mehr als die etablierten Parteien dazu, daraus eine Sache der Ethik zu machen. Für die Frauenliste war das selbstverständlich.

Diese neuen Parteien wurden alle außer der Frauenliste von ehemaligen Mitgliedern der etablierten Linksparteien gegründet, die sich von ihnen abgespalten hatten. Vor ihrer Entstehung, in den 60er Jahren, als die ganze Zeit über eine große Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten am Regierungsruder war, wurden in der isländischen Gesellschaft Veränderungswünsche laut, und die Parteieliten gerieten sowohl von Seiten ihrer Anhänger als auch von außerhalb ihrer Organisationen unter Druck. Die öffentliche Kritik an der alles durchdringenden Macht der Parteien – an der „Parteiherrschaft“ – richtete sich hauptsächlich gegen das isländische Patronagesystem, das seitdem aus verschiedenen Gründen kontinuierlich an Bedeutung verloren hat. Innerhalb der Organisationen kritisierte die Basis ihre eigene mangelnde Teilhabe an der Macht der Parteien. Ihre allgemeine Unzufriedenheit mit den undemokratischen Verhältnissen richtete sich vor allem

---

<sup>96</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: *Parties, States and Patronage* (Anm. 8), S. 448.

dagegen, dass vor Ort und auf Wahlkreisebene jeweils kleine elitäre Gruppen alles entscheiden, auch die Personalauswahl für die Volksvertretung. Den Parteiführungen, die als solche weniger Einfluss hatten als die Althingsfraktionen, gefiel es damals gar nicht, als Bonzen beschimpft zu werden, zumal an der Kritik etwas dran war: Sie hatten tatsächlich nie wirklich demokratische Mitgliederorganisationen aufgebaut. Der Protest hatte Erfolg und führte zu großen Veränderungen bei allen vier etablierten Parteien. Dieser Wandel beschnitt jedoch nicht nur die Macht der Eliten. Im Endeffekt nahm er auch der Basis etwas weg: das Vorrecht, als Parteimitglieder allein über die Kandidatenaufstellung für die Parlamentswahlen zu entscheiden. Durch die Öffnung der Prozedur bekam die Erstellung der Parteiliste einen externen Touch.

## **6.2 Parteibasis lokal: Kandidatenauswahl und Wahlkampf**

Die politischen Eliten in Island reagierten auf die Legitimationskrise des Parteiensystems Anfang der 70er Jahre, zu Beginn der Phase der Veränderungen, vor allem mit der Einführung von offenen Vorwahlen für die Selektion ihrer parlamentarischen Vertreter. Sie wollten die Parteien als offene und demokratische Organisationen erscheinen lassen, in denen die Öffentlichkeit von Anfang an über die Auswahl der Parlamentarier entscheidet. Die Abgeordneten haben eine ganz besondere Bedeutung, und zwar nicht nur, weil die Fraktionen als Gruppen die Parteien dominieren, sondern auch weil im politischen System Islands Mandate und „cleavages“ hauptsächlich mit den individuellen Kandidaten und gewählten Volksvertretern verbunden sind und nicht mit den Parteien als Organisationen. Die Parteien sind keine einheitlichen Akteure, die gegeneinander kämpfen. Sie sind intern fragmentiert. Die wichtigsten politischen Auseinandersetzungen finden in den eigenen Reihen statt. Der isländische Politikwissenschaftler Kristjánsson hat dazu eine Fallstudie gemacht, in der die Veränderungen in der Methode der Kandidatenauswahl als Indikator für die Transformation des Parteiensystems gesehen wird, die Teil des umfassenden sozialen Wandels von der Parteienherrschaft zur pluralistischen Gesellschaft<sup>97</sup> ist. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Parteiführungen mit der Einführung von offenen Vorwahlen

---

<sup>97</sup> Svanur Kristjánsson: Iceland: From Party Rule to Pluralist Political Society (Anm. 15).

eine „Büchse der Pandora“ geöffnet haben: „easy to open but hard or impossible to close“.<sup>98</sup>

Bis zur Wahl 1971 hatten die vier großen Parteien in Island bei der Kandidatenauswahl alle sehr ähnliche Nominierungsmethoden angewandt. Die Aufstellung der Listen war eine parteiinterne Angelegenheit, die von Delegierten in Gremien durchgeführt wurden, die in den lokalen Organisationseinheiten gewählt wurden. Die Partieliten hatten großen Einfluss, einfache Mitglieder nahmen nicht direkt an der Kandidatenaufstellung für die Parlamentswahlen teil. Dieses Vorgehen hat sich seitdem drastisch geändert: Mit der Wahl 1971 begann eine neue Periode, in der die Parteien – in unterschiedlichen Graden – den Nominierungsprozess öffneten und neben den Mitgliedern an der Basis auch den Wählern und sogar Personen, die sich nur als „Unterstützer“ bezeichneten, die Teilnahme an diesem wichtigen Vorgang erlaubten. Seitdem wenden die isländischen Parteien verschiedene Methoden der Kandidatenselektion an. Die Auswahlverfahren variieren zwischen den Parteien und den Wahlkreisen, und sie verändern sich auch von Wahl zu Wahl. Es gibt nirgendwo mehr eine Standardprozedur, und in manchen Wahljahren ist nicht nur der Wettkampf zwischen den konkurrierenden Parteien relativ friedlich. Es kann auch manchmal – wie im Jahr 1991 – vorkommen, dass auch die Kandidatenauswahl, die durch die „open primaries“ sehr lebhaft und kontrovers geworden war, wieder „unusually friction-free“<sup>99</sup> abläuft. Oder die ganz großen personellen Auseinandersetzungen beschränken sich mal auf einen Wahlkreis oder einige wenige Bezirke – wie 1987, als vor allem in Reykjavík stark um die Listenplätze gestritten wurde. Damals führten nur die vier etablierten großen Parteien Vorwahlen durch, und es entstand der Eindruck, dass sie für die Parteien mehr Probleme schufen als lösten. Innerhalb der Unabhängigkeitspartei und der Volksallianz fanden zwischen den Anhängern verschiedener Faktionen ganz erbitterte Kämpfe statt, die verschiedene grundlegende Konflikte ans Licht brachten, während die alte agrarische Fortschrittspartei die neue Art der Nominierung nutzte, um sich besonders in den urbanisierten Bezirken ein

---

<sup>98</sup> Svanur Kristjánsson: *Electoral Politics and Governance: Transformation of the Party System in Iceland 1970-96* (Anm. 39), S. 182.

<sup>99</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: *The Icelandic Parliamentary Election of 1991* (Anm. 72), S. 264.

frischeres Erscheinungsbild zu geben.<sup>100</sup> In Reykjavík ist auch vor der letzten Wahl 2003 vor allem in der Unabhängigkeitspartei hart um die Listenplätze in den zwei neuen Hauptstadtwahlkreisen gekämpft worden. Ergebnis der Auseinandersetzungen war, dass der Frauenanteil am Parteiprofil geschwächt wurde, denn einige weibliche Abgeordnete der ablaufenden Legislaturperiode rutschten durch den Erfolg ehrgeiziger junger Männer auf untere Listenplätze ab – das wird in anderen Bezirken ähnlich gewesen sein, denn das verjüngte Allthing verlor bei dieser Wahl insgesamt mehrere weibliche Mitglieder: Die Zahl der Frauen im nationalen Parlament sank auf unter 20, und das Durchschnittsalter aller Abgeordneten sank von 52 auf 47 Jahre. Bei dieser Wahl verschärften sich die Auseinandersetzungen aufgrund der Konsequenzen, die die Wahlrechtsreform von 1999/2000 mit sich brachte: Im neuen Nord-West-Bezirk des Landes zum Beispiel mussten sich nun fünf bisherige Abgeordnete der Unabhängigkeitspartei um drei verbleibende Mandate streiten, und im Süden entschied sich ein konservatives Parlamentsmitglied, gleich auf den Kampf um die Wiederaufstellung auf der Liste seiner Partei zu verzichten und auf einer eigenen Liste zu kandidieren.<sup>101</sup>

Die hier skizzierten Entwicklungen im Nominierungssystem sind außergewöhnlich. Dadurch wurde Island zum einzigen demokratischen Land der Welt mit einem parlamentarischen Regierungssystem, in dem die wichtigsten politischen Parteien routinemäßig offene Vorwahlen anwenden, um Kandidaten auszuwählen. Nur die sozialistische/kommunistische Volksallianz begrenzte die Partizipationsmöglichkeiten auf ihre (zahlenden) Mitglieder, deren Zusammenhalt nicht wie in den anderen Parteien durch offene Vorwahlen unterminiert werden sollte. Aber auch dort vergrößerte sich die Parteibasis bei den Vorwahlen manchmal auf wundersame Weise... Alle Parteieliten und die Parteien als solche haben an Macht eingebüßt. Die Mitglieder haben keine Exklusivrechte an der Kandidatenauswahl bekommen. Sie müssen hinnehmen, dass potentielle Kandidaten mit einer Gruppe von nicht in der Partei eingeschriebenen Unterstützern – ihren lokalen „Fanclubs“ – zu den Vorwahlen in den (kürzlich noch größer gewordenen) Wahlkreisen anreisen, die dann alle mit abstimmen dürfen. Klassische Pluralisten begrüßen diesen Wandel, während

---

<sup>100</sup> Vgl. Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1987 (Anm. 45), S. 224

<sup>101</sup> Vgl. Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: Iceland (Anm. 77), S. 978

kritischere Beobachter von „Pseudodemokratie“ sprechen, weil es jetzt größere Schwierigkeiten bereite, Führungskräfte zur Verantwortung zu ziehen. Durch die offenen Vorwahlen seien Abgeordnete mehr zu politischen Unternehmern als zu wirklichen Parteipolitikern geworden, die man zur Rechenschaft ziehen könne, und der Wahlkampf sei jetzt mehr Individualsport als Teamwettkampf. Zur individualistischen politischen Kultur Islands passt das, aber Kristjánsson hält diesen bisher einzigartigen Fall auch deshalb für betrachtenswert, weil sich möglicherweise andere westliche Demokratien in Richtung des „isländischen Modells“ entwickeln könnten.

### **6.3 Parteibasis egal? Fanclubs statt Losverkäufer**

Die ersten politischen Parteien in der isländischen Geschichte waren nichts anderes als Klüngelgruppen gewesen. Die erste Partei, die eine formale Mitgliederorganisation einführte, war 1916 die sozialdemokratische Volkspartei, die aber eine indirekte Mitgliederstruktur hatte: Mitglieder der Gewerkschaften waren automatisch auch in der angeschlossenen Partei. In den 30er Jahren entwickelten alle Parteien formale Mitgliederorganisationen, und in den folgenden Jahrzehnten versuchten sie auf verschiedene Art, diese organisatorische Basis zu stärken, zum Beispiel durch soziale Aktivitäten, Fundraising, politische Versammlungen und systematischere Wahlkampagnen. „In the early postwar period the strength of party organizations in Iceland reached an all-time peak.”<sup>102</sup> Trotz ihrer formal demokratischen Statuten blieben die Parteien im Grunde genommen weiterhin elitäre Klüngel. Ihre Satzungen hatten sich mehr verändert als ihre Praxis. Kriterien für die Mitgliedschaft waren unklar, es wurden keine regelmäßigen Beiträge kassiert und die Mitgliederlisten waren entweder zweifelhaft oder gar nicht vorhanden. Die Parteikassen wurden durch Erlöse aus Lotterien, Geldspenden von Interessengruppen und Firmen sowie durch individuelle Schenkungen gefüllt.

Trotz der im nordischen Vergleich relativ schwachen isländischen Mitgliederorganisationen ist es doch so, dass sich in der Zeit der Parteienherrschaft die Menschen an der Basis noch wichtig fühlen konnten. Sie waren nicht nur fordernde Klienten, sondern sie taten auch etwas für die Vorteile, die ihnen die Parteimitgliedschaft einbrachte, und wenn es nur die Durchführung einer Tombola

---

<sup>102</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Political Developments (Anm. 49), S. 124.

war, mit der sie das Geld für den Druck des lokalen Wahlkampfmaterials zusammenbrachten. Als Losverkäufer und als Flugblattverteilerinnen waren sie nicht ganz unbedeutend. Für die Partieliten waren die Mitgliederorganisationen lange Zeit von instrumentellem Wert, und es hätte Nachteile bewirkt, diejenigen Anhänger zu missachten, die mehr taten als ihre Sympathien nur durch Stimmabgabe bei den Wahlen zu bekunden.

Seit das gesamte isländische Patronagesystem bedeutungslos geworden ist und sich die Möglichkeiten politischer Kommunikation enorm verändert haben, machen sich die isländischen Parteien von den Mitgliederorganisationen unabhängiger: durch offene Vorwahlen, durch staatliche Finanzierung und durch eine weniger „personalintensive“ Art von Wahlkämpfen. Bei der Einführung der offenen Vorwahlen stießen die Parteiführungen – außer in der Volksallianz – nicht auf den Widerstand der Mitglieder. Diese nahmen es weitgehend hin, dass sie ihren gestiegenen Einfluss mit Nichtmitgliedern teilen mussten – sie sahen vorrangig den Machtverlust der Eliten zu ihren Gunsten. Bei der Durchsetzung der staatlichen Parteienfinanzierung genehmigten sich die isländischen Politiker ein vergleichsweise generöses System, das die Mitgliederaktivitäten als wichtigste Finanzquelle ersetzte und noch durch Steuererleichterungen für spendende Unternehmen ergänzt wurde. „Campaigning techniques changed so as to make the general membership organizations more or less pointless. Election posters have to a large extent disappeared, leaflets play only a marginal role, and election meetings are much less common than they used to be and their significance is greatly reduced. The parties no longer mark the electoral register and only the Independence Party still keeps its representatives at polling stations to watch over the attendance of its believed supporters. The parties, as membership organizations, are withering away.“<sup>103</sup>

Die Parteibasis hat ihren Nutzen verloren. Die neue Sozialdemokratie berücksichtigt bei ihrem Organisationsaufbau auch deren symbolische Bedeutung: Vor der Wahl 2003 gründete die Allianz nach dem Vorbild ihrer dänischen und schwedischen Schwesterparteien eine „Vereinigung 60+“, deren Ziel es ist, die Rechte

---

<sup>103</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Clientelism in a Cold Climate: The Case of Iceland (Anm. 9), S. 187 f.



der Menschen im Alter von 60 und darüber innerhalb der Partei zu schützen.<sup>104</sup> Die gesamte Basis der isländischen Parteien besteht einerseits aus Mitgliedern, die zwischen den Vorwahlveranstaltungen funktionslos sind, und andererseits aus losen, von einzelnen „politischen Unternehmern“ kultivierten und sozial heterogenen Gruppen, die sich die Unterstützung bestimmter Kandidaten oder die Wiederwahl von zufriedenstellend arbeitenden Abgeordneten auf ihre Fähnchen geschrieben haben und zu deren „Fanclubs“ geworden sind. Im Wahlkampf selbst sind sie ebenfalls ohne Funktion. Politik ist zum Zuschauersport geworden. Nationale Wahlkampagnen werden von professionellen Beratern konzipiert, die Publikumsansprache geschieht über die Massenmedien, Kandidaten aller Parteien präsentieren ihre Ansichten in Artikeln der landesweiten Tagespresse sowie in Diskussionsprogrammen von Rundfunk und Fernsehen. „The impact of local party papers and rallies has decreased. Political advertisements have on the other hand come to play a major role.”<sup>105</sup> Es scheint, als seien die Kandidaten die einzigen Parteivertreter, die überhaupt noch direkt mit der Wählerschaft in Kontakt kommen. Vor allem von den Anführern der Parteilisten wird erwartet, dass sie viel im Wahlkreis herumreisen und an einer Reihe von Veranstaltungen an den Arbeitsplätzen der Menschen teilnehmen. „The role of the general members, on the other hand, is by now insignificant.”<sup>106</sup>

## 7. Parteiensystem elektoral: Wählerbasis und Abgeordnete

In den 70er Jahren begann nicht nur für die Parteiorganisationen die Phase der Veränderung. Auch in der isländischen Wählerschaft kündigte sich der Wandel an. Dennoch waren die meisten Stimmberechtigten noch bis in die 80er Jahre „Gewohnheitstiere“, was im Englischen etwas menschlicher klingt: „... Icelandic electors are creatures of habit.”<sup>107</sup> Seitdem ist von den alten Loyalitäten kaum noch etwas zu spüren: Von 1987 bis 1995 hat in Island bei jeder nationalen Wahl ungefähr ein Drittel der Wähler die Partei gewechselt; 1999 waren es sogar 48 Prozent, aber da

---

<sup>104</sup> Vgl. *Daily News from Iceland* vom 28.4.2003 ([www.icelandreview.com](http://www.icelandreview.com)).

<sup>105</sup> Ólafur Th. Hardarson: *Iceland* (Anm. 53), S. 475.

<sup>106</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: *Clientelism in a Cold Climate: The Case of Iceland* (Anm. 9), S. 188.

<sup>107</sup> Esbjörn Rosenblad / Rake! Sigurðardóttir-Rosenblad: *Iceland from past to present* (Anm. 2), S. 259.

stellten sich ja auch nur noch zwei der etablierten Parteien in alter Form zur Wahl: die konservative Unabhängigkeitspartei und die agrarische Fortschrittspartei. Die Zahl der Wahlberechtigten, die angaben, überhaupt keine spezielle Sympathie für ein Partei zu haben, stieg von 19 Prozent 1983 auf 27 Prozent 1995. Die Wahlforscher sprechen seitdem von „independent voters“<sup>108</sup>. Was die isländischen Politologen schon lange herausgefunden hatten, bestätigte sich durch die neueren Entwicklungen: „It is well established in Icelandic electoral research, that social class has a very weak relationship with the vote. Other factors account for more, including the regional factor.“<sup>109</sup> Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang besonders, dass der Begriff „Arbeiterpartei“ für isländische Verhältnisse irreführend ist. Deshalb wurde der isländische Name für die alte Sozialdemokratie hier nicht wie in der englischsprachigen Fachliteratur entsprechend der „Labour Party“ übersetzt, sondern sprachlich genauer mit „Volkspartei“. Auch für die sozialistische/kommunistische Partei Islands gilt, dass der Arbeiteranteil an der Wählerschaft nicht dominiert. „The term ‚working-class party‘ may in fact be something of a misnomer, in the sense that the working-class following of the two parties has been modest in recent decades. The two parties have in recent years been able to attract only around one third of the manual working class vote – in fact, slightly less than the Independence Party alone.“<sup>110</sup>

Es ist eine Tatsache, dass die konservative Unabhängigkeitspartei, die sich ja als Partei aller Gesellschaftsschichten bezeichnet, traditionell mehr Arbeiterstimmen auf sich vereinigt als die beiden Linksparteien zusammen. Und in der besonderen Gruppe der „Handarbeiter“, der Fischer, hatte die alte Sozialdemokratie immer besonders wenig Anhänger, während die agrarische Fortschrittspartei hier relativ viele Stimmen gewinnen konnte. Das liegt am vielzitierten regionalen Faktor, denn die Fischer leben nicht in den Städten, in denen die Sozialdemokratie stark ist, sondern in den Dörfern entlang der isländischen Küsten. In den Provinzregionen ist die linke Volksallianz traditionell besser verankert als die urbane sozialdemokratische Volkspartei.

---

<sup>108</sup> Ólafur Th. Hardarson: Iceland (Anm. 53), S. 475.

<sup>109</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1995 (Anm. 61), S. 334.

<sup>110</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 8 May 1999 (Anm. 51), S. 189.

Sprach man früher noch mit mehr Berechtigung von „Klassenparteien“, so gab es in Island in den letzten Jahrzehnten eindeutig eine Erosion der traditionellen sozialen Basis der (alten fünf) politischen Parteien: „All parties have, by now, a rather diffuse social profile, and class voting in Iceland has grown far weaker than in most neighbouring countries. (...) While social class has weakened as a predictor of voting behaviour, some other factors have grown in importance. The demographic pattern is one. Residents of the urban southwest are far more likely to vote for the Independence Party, the Social Democrats and the Women’s Alliance. Regional voters, on the other hand, tend to support the Progressives and the People’s Alliance to a greater extent than voters in the Reykjavík area. Gender has, similarly, become an important electoral variable in recent years. Inevitably, supporters of the Women’s Alliance are mostly women. The Women’s Alliance is generally regarded as a left-wing party, although its own members object to any characterizations on the left-right spectrum. In the election of 1991, the Social Democrats, Progressives and People’s Alliance were supported by men and women roughly in equal proportions. A general swing to the left among Icelandic women is reflected, however, in the fact that the Independence Party enjoys far less support among women than among men. While it remains the largest party among women as well as men, it obtained 47% of the male vote in 1991, compared to 33% of the female vote.”<sup>111</sup>

Diese Zahlen ergaben sich aus Interviewuntersuchungen, die kurz vor der Parlamentswahl 1991 durchgeführt wurden. Sie zeigen, dass die soziale Basis der isländischen Parteien relativ verschwommen bleibt: „The share of the parties among different occupational categories in most cases differ only slightly from the overall share of the vote, except that the Social Democratic Party has little support among farmers and fishermen, while the Progressive Party is strong in this group, and the Independence Party is strongest among employers and specialists. An indication of the weak class basis of Icelandic parties is that while the Independence Party is supported by almost half of the unskilled working class, the joint share of the Social Democratic Party and the People’s Alliance is less than a quarter.”<sup>112</sup>

---

<sup>111</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Political Developments (Anm. 49), S. 128 ff.

<sup>112</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: The Icelandic Parliamentary Election of 1991 (Anm. 92, S. 265 f.

Für die Reorganisationsphase des isländischen Parteiensystems seit dem Ende der 90er Jahre liegen ebenfalls einige Daten vor. Es ist besonders interessant zu erfahren, wer denn nun die neue sozialdemokratische Allianzpartei wählt, in die auch der größere Teil der sozialistischen/kommunistischen Volksallianz übergegangen ist, und wer für die neue Partei am äußersten linken Rand des Spektrums, die Linksgüne Bewegung, stimmt. Die Ergebnisse der Wahl von 1999, die zum letzten Mal nach dem alten, für die Provinzregionen vorteilhaften System abgehalten wurde, zeigen, dass die Linksgünen kein besonders ausgeprägtes soziales Profil haben. Sie erhielten in allen Beschäftigtengruppen 8-10 Prozent der Stimmen, auch in der Gruppe der Arbeitgeber und leitenden Angestellten. Andere Faktoren wie die isländischen Auslandsbeziehungen und die inländische Stadt-Land-Spaltungslinie sowie die Fischereiquoten als solche (im grünen Sinne des Bestandsschutzes) hatten dagegen einen deutlichen Einfluss auf die Entscheidung der ehemaligen Wähler der Volksallianz, jetzt entweder zur sozialdemokratischen Allianz oder zur Linksgünen Bewegung zu wechseln: „Those switching to the Left-Greens were more opposed to joining the European Union, much more opposed to equalising the weight of votes between the regions, more in favour of the present quota system, and more opposed to NATO membership.“<sup>113</sup> Wie früher die Volksallianz erhielt die linksgüne Partei 1999 einen höheren Stimmenanteil in der ländlichen Provinz (11,5%) als im urbanen Südwesten des Landes (8%), während die Allianz im Südwesten besser abschnitt (26,8%) als in den dünner besiedelten Regionen (23%) und damit in ihrem Wählerprofil ihrer Vorgängerin ähnelt. Genauso wie die sozialdemokratische Volkspartei in der Vergangenheit war die Allianz bemerkenswert erfolglos unter den isländischen Bauern (7%), von denen mehr Stimmen für die kleinere linksgüne Partei abgegeben wurden (10%). Die Allianz wurde auch in der Gruppe der Arbeitgeber und Manager nur relativ wenig gewählt (13%), bekam aber besonders viele Stimmen von den Angehörigen der neuen Mittelschichten inklusive der Beschäftigten, die in Pflegeberufen arbeiten (36%). In den anderen Berufskategorien konnten die neuen Sozialdemokraten 20 bis 26 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen.

Bei den traditionellen nichtsozialistischen Parteien hat sich 1999 nicht viel geändert. Die konservative Unabhängigkeitspartei bekam in der Bauernschaft den

---

<sup>113</sup> Ólafur Th. Hardarson / Gunnar Helgi Kristinsson: Iceland (Anm. 50), S. 415 .f.

geringsten Stimmenanteil (25%), schnitt in der unteren Mittelschicht sehr gut ab (48%) und konnte vor allem bei den Arbeitgebern und leitenden Angestellten überdurchschnittlich viele Stimmen (56%) für sich gewinnen. Von den isländischen Seeleuten, Arbeitern und Angestellten wurden die Konservativen ungefähr so häufig gewählt (~40%) wie im landesweiten Durchschnitt (40,7%). Die alte agrarische Fortschrittspartei wurde auch 1999 noch unterdurchschnittlich oft von den Angehörigen der neuen Mittelschichten gewählt (11%), schnitt aber in den anderen nichtagrarischen Berufsgruppen (16-25%) teilweise überdurchschnittlich gut ab. Ihren höchsten Stimmenanteil (54%) erzielte sie trotz ihres versuchten Imagewandels auch kurz vor der Jahrtausendwende immer noch in der Gruppe der Bauern, die allerdings quantitativ bei weitem nicht mehr so bedeutend ist wie in der Vergangenheit, als das isländische Althing noch ein „Bauernparlament“ war. Hat es sich zu einem Arbeitsplatz von Berufspolitikern entwickelt? „From a Peasant Parliament to a ‚Professional Parliament?‘“<sup>114</sup>

Auf jeden Fall ist die isländische Volksvertretung der Gegenwart kein „Männerparlament“ mehr, das ist leichter festzustellen. Der Erfolg der Frauenliste in den 80er Jahren hatte in Bezug auf die weibliche Repräsentation viel bewirkt: Aus Konkurrenzgründen begannen die etablierten Parteien damals endlich damit, Frauen aussichtsreichere Plätze auf ihren Kandidatenlisten zu geben. Bei der nationalen Wahl von 1999 wurden 22 Isländerinnen ins Althing gewählt, sie machten dort 33 Prozent der Abgeordneten aus. Die Fraktion der Allianz, in der die Frauenliste aufgegangen war, hatte in der bis 2003 dauernden Legislaturperiode mehr als die Hälfte (9 von 17) weibliche Mitglieder, während bei den Linksgrünen nur ein Drittel der Fraktionsangehörigen (2 von 6) Frauen waren. Bei den Konservativen betrug der Frauenanteil rund 31 Prozent (8 von 12), während in der Fraktion der Fortschrittspartei ein Viertel (3 von 12) weiblich war – das entsprach genau dem Frauenanteil der zwölfköpfigen Mitte-Rechts-Regierung.

Innerhalb der isländischen Parteien sind die „Parlamentsparteien“ die eigentlichen Zentren der Macht. Die meisten politischen Streitpunkte werden in den Fraktionen entschieden, die außerdem über die Zusammensetzung der Koalitionen bestimmen. Wenn die Parteien die Regierungsposition innehaben, sind die beteiligten

---

<sup>114</sup> David Arter: From a ‘Peasant Parliament’ to a ‘Professional Parliament’? Changes in the Icelandic Althingi. In: *Journal of Legislative Studies*. Bd. 6/2 2000, S. 45-66.

Fraktionen durch die Notwendigkeit gehemmt, den Zusammenhalt der Koalition zu gewährleisten. Aber auch dann behalten die Parlamentarier große Macht gegenüber dem Ministerteam ihrer eigenen Partei. Zum Beispiel werden Gesetzesvorlagen der Regierung den Fraktionen der beteiligten Parteien vorgelegt, noch bevor sie dem gesamten Abgeordnetenhaus präsentiert werden. Als Volksvertretung haben alle Fraktionen gemeinsam eine im internationalen Vergleich erhebliche Macht gegenüber Regierung und Verwaltung. Das Althing ist die mächtigste Institution im politischen System Islands, die wiederum eine beträchtliche Machtbasis für die einzelnen Abgeordneten darstellt, deren Aufgabe nicht nur darin besteht, ihre Parteien zu repräsentieren, sondern vor allem die Funktion haben, ihren einzelnen Wahlkreis zu repräsentieren und zu versorgen. „Being a small parliament, it is able to allow individual parliamentarians considerable scope for manoeuvre, and it interferes more with the activities of the executive than most European legislative assemblies, irrespective of the government of the day.”<sup>115</sup>

## **8. Parteiensystem gouvernemental: Machtorientierung und Koalitionsbereitschaft**

Unabhängig von der Existenz eines Präsidenten der Republik als Staatsoberhaupt liegt die tatsächliche exekutive Macht in Island beim Regierungskabinet, das normalerweise eine Koalition aus zwei oder mehr Parteien darstellt und von einem Premierminister bzw. Ministerpräsidenten geleitet wird. Der seit 1996 amtierende isländische Staatspräsident, der ehemalige Politologieprofessor Ólafur Ragnar Grímsson, hat in einer Zeit über das Koalitionssystem in seinem Land geforscht, als die Entwicklung von der Parteienherrschaft zum pluralistischen System noch nicht abgeschlossen war und das isländische Patronagesystem noch in voller Blüte stand.<sup>116</sup> Das klientelistische Beziehungssystem war die Basis für die große Macht der Parteien und ein ganz wesentliches Motiv für ihre starke Koalitionsbereitschaft, denn keine der modernen isländischen Parteien hatte jemals genügend Wählerstimmen

---

<sup>115</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: *Political Developments* (Anm. 49), S. 126.

<sup>116</sup> Grímsson, Ólafur Ragnar: *The Icelandic Multilevel Coalition System*. Reykjavík: Félagsvísindadeild Háskóla Íslands 1977.

auf sich vereinigen können, um allein eine Mehrheitsregierung zu bilden, und Minderheitsregierungen werden vom Althing nur kurzfristig als „caretaker governments“<sup>117</sup> geduldet. In der Nachkriegszeit gab es in Island nur drei Minoritätskabinette. Von 1949 bis 1950 regierten die Konservativen allein, und die Sozialdemokraten bildeten sowohl von 1958 bis 1959 als auch von 1979 bis 1980 Minderheitsregierungen. Beide Parteien hatten – während der „Stabilitätsphase“ von 1959 bis 1971 – die längste gemeinsame Koalitionszeit, und sie bildeten von 1991 bis 1995 noch einmal eine Zweierkoalition. Ihre Zusammenarbeit zeigt, dass es in der isländischen Politik keine Spaltung in ideologische Blöcke gibt, auch wenn seit 1995 eine stabile nichtsozialistische Koalition regiert. Die Verhandlungsmacht der konservativen Unabhängigkeitspartei beruht von jeher auf ihrer im nordischen Vergleich außergewöhnlichen Stimmenstärke, während die in der politischen Mitte angesiedelte agrarische Fortschrittspartei bei Koalitionsgesprächen aller Art von ihrer Position als ideologischem Zentrum im isländischen Parteiensystem profitiert.

„Iceland has no tradition of minority government. Icelandic political parties are very keen to participate in government as they want the benefits of power.“<sup>118</sup> Bevor der öffentliche Dienst sich durch Professionalisierung von der Macht der politischen Parteien befreien konnte wurden in Island alle Staatsdiener, ob in den Ministerien oder in den anderen Institutionen der Bereiche Verwaltung, Bildung, Wissenschaft, Justiz, Finanzwesen und auch Produktion, formal von den amtierenden Ministern ernannt. Da der staatliche Sektor in der Nachkriegszeit immens gewachsen war, kamen die Parteien in die mächtige Position, zahlreiche Amtsinhaber auszuwählen und einzusetzen, die zusammen einen beträchtlichen Teil der erwerbstätigen Bevölkerung ausmachten. Trotz zunehmender Berücksichtigung objektiver Auswahlkriterien hatten die Parteien große Patronagemacht im staatlichen Personalwesen. Weil öffentlich Bediensteten eine Lebensstellung zugeteilt wurde, konnte der Effekt einer immer wieder verlängerten Kontrolle eines Ministeriums durch eine bestimmte Partei jahrzehntelang andauern. Die Bedeutung von öffentlichen Arbeiten und von Staatsunternehmen in der isländischen Wirtschaft sowie die bis in die Gegenwart dauernde Dominanz der staatlichen Banken und Fonds im Finanzsektor zeigt eine

---

<sup>117</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Political Developments (Anm. 49), S. 130.

<sup>118</sup> Svanur Kristjánsson: Electoral Politics and Governance: Transformation of the Party System in Iceland 1970-96 (Anm. 39), S. 181.

weitere Dimension der Patronage. Zum Beispiel ist die jeweilige Regierungskoalition die oberste Entscheidungsinstanz, wenn es um Straßen-, Hafen- und Flugplatzbau oder die Konstruktion von Elektrizitätswerken geht. Größere Investitionen in die Trawlerindustrie, in Fischfabriken und andere Produktionsstätten oder in jede große Unternehmung überhaupt waren auf die eine oder andere Art von Kapital gefördert, das von staatlicher Seite kam. „The most significant patronage consists of public service posts, public works, seats on numerous state committees, boards, and councils, and control over financial resources of state banks and funds. By an astute distribution of patronage the party leaders maintain the loyalty of various party factions and different clienteles, recruit important personnel, and establish links to various sectors of the political system. It is among the chief strands in the Icelandic multilevel coalition network, and consequently, a very valuable payoff. In many respects, patronage can benefit the parties more than the implementation of various policy items. It can produce gains on all levels of the system and constitute a significant political investment; today’s patronage can be a future resource. A party which over the time has controlled the recruitment to ministries and other government institutions, furthered the growth of various enterprises through state funds, or built up local strength by supporting public works in particular areas becomes in the future a much stronger coalition partner than a party which has been out of office for a long time.”<sup>119</sup>

Auf der Ebene der isländischen Regierungen haben sich im Rahmen der verschiedensten Parteikoalitionen alle politischen Konfliktlinien abgebildet, die das politische System Islands ausmachen. Nur die durch die Frauenliste in den 80er Jahren angedeutete und von der Linksgünen Bewegung seit der Jahrtausendwende verstärkte neue Politikdimension, bei der materielle Werte den einen und nichtmaterielle Werte den anderen Pol bilden, hat sich noch nicht auf gouvernementalem Niveau manifestiert. Die isländischen Linksgünen würden eine Koalitionsbeteiligung wohl nicht ablehnen. Es ist ja die Regierungsebene, auf der darüber entschieden wird, ob Projekte wie das von ihnen bekämpfte Kárahnjúkar-Wasserkraftwerk in der bisher unberührten isländischen Natur der nordöstlichen Hochebene gebaut wird. Große außerparlamentarische Blockadeaktionen wie in Norwegen, dem Land ihrer Vorfahren,

---

<sup>119</sup> Ólafur Ragnar Grímsson: Iceland: A Multilevel Coalition System. In: Eric C. Browne / John Dreijmanis (Hrsg.): *Government Coalitions in Western Democracies*. New York u.a.: Longman 1982, S. 174 f.



wo die Umweltschützer in der nördlichen Finnmark vor 25 Jahren ihren Protest gegen das geplante Wasserkraftwerk bei Alta begannen<sup>120</sup>, gibt es bei den Isländer(inne)n nicht. Eine massenhafte grüne soziale Bewegung tritt in Island nicht in Erscheinung. Bei aller Eigenwilligkeit der „unabhängigen Wählerschaft“: Ziviler Ungehorsam kommt in der legalistischen und friedlichen politischen Kultur dieses nordatlantischen Inselstaates kaum vor. Hier führen die Politiker/innen das Wort. Hier wird im Parlament gestritten. Das ist so geblieben. „At the end of the twentieth century, the decline of both clientelism and party membership organization has advanced to such a degree that a return to old-style politics seems unlikely.”<sup>121</sup> Wie auch immer der neue politische Stil aussehen wird, der sich jetzt entwickelt, die Grundelemente der traditionellen politischen Kultur Islands bleiben sicherlich erhalten. „Skepticism of authority“ zählte schon bei den alten Wikingern dazu, die vor langer Zeit von Norwegen aus mehr als 1000 Kilometer westwärts über das Nordmeer fuhren, die menschenleere Insel besiedelten und sich dort einen unabhängigen Staat schufen: „a polity where law was central.“<sup>122</sup>

## **9. Island global: Eigenwille und Fremdeinfluss**

Island wurde viel später besiedelt als alle seine nordischen Nachbarländer. Deshalb gibt es sogar schriftliche Informationen darüber. In der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts gelangten Berichte nach Norwegen, die von einem großen, unbewohnten Eiland weit draußen im Ozean erzählten, einer Insel mit üppigen Schafweiden und einem Überfluss an Fisch, Seehunden und Wasservögeln. Zu dieser Zeit war einer der norwegischen Kleinkönige dabei, das ganze Land zu unterwerfen. Viele größere Landbesitzer waren nicht bereit, seine Herrschaft hinzunehmen und den damit verbundenen Steuerpflichten nachzukommen. Sie betrachteten die Auswanderung in das ferne Land als Möglichkeit, sowohl dem Untertanendasein als auch der damit verbundenen Abgabeschuld zu entgehen. Außer ihnen waren viele Kleinbauern interessiert. Sie sahen hier einen Ausweg aus ihrer Armut. So segelten Tausende von

---

<sup>120</sup> Vgl. Ron Eyerman: Intellectuals and popular movements: The Alta confrontation in Norway. In: *Praxis International*. Bd.3/2 1983, S. 185-198 sowie Tom R. Burns / Atle Midttun: Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und sozialer Konflikt. Eine Fallstudie über Planung und Bau von Wasserkraftwerken in Norwegen. In: *Journal für Sozialforschung* Bd. 26/1 1986, S. 35-61.

<sup>121</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Clientelism in a Cold Climate: The Case of Iceland (Anm. 9), S. 192.

<sup>122</sup> Vgl. Richard F. Tomasson: Iceland as 'The First New Nation' (Anm. 5), S. 40 und 43.

norwegischen Pionieren westwärts, um in Island neu anzufangen, und später kamen noch viele Menschen aus Schottland und Irland dazu. Sie gründeten im Jahr 930 ein unabhängiges Staatswesen nach ihren eigenen Vorstellungen. Darüber schrieb der Erzbischof Adam von Bremen 1075 in seiner Geschichte der Hamburgischen Bischöfe, die mit der Mission der nordischen Länder beauftragt waren, etwas, das den Kernpunkt trifft und übersetzt lautet: „Bei ihnen gibt es keinen König, aber trotzdem ein Gesetz.“<sup>123</sup>

Die Zeit des isländischen Freistaates dauerte nur bis 1262. Da gewann Norwegen wieder die Macht, bis es selbst – und damit auch Island – schon im nächsten Jahrhundert unter dänische Vorherrschaft geriet. Der isländische Unabhängigkeitskampf gegen die dänische Krone begann in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Er wurde von patriotischen Vereinigungen und politischen Honoratiorengruppen – den Vorgängerinnen der modernen Parteien – getragen. Die Gründung der Republik Island 1944 machte der Fremdherrschaft ein Ende und brachte die volle staatliche Souveränität. Sie beendete aber nicht die Auseinandersetzungen um sozioökonomische, kulturelle und politische Fremdeinflüsse. Linke und rechte Parteien sortieren sich nach wie vor auch auf einer vertikalen Politikachse zwischen den Polen Isolation und Integration.<sup>124</sup>

Es geht den Isländern nicht darum, sich aus der Völkergemeinschaft auszuschließen. Der Beitritt zur UNO 1946 war in der isländischen Politik unumstritten, und Island beteiligt sich nach Kräften an den Friedensaktivitäten dieser internationalen Organisation. Bei ihrer Aversion gegen Supranationalität geht es um die Vermeidung von zu mächtigem ausländischem Einfluss, der sowohl die politische Selbstbestimmung als auch die Verfügung über die wirtschaftlichen Ressourcen Islands – vor allem über die Fischgründe rund um die Insel – bedroht.<sup>125</sup> Auch die kulturelle Eigenart soll bewahrt werden. Es geht also um Selbstverteidigung. In der Gegenwart sind nicht mehr die dänischen Könige die Gegner der isländischen Patrioten, sondern die Westmächte mit ihren einflussreichen militärischen und wirtschaftlichen Bündnissen. Der NATO-Beitritt Islands erfolgte 1949 nach ungewöhnlich starken

---

<sup>123</sup> Zit. nach Gylfi Gíslason: Ein Lob der kleinen Staaten. In: Stephen R. Graubard (Hrsg.): *Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit. Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1988, S. 239.

<sup>124</sup> Vgl. Gunnar Karlsson: *The History of Iceland* (Anm. 17), S. 329.

<sup>125</sup> Vgl. Gunnar Helgi Kristinsson: Iceland: Vulnerability in a Fish-based Economy (Anm. 2), S. 247.

Protesten innerhalb und außerhalb des Parlaments, und bis heute ist Island kein Mitglied der EU. Trotz EFTA-Mitgliedschaft und Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (seitdem stammt ein wachsender Teil der Gesetzgebung aus Brüssel<sup>126</sup>) ist Island heute nach wie vor „a reserved European“<sup>127</sup>.

Zwischenstation auf dem Weg in die politische Unabhängigkeit war die Erlangung des Selbstverwaltungsrechts im Jahre 1904. Am 1. Februar 2004 feierten die Menschen in Island „100 Jahre Heimatrecht“ mit einer Zeremonie im Reykjavíker Kulturhaus. Ministerpräsident Oddsson legte am Grab des ersten isländischen Premierministers, Hannes Hafstein, einen Kranz nieder. Ironie der Geschichte und Anlass innenpolitischen Missklangs: Das isländische Staatsoberhaupt, Präsident Grímsson, war bei der Feier nicht mit dabei. Das Organisationsbüro des konservativen Regierungschefs hatte „vergessen“ ihn einzuladen. Der Präsident – der einheimische Nachfolger des dänischen Königs als oberster Repräsentant Islands – weilte an diesem wichtigen Gedenktag im Ausland! Und damit nicht genug: Präsident Grímsson, der ehemalige Vorsitzende der antiintegrationistisch orientierten sozialistischen/kommunistischen Volksallianz, die jahrzehntelang gegen die amerikanische Militärpräsenz auf der Insel protestiert und die Schließung des US-Luftwaffenstützpunktes Keflavík gefordert hatte, hielt sich zum Zeitpunkt der „Home-Rule“-Feierlichkeiten in den USA auf.<sup>128</sup> Zum Glück gehört es nicht zu seinen Aufgaben, die anstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Verteidigungsabkommens mit den USA und die Zukunft der amerikanischen Militärbasis in Island zu führen – das ist Sache des Ministerpräsidenten, der dazu bereit ist und Bedingungen stellt: „Speaking at dinner for dignitaries at the president’s residence, Mr. Oddsson said, however, that Iceland was not interested in maintaining the defence agreement if the US went forward with plans to remove a number of F-16s from the base in Keflavík.“<sup>129</sup>

---

<sup>126</sup> Vgl. Ólafur Th. Hardarson: Iceland (Anm. 53), S. 473.

<sup>127</sup> Gunnar Helgi Kristinsson: Iceland. In: Helen Wallace (Hrsg.): *The Wider Western Europe*. London: Pinter Publishers 1991, S. 160.

<sup>128</sup> Vgl. Die Berichterstattung in *Daily News from Iceland* vom 3.2.2004: „President unhappy“ und vom 5.2.2004: „President’s Declaration“ (www.icelandreview.com).

<sup>129</sup> *Daily News from Iceland* vom 30.3.2004: „The Defence of Iceland“ (www.icelandreview.com).

Island hat keine Möglichkeit, sich im Kriegsfall allein zu verteidigen. Der ansonsten vollentwickelte Inselstaat kann keine eigenen Streitkräfte unterhalten. Es hat Nachteile, ein so kleines Land zu sein. Von dem Schriftsteller Halldór Laxness, dem Literatur-Nobelpreisträger von 1955, dem seine Sympathien für den Kommunismus vorgeworfen wurden (Parteimitglied war er nie), wird eine Geschichte erzählt, die dieses Problem sehr schön verdeutlicht: „Anlässlich der Verleihung des Nobelpreises richtete sein Verlag in Stockholm einen Empfang zu seinen Ehren aus, zu dem auch eine Reihe ausländischer und schwedischer Journalisten eingeladen wurden. Laxness vertrat in dieser Zeit ausgesprochen radikale Ansichten – aber ein Asket war er nicht: Unter anderem besaß er ein teures amerikanisches Auto. Ein schwedischer Journalist fragte ihn, ob es denn nicht sehr teuer sei, auf den schlechten isländischen Straßen ein solches Luxusgefährt zu fahren. Es folgte peinliches Schweigen – viele hatten das Gefühl, daß das eine seltsame Frage an einen Nobelpreisträger sei. Laxness dachte einen Moment lang nach und antwortete dann: ‚Wissen Sie, Isländer zu sein, ist überhaupt eine ziemlich teure Angelegenheit.‘“<sup>130</sup>

---

<sup>130</sup> Gylfi Gíslason: Ein Lob der kleinen Staaten (Anm. 123), S. 237 f.

## 10. Anhang

### 10.1 Wahlergebnisse 1946-2003\*

Partei		1946	1949	1953	1956	1959	1959	1963	1967	1971	1974	1978	1979	1983	1987	1991	1995	1999	2003
Unabhängigkeitspartei Sjálfstæðisflokkurinn Independence Party	%	39,4	39,5	37,1	42,4	42,5	39,7	41,4	37,5	36,2	42,7	32,7	35,4	38,7	27,2	38,6	37,1	40,7	33,7
= Konservative	Sitze	20	19	21	19	20	24	24	23	22	25	20	21	23	18	26	25	26	22
Allianz Samfylkingin Alliance	%																	26,8	31,0
= Sozialdemokraten	Sitze																	17	20
Fortschrittspartei Framsóknarflokkurinn Progressive Party	%	23,1	24,5	21,9	15,6	27,2	25,7	28,2	28,1	25,3	24,9	16,9	24,9	18,5	18,9	18,9	23,5	18,5	17,7
= Agrarier	Sitze	15	17	16	17	19	17	19	18	17	17	12	17	14	13	13	15	12	12
Linke Bewegung – Grüne Liste Vinstrihreyfingin – Grænt framboð Left Green Movement	%																	9,1	8,8
= Grüne/Linke	Sitze																	6	5
Liberale Partei Frjálslyndi Flokkurinn Liberal Party	%																	4,2	7,4
= Liberale	Sitze																	2	4
Sozialisten/Volksallianz Sózialistaflokkur/Alþýðubandalag Socialist Party/People's Alliance	%	19,5	19,5	16,1	19,2	15,3	16,0	16,0	17,6	17,1	18,3	22,9	19,7	17,3	13,4	14,4	14,3		
= (Euro-)Kommunisten	Sitze	10	9	7	8	7	10	9	10	10	11	14	11	10	8	9	9		
Volkspartei Alþýðflokkurinn People's Party	%	17,8	16,5	15,6	18,3	12,5	15,2	14,2	15,7	10,5	9,1	22,0	17,5	11,7	15,9	15,5	11,4		
= Sozialdemokraten	Sitze	9	7	6	8	6	9	8	9	6	5	14	10	6	10	10	7		
Bündnis der Frauenliste Samtök um kvemnalista Women's Alliance	%													5,5	10,1	8,3	4,9		
	Sitze													3	6	5	3		
Bürgerpartei Borgaraflokkur Citizen's Party	%														10,9				
	Sitze														7				
Volkserweckungsbewegung Þjóðvakihreyfing fólksins People's Movement	%																7,2		
	Sitze																4		
Union der Liberalen und Linken Samtök frjálslyndra og vinstri manna Union of Liberals and Leftists	%									8,9	4,6	3,3							
	Sitze									5	2	-							
Sozialdemokratische Union Bandalag jafnaðarmanna Social Democratic Alliance	%													7,3	0,2				
	Sitze													4	-				
Nationale Schutzpartei Þjóðvarnarflokkur National Preservation Party	%			6,0	4,5	2,5	3,4												
	Sitze			2	-	-	-												
Sonstige	%	-	-	-	-	-	-	-	1,1	2,0	0,4	2,2	2,5	1,0	3,4	4,3	1,6	0,7	1,4
	Sitze	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	1	-	-	-	-
Gesamt	Sitze	52	52	52	52	52	60	60	60	60	60	60	60	60	63	63	63	63	63

\* Eigene Zusammenstellung auf der Basis der vorliegenden Quellen

## 10.2 Wahlbeteiligung 1946-2003\*

1946 (30. Juni):.....	87,4 %
1949 (23.-24. Oktober): .....	89,0 %
1953 (28. Juni): .....	89,9 %
1956 (24. Juni):.....	92,1 %
1959 (28. Juni): .....	90,6%
1959 (25.-26. Oktober): .....	90,4 %
1963 (9.Juni): .....	91,1 %
1967 (11. Juni):.....	91,4 %
1971 (13. Juni):.....	90,4 %
1974 (30. Juni):.....	91,1 %
1978 (25. Juni) .....	89,2 %
1979 (2.-3. Dezember):.....	89,3 %
1983 (23. April):.....	88,3 %
1987 (25. April):.....	89,7 %
1991 (20. April):.....	87,6 %
1995 (8. April):.....	87,4 %
1999 (8. Mai): .....	84,1 %
2003 (10. Mai): .....	87,7 %

\*Eigene Zusammenstellung auf der Basis der vorliegenden Quellen sowie

*Kosningaskýrslur* 2: 1949-1987, Reykjavík: Hagstofa Íslands 1988, S. 837.

## 10.3 Regierungsparteien und Koalitionen 1918-1947\*

1918-1920	Selbstverwaltungspartei, Fortschrittspartei, Selbständigkeitspartei
1920-1922	Selbstverwaltungspartei
1922-1924	Selbstverwaltungspartei, Selbständigkeitspartei
1924-1927	Konservative Partei
1927-1932	Fortschrittspartei
1932-1934	Fortschrittspartei, Unabhängigkeitspartei
1934-1938	Fortschrittspartei, Volkspartei

1938-1939 Fortschrittspartei  
 1939-1942 Fortschrittspartei, Unabhängigkeitspartei, Volkspartei  
 1942-1944 Nichtparteienkabinett (kein Minister gehörte dem Parlament an)  
 1944-1947 Unabhängigkeitspartei, Volkspartei, Sozialistische Einheitspartei  
 \* zusammengestellt nach Richard F. Tomasson: Iceland. In: Mc Hale, Vincent E.  
 (Hrsg.): *Political Parties of Europe*. Westport, Conn. u.a.: Greenwood Press 1983, S.  
 529.

#### **10.4 Regierungen und Ministerpräsidenten 1944-2003\***

1944-1947 Unabhängigkeitspartei, Sozialistische Einheitspartei, Volkspartei  
 Ministerpräsident: Ólafur Thors (U)  
 1947-1949 Volkspartei, Unabhängigkeitspartei, Fortschrittspartei  
 Ministerpräsident: Stefán Jóhann Stefánsson (VP)  
 1949-1950 Unabhängigkeitspartei (Minderheitsregierung)  
 Ministerpräsident: Ólafur Thors (U)  
 1950-1953 Fortschrittspartei, Unabhängigkeitspartei  
 Ministerpräsident: Steingrímur Steinþórsson (F)  
 1953-1956 Unabhängigkeitspartei, Fortschrittspartei  
 Ministerpräsident: Ólafur Thors (U)  
 1956-1958 Fortschrittspartei, Volksallianz  
 Ministerpräsident: Hermann Jónasson (F)  
 1958-1959 Volkspartei (Minderheitsregierung)  
 Ministerpräsident: Emil Jónsson (VP)  
 1959-1971 Unabhängigkeitspartei, Volkspartei  
 Ministerpräsidenten: Ólafur Thors (U 1959-63), Bjarni Benediktsson  
 (U 1963-70), Jóhann Hafstein (U 1970-71)  
 1971-1974 Fortschrittspartei, Volksallianz, Union der Liberalen und Linken  
 Ministerpräsident: Ólafur Jóhannesson (F)  
 1974-1978 Unabhängigkeitspartei, Fortschrittspartei  
 Ministerpräsident: Geir Hallgrímsson (U)  
 1978-1979 Fortschrittspartei, Volksallianz, Volkspartei

	Ministerpräsident: Ólafur Jóhannesson (F)
1979-1980	Volkspartei (Minderheitsregierung) Ministerpräsident: Benedikt Gröndal (VP)
1980-1983	Abspaltung der Unabhängigkeitspartei, Fortschrittspartei, Volksallianz Ministerpräsident: Gunnar Thoroddsen (U)
1983-1987	Fortschrittspartei, Unabhängigkeitspartei Ministerpräsident: Steingrímur Hermansson (F)
1987-1988	Unabhängigkeitspartei, Fortschrittspartei, Volkspartei Ministerpräsident: Þorsteinn Pálsson
1988-1989	Fortschrittspartei, Volksallianz, Volkspartei Ministerpräsident: Steingrímur Hermansson (F)
1989-1991	Fortschrittspartei, Volksallianz, Volkspartei, Bürgerpartei Ministerpräsident: Steingrímur Hermansson (F)
1991-1995	Unabhängigkeitspartei, Volkspartei Ministerpräsident: Davíð Oddsson (U)
1995-1999	Unabhängigkeitspartei, Fortschrittspartei Ministerpräsident: Davíð Oddsson (U)
1999-2003	Unabhängigkeitspartei, Fortschrittspartei Ministerpräsident: Davíð Oddsson (U)
2003-2004	Unabhängigkeitspartei, Fortschrittspartei Ministerpräsident: Davíð Oddsson (U)

\*Eigene Zusammenstellung auf der Basis der vorliegenden Quellen



## 11. Literatur

- Altenbockum, Jasper von: Die Nordatlantik-Insel Island ist wohlhabend geworden. Großen Anteil am Aufschwung hat das System handelbarer Fischquoten. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 27.11.2000.
- Arnason, Gudmundur: Back to normal? The Icelandic Election of 20 April 1991. In: *West European Politics*. Bd. 14/4 1991, S. 181-184.
- Arter, David: Party System Change in Scandinavia since 1970: 'Restricted Change' or 'General Change'? In: *West European Politics*. Bd. 22/3 1999, S. 139-158.
- Arter, David: From a 'Peasant Parliament' to a 'Professional Parliament'? Changes in the Icelandic Althingi. In: *Journal of Legislative Studies*. Bd. 6/2 2000, S. 45-66.
- Berglund, Sten / Lindström, Ulf: *The Scandinavian Party System(s)*. Lund: Studentlitteratur 1978.
- Bomsdorf, Clemens: Parteispenden als Privatangelegenheit. In: *Nordis*. H. 5 2002, S. 60-61.
- Burns, Tom R. / Midttun, Atle: Wirtschaftswachstum, Umweltschutz und sozialer Konflikt. Eine Fallstudie über Planung und Bau von Wasserkraftwerken in Norwegen. In: *Journal für Sozialforschung* Bd. 26/1 1986, S. 35-61.
- Davíðsdóttir, Sigrún: Þá Island ignores magten. In: *Politik i Norden*. Nr. 1-2002, S. 38-39.
- Day, Alan J. (Hrsg.): *Political Parties of the World*. London: Harper 2002<sup>5</sup> (Iceland: S. 240-242).
- Ertel, Manfred: Island: Goldener Brotfisch. Ein Wirtschaftsaufschwung ohnegleichen beschert der Vulkaninsel einen Spitzenplatz in Europa – aber auch ungewohnte Interessenkonflikte mit Umwelt und Natur. In: *DER SPIEGEL* H. 39 1999, S. 230-231.
- Ertel, Manfred: Wahlen in Island. König Dabbis Thron wackelt. In: *SPIEGEL ONLINE* vom 7.5.2003 ([www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,247580,00.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,247580,00.html)).
- Eyerman, Ron: Intellectuals and popular movements: The Alta confrontation in Norway. In: *Praxis International*. Bd.3/2 1983, S. 185-198.
- Eythórsson, Grétar / Jahn, Detlef: Das politische System Islands. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Westeuropas*. Opladen: Leske+Budrich 2003<sup>3</sup>, S. 167-186.

- Gamillscheg, Hannes: Island: Oddsson behauptet die Regierungsmacht. In: *Frankfurter Rundschau*, 12.5.2003.
- Gamillscheg, Hannes: Umdenken ohne Kabeljau (Kommentar). In: *Frankfurter Rundschau*, 12.5.2003.
- Gíslason, Gylfi: Ein Lob der kleinen Staaten. In: Graubard, Stephen R. (Hrsg.): *Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit. Essays über den nordischen Wohlfahrtsstaat*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1988, S. 234-246.
- Grenstad, Gunnar: Reconsidering Nordic Party Space. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 26/3 2003, S. 193-217.
- Grímsson, Ólafur Ragnar: Iceland: Recent Althingi Elections. In : *Scandinavian Political Studies*. Bd. 6 1971, S. 195-2000.
- Grímsson, Ólafur Ragnar: Iceland 1971: A Year of Political Change. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 8 1973, S. 193-197.
- Grímsson, Ólafur Ragnar: The Icelandic Power Structure 1800-2000. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 11 1976, S. 9-32.
- Grímsson, Ólafur Ragnar: *The Icelandic Multilevel Coalition System*. Reykjavík: Félagsvísindadeild Háskóla Íslands 1977.
- Grímsson, Ólafur Ragnar: Iceland: A Multilevel Coalition System. In: Browne, Eric C./Dreijmanis, John (Hrsg.): *Government Coalitions in Western Democracies*. New York u.a.: Longman 1982, S. 142-186.
- Hardarson, Ólafur Th.: *Parties & Voters in Iceland. A Study of the 1983 and 1987 Althingi Elections*. Reykjavík: Social Science Institute, University of Iceland 1995.
- Hardarson, Ólafur Th.: Iceland. In: *European Journal of Political Research*. Bd. 36/7 1999, S. 419-422.
- Hardarson, Ólafur Th.: Iceland. In: Delury, George E. (Hrsg.): *World Encyclopedia of Political Systems and Parties*. Bd.2. New York NY: Facts on File 1999<sup>3</sup>, S. 473-482.
- Hardarson, Ólafur Th.: The Icelandic Electoral System 1844-1999. In: Grofman, Bernard / Lijphart, Arend (Hrsg.): *The Evolution of Electoral and Party Systems in the Nordic Countries*. New York, NY: Agathon Press 2002, S. 101-166.
- Hardarson, Ólafur Th. / Kristinsson, Gunnar Helgi: The Icelandic Parliamentary Election of 1987. In: *Electoral Studies*. Bd.6/3 1987, S. 219-234.
- Hardarson, Ólafur Th. / Kristinsson, Gunnar Helgi: Iceland. In: *European Journal of Political Research*. Bd.38/3-4 2000, S. 408-419.

- Hardarson, Ólafur Th. / Kristinsson, Gunnar Helgi: Iceland. In: *European Journal of Political Research*. Bd. 40/3-4 2001, S. 326-329.
- Hardarson, Ólafur Th. / Kristinsson, Gunnar Helgi: The 1999 Parliamentary Election in Iceland. In: *Electoral Studies*. Bd. 20/2 2001, S. 325-331.
- Hardarson, Ólafur Th. / Kristinsson, Gunnar Helgi: Iceland. In: *European Journal of Political Research*. Bd. 41/7-8, S. 975-977.
- Hardarson, Ólafur Th. / Kristinsson, Gunnar Helgi: Iceland. In: *European Journal of Political Research*. Bd. 42/7-8 2003, S. 975-978.
- Hjálmarsson, Jón R.: *Íslands historie. Fra bosættelsen til vore dage*. Reykjavík: Iceland Review 1999.
- Indriðason, Indriði H.: *A Theory of Coalitions and Clientelism: Coalition Politics in Iceland 1945-2000*. Research Paper 2001 (46 S.). Political Institutions and Public Choice Program. Department of Political Science, Michigan State University, East Lansing MI.
- Jacobs, Francis: Iceland. In: Jacobs, Francis (Hrsg.): *Western European Political Parties. A Comprehensive Guide*. Harlow: Longman 1989, S. 547-565.
- Karlsson, Gunnar: *Iceland's 1100 Years. The History of a Marginal Society*. London: Hurst & Company 2000.
- Karlsson, Gunnar: *The History of Iceland*. Minneapolis: University of Minnesota Press 2000.
- Karlsson, Gunnar: *A Brief History of Iceland*. Reykjavík: Mál og menning 2000.
- Knutsen, Oddbjørn: The Materialist/Post-Materialist Value Dimension as a Party Cleavage in the Nordic Countries. In: *West European Politics*. Bd, 13/3 1990, S. 258-278.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: Iceland: Vulnerability in a Fish-based Economy. In: *Cooperation and Conflict*. Bd. 22/4 1987, S. 245-253.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: *Farmer's parties: a study in electoral adaption*. Reykjavík: Bækur Félagsvísindastofnunar 1991.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: Iceland. In: Wallace, Helen (Hrsg.): *The Wider Western Europe*. London: Pinter Publishers 1991, S. 159-178.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: The Icelandic Parliamentary Election of 1991. In: *Electoral Studies*. Bd. 10/3 1991, S. 262-266.

- Kristinsson, Gunnar Helgi: The Icelandic Parliamentary Election of April 1991: A European Periphery at the Polls. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 14/4 1991, S. 343-353.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: The Icelandic Parliamentary Election of 1995. In: *Electoral Studies*. Bd. 14/3 1995, S. 332-336.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: Parties, States and Patronage. In: *West European Politics*. Bd. 19/3 1996, S. 433-457.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: Political Developments. In: Nordal, Jóhannes / Kristinsson, Valdimar (Hrsg.): *Iceland. The Republic*. Reykjavík: The Central Bank of Iceland 1996, S. 122-133.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: The Presidential Election in Iceland 1996. In: *Electoral Studies*. Bd. 15/4 1996, S. 533-537.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: Iceland. In: Elgie, Robert (Hrsg.): *Semi-presidentialism in Europe*. Oxford: Oxford University Press 1999, S. 86-103.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: From Home-Rule to Sovereignty: The Case of Iceland. In: Baldachino, Godfrey / Milne, David (Hrsg.): *Lessons from the Political Economy of Small Islands*. Basingstoke, Hampshire u.a. Macmillan 2000, S. 141-155.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: The Icelandic Parliamentary Election of 8 May 1999. In: *West European Politics*. Bd. 23/1 2000, S. 187-193.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: Clientelism in a Cold Climate: The Case of Iceland. In: Piattoni, Simona (Hrsg.): *Clientelism, Interests and Democratic Representation*. Cambridge: Cambridge University Press 2001, S. 172-192.
- Kristinsson, Gunnar Helgi: The Icelandic Progressive Party: Trawling for the Town Vote? In: Arter, David (Hrsg.): *From Farmyard to City Square? The Electoral Adaption of the Nordic Agrarian Parties*. Aldershot: Ashgate 2001, S. 132-161.
- Kristjánsson, Svanur: The Electoral Basis of the Icelandic Independence Party, 1929-1944. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 2/1 (NF) 1979, S. 31-52.
- Kristjánsson, Svanur: Electoral Politics and Governance: Transformation of the Party System in Iceland 1970-96. In: Pennings, Paul / Lane, Jan-Erik (Hrsg.): *Comparing Party System Change*. London: Routledge 1998, S. 167-182.
- Kristjánsson, Svanur: Iceland: From Party Rule to Pluralist Political Society. In: Narud, Hanne Marthe / Pedersen, Mogens N. / Valen, Henry (Hrsg.): *Party Sovereignty and Citizen Control. Selecting candidates for parliamentary elections in*

- Denmark, Finland, Iceland and Norway*. Odense: University Press of Southern Denmark 2002, S. 107-166.
- Kristmundsdóttir, Sigríður Dúna: *Doing and Becoming Women's Movements and Women's Personhood in Iceland 1870-1990*. Reykjavík: Social Science Research Institute, University of Iceland 1997.
- Kvam, Berit: The spirit of Iceland – hard work and big cars. In: *Nordic Labour Journal*, Bd. 7 (Oktober) 2002, S. 15-17.
- Laxness, Halldór: *Atomstation*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1997.
- Laxness, Halldór: Die Litanei von den Gottesgaben. Göttingen: Steidl 1994 und 1999.
- Leonhard, Wolfgang: *Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West*. München: Bertelsmann 1978 (S. 294-296: Islands Kommunisten: Die eigenständige Rolle der „Volksallianz“).
- Madeley, John: European Elections – Iceland. In: *West European Politics*. Bd. 2/1 1979, S. 144-146.
- Madeley, John: European Elections – Iceland. In: *West European Politics*. Bd.3/4 1980, S. 447-449.
- Madeley, John: The Politics of Hyperinflation: Iceland's Election. In: *West European Politics*. Bd. 7/1 1984, S. 124-127.
- Magnússon, Sigurður A.: Northern sphinx: Iceland and the Icelanders from the settlement to the present. Reykjavík: Jonsson 1984<sup>2</sup>.
- Mer, Jacques: *L'Islande. Une ouverture obligée mais prudente*. Paris: La documentation Française 1994.
- Murphy, Detlef: Island. In: Raschke, Joachim (Hrsg.): *Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1978, S. 301-304.
- Nordal, Jóhannes / Kristinsson, Valdimar (Hrsg.): *Iceland. The Republic*. Reykjavík: The Central Bank of Iceland 1996.
- Petersson, Olof: *Die politischen Systeme Nordeuropas. Eine Einführung*. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1989.
- Rosenblad, Esbjörn / Sigurðardóttir-Rosenblad, Rákel: *Iceland from past to present*. Reykjavík: Mál og menning 1993.
- Rubart, Frauke: Dänemark. In: Raschke, Joachim (Hrsg.): *Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt 1978, S. 122-140.

- Rubart, Frauke: Dänemark: Die Sozialdemokratie in Dänemark. In: *Lexikon des Sozialismus*. Köln: Bund 1986, S. 585-587.
- Rubart, Frauke: Zwischen Frauenpower und Frauenkultur: Die neue Frauenbewegung in den nordischen Ländern. In: *Utopie kreativ*. Jg. 4, H. 29-30 1993, S. 54-64.
- Styrkársdóttir, Audur: From social movement to political party: the new women's in Iceland. In: Dahlerup, Drude (Hrsg.): *The New Women's Movement. Feminism and Political Power in Europe and the USA*. London u.a.: Sage Publications 1986, S. 140-157.
- Sundberg, Jan: Skandinavien. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Europa-Handbuch*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1999, S. 196-2007.
- Sundberg, Jan: The Enduring Scandinavian Party System. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 22/3 1999, S. 221-241.
- Tomasson, Richard F.: Iceland as 'The First New Nation'. In: *Scandinavian Political Studies*. Bd. 10 1975, S. 33-51.
- Tomasson, Richard F.: Island. In: Furtak, Robert K. (Hrsg.): *Politisches Lexikon Europa*. Bd. 1. München: C.H. Beck 1981, S. 194-204.
- Tomasson, Richard F.: Iceland. In: Mc Hale, Vincent E. (Hrsg.): *Political Parties of Europe*. Westport, Conn. u.a.: Greenwood Press 1983, S. 515-530.
- Wolff, Reinhard: Kein Machtwechsel in Island. Konservativer Regierungschef trotz Verlusten Parlamentsmehrheit. In: *Die Tageszeitung (TAZ)*, 12.5.2003.